



MIT PEP VOR ORT DOKUMENTATION

Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz vor Ort

Im Rahmen des Förderprogrammes JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort



INHALT

Vorwort – Ministerin	2
Einleitung Projektträger	4
1. Der Projektbeirat	6
Sybille Nonninger	6
2. Die Experten	12
Prof. Dr. Werner Lindner, Projektleitung	12
Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert	20
Prof. Dr. Stephan Grohs	25
3. Die teilnehmenden Kommunen	32
Stadt Kaiserslautern	32
Landkreis Mayen-Koblenz – Modellregion	
Verbandsgemeinde Rhein-Mosel	38
Stadt Trier	45
Stadt Worms	49
Anhang	55
PEP – Inhalts- und Zeitachse der Teilnehmerinnen- und Teilnehmertreffen im Überblick	55
Geographische Verteilung der Projektträger	57
Der Projektbeirat	60
Hinweise zu den Autorinnen und Autoren	62
Impressum	64

VORWORT

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

aus den Erfahrungen des Modellprojekts „PEP“, dem Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz und im Zuge der Umsetzung der Jugendstrategie „JES! Jung.Eigenständig.Stark.“ startete 2017 das neue Förderprogramm „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“.

Mit dem Programm wollen wir Kommunen und freie Träger bestmöglich dabei unterstützen, kommunale Jugendpolitiken sowie kommunale Jugendstrategien zu entwickeln oder weiterzuentwickeln.

Vier Kommunen haben die Herausforderung von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ angenommen und können mit ihren Entwicklungen für andere Landkreise, Städte und Verbandsgemeinden wichtige Impuls- und Ideengeberinnen sein:

- Der Landkreis Mayen-Koblenz hat sich für ein Modellvorhaben in der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel entschieden, die aus der Fusion von zwei Verbandsgemeinden entstanden war. Ziel ist dabei, Jugendliche im neu entstandenen Sozialraum über die Jugendarbeitsangebote zu erreichen und ihre Beteiligung zu sichern, sodass sie eine Identifikation mit der neuen Verbandsgemeinde aufbauen können. In gut zwei Jahren wurden zwölf Jugendforen durchgeführt in Verbindung mit einer speziell dafür entwickelten digitalen Beteiligungsplattform zum Sammeln der Jugendthemen. Jugendliche haben zudem an der Weiterentwicklung ihres Wohnumfeldes gearbeitet und formelle Mitbestimmungsgremien sind im Aufbau.
- Die Stadt Trier brachte bereits gute Vorerfahrungen mit durch die Beteiligung am Bundes-



projekt zur Eigenständigen Jugendpolitik und setzte sich zum Ziel, künftig jährlich eine Jugendkonferenz durchzuführen, um über diesen Weg eine Vertretungsstruktur junger Menschen aufzubauen und daraus erwachsende Jugendprojekte umzusetzen. Mittlerweile fanden bereits zwei große Jugendkonferenzen statt, auch unter Einbeziehung der weiterführenden Schulen sowie der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Die Jugendkonferenz wird von den Jugendlichen als wichtiges Gremium wahrgenommen, um in der Kommunalpolitik ihre Interessen zu vertreten.

- Die Stadt Kaiserslautern strebte die Stärkung der Jugendarbeit an und verfolgte das Ziel, nachhaltige Beteiligungsstrukturen für die Jugend zu realisieren, unter anderem über eine Befragung sowie Jugendforen. Die Stadt verfügt mittlerweile über ein Jugendparlament, das Haupt- und Ehrenamtliche unterstützt. Eine Bedarfsanalyse unter Beteiligung der jungen Menschen im Sozialraum ist in Vorbereitung und ebenso ein Bündnis für die Jugend in der Stadt.
- Die Stadt Worms schließlich verfügte beim Einstieg in das Programm über wichtige Voraussetzungen, da sie zuvor über einen mehrjährigen Prozess die Jugendarbeit unter konsequenter Beteiligung der jungen Menschen neu justiert hat. Worms konnte erst 2019 mit dem Programm starten und konzentriert sich nun in einem ersten Schritt auf einen Stadtteil, in dem in vier Sozialräumen Bedarfe für Räume, Angebote und Anbieter unter Mitwirkung von Jugendlichen eruiert wurden. Ein wesentliches Ergebnis aus dem bisherigen, mehrstufigen

Beteiligungsprozess ist der Bedarf nach Jugendräumen. Die Jugendlichen möchten, dass ein Jugendtreff entsteht sowie Räume für Jugendliche im öffentlichen Raum, u. a. ein jugendgerechter „Spielplatz“ und ein geschützter Aufenthaltsort mit Bank, Tisch und Überdachung. Die konkrete Umsetzung ist für die erste Jahreshälfte 2021 geplant.

Ich kann hier natürlich nicht alle Prozesse und Umsetzungsschritte würdigen, aber fest steht: Ich bin beeindruckt von dem bisher Erreichten! Jede Kommune hat auf ihre eigene Art und Weise in einem breiten Bündnis mit freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe daran gearbeitet, dauerhafte Vertretungs- und Beteiligungsstrukturen für die Jugendlichen vor Ort zu entwickeln. Fachlich und politisch bedeutsam war und ist, dass in allen Kommunen die Jugendhilfeausschüsse die Arbeit durch Beschlüsse mittragen, ebenso die Stadträte und der Landkreistag. Gleichzeitig haben sich überall Steuerungsgruppen mit kommunalpolitischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern gebildet. Sie begleiten den bisherigen Umsetzungsprozess und bringen Entwicklungen und Erfordernisse in die relevanten kommunalpolitischen Gremien ein. Außerdem haben sich die teilnehmenden Fachkräfte der Jugendarbeit über die kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung in den Bereichen Kommunalwissenschaft, Kommunalpolitik, Netzwerk-Management und Politikberatung weiterqualifiziert, um die Anliegen der jungen Menschen in den jugendhilfe- und kommunalpolitischen Strukturen noch effektiver einzubringen.

All das ist eigenständige Jugendpolitik und eine Entwicklung oder Weiterentwicklung kommunaler Jugendstrategien wie ich sie mir vorstelle. Ich sehe darin eine Jugendpolitik mit Zukunftspotential für die Gesellschaft. Dazu beglückwünsche ich alle Beteiligten in den Kommunen und bedanke mich sehr herzlich für das große Engagement! Mein Dank gilt ebenso dem Fachausschuss I des Landesjugendhilfeausschusses und dem Landesjugendhilfeausschuss insgesamt für die erneute Bereitschaft, die Trägerschaft von „PEP“ zu über-

nehmen und mit dem Landesjugendamt sowie mit finanzieller Unterstützung meines Ministeriums das Programm umzusetzen. Und schließlich gilt mein Dank den Professoren, die das Projekt wissenschaftlich begleitet haben.

Die jugendpolitischen Prozesse sind noch lange nicht zu Ende, daher freue ich mich, dass wir die bisherigen Kommunen für drei weitere Jahre finanziell unterstützen können.

Und ich lade auf diesem Wege weitere Kommunen in Rheinland-Pfalz sehr herzlich ein, in das Programm einzusteigen.

Es lohnt sich, denn eine Politik für die Jugend, eine Politik, die junge Menschen mitnimmt, ihnen Gestaltungsräume eröffnet, sie beteiligt und sie durch Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in ihrer persönlichen wie staatsbürgerlichen Entwicklung unterstützt, ist sowohl von außerordentlicher Bedeutung vor Ort als auch grundsätzlich für die Zukunft unseres Landes.

Ich wünsche Ihnen ein inspirierendes Lesen und alles Gute für Ihre Arbeit!



Katharina Binz
Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration

EINLEITUNG PROJEKTTRÄGER

Die hier vorliegende Dokumentation markiert den Abschluss der 2. Qualifizierungsrunde von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“. Der Landesjugendhilfeausschuss konnte damit in eigener Trägerschaft das nun zweite jugendpolitische Modellprojekt erfolgreich durchführen. Ausschlaggebend war die Unterstützung durch das Jugendministerium im Rahmen der Jugendstrategie der Landesregierung „JES! Jung.Eigenständig.Stark“ für die Weiterführung dieses Qualifizierungsmoduls „PEP vor Ort“.



Herzliches Willkommen der Fachkräfte auf den Qualifizierungstreffen

Im November 2017 ging „JES! mit PEP vor Ort“ an den Start und endete zwei Jahre später, wobei coronabedingt die Abschlussstagung erst 2021 möglich war. Vier Kommunen, die Städte Worms, Kaiserslautern und Trier sowie der Landkreis Mayen-Koblenz mit seiner „neuen“ Verbandsgemeinde Rhein-Mosel nahmen daran teil. In Abgrenzung zum ersten Modellprojekt PEP (2013 – 2015) wurde konzeptionell die gesamte Gebietskörperschaft, sei es Stadt oder Landkreis und deren Verbandsgemeinde in den Blick genommen. Zentrales Ziel war es, nachhaltige Beteiligungsstrukturen für Jugendliche in den Gebietskörperschaften und damit möglichst eine ressortübergreifende Jugendpolitik zu implementieren. Aus den Erfahrungen des ersten Projektes konnte gelernt werden, dass dies mit einer ausschließlich zentralen, losgelösten Qualifizierung der Fachkräfte der Jugendarbeit so nicht möglich sein wird. Politische Entscheidungsträgerinnen, -träger und Jugendliche müssen vor Ort von Anfang an mitgenommen werden. Dies wurde je nach Situation in den Kommunen unterschiedlich,

z. B. durch Steuerungsgruppen vor Ort, operationalisiert. Sowohl bei der Analyse, den Zielformulierungen und Umsetzungen wurden nun drei Perspektiven eingehalten: Jugendliche, Jugendarbeit und deren Fachkräfte sowie die Politik und deren Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auch aus der Verwaltung.

Neue Wege zur Entwicklung einer kommunalen Jugendstrategie wurden von Prof. Dr. Werner Lindner (Leitung), Prof. Dr. Herbert Schubert und Prof. Dr. Stefan Grohs sowie Prof. Dr. Marco Althaus (zu Beginn) mit tatkräftiger Unterstützung der Verwaltung des Landesjugendamtes beschrritten.

In den vergangenen zwei Jahren erarbeiteten die Projektteilnehmenden mithilfe fachlicher Begleitung eine Politikfeld-, eine Netzwerk- und eine Bedarfsanalyse ihrer Kommune und wurden in regelmäßigen Treffen in den Schritten zur Umsetzung einer Jugendstrategie begleitet.

Die im 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz gestellten Forderungen, dass junge Menschen Respekt, Räume und Ressourcen benötigen und die soziale Infrastruktur für Jugend insbesondere in den Kommunen auszubauen ist, greifen die JES!-Ziele

1. Befähigung und Unterstützung der jungen Menschen zur Teilhabe in der Gesellschaft
2. Gewährleistung autonomer Gestaltungsräume
3. Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen – Stärkung der Partizipation und damit des demokratischen Gemeinwesens

auf und werden zur Vorgabe für eine Teilnahme an dem Projekt.

Auch in Zeiten von Corona müssen junge Menschen einerseits sehr viel stärker als bislang in den Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft gestellt werden, und sie müssen andererseits viel konsequenter an allen sie betreffenden Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Das ist nicht nur ein gesetzlicher Auftrag – z. B. laut § 80 SGB VIII – sondern auch das professionelle Selbstverständnis von Jugendarbeit bzw. deren Fachkräften. Der Landesjugendhilfeausschuss unterstützt dies durch die Trägerschaft des Projektes.

Mit dem Qualifizierungsmodul „PEP vor Ort“ wurde konkret die Entwicklung und Durchführung einer kommunalen Jugendstrategie befördert. Strukturell wurde „PEP vor Ort“ über Beschlüsse der Jugendhilfeausschüsse, der Räte und ebenso über Steuerungsgruppen mit zentralen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung abgesichert. Jugendarbeitsfachkräfte der teilnehmenden Kommunen wurden qualifiziert und unter wissenschaftlicher Begleitung gecoacht.



JES mit PEP vor Ort hat gerockt

Die Dokumentation gibt Einblicke in die Fragen des beachtlichen Mehrwerts für die teilnehmenden Kommunen, die sich auf einen solchen, teilweise sicherlich beschwerlichen Weg machten.

Zu Beginn der Dokumentation werden von Seiten des Beirates durch Sybille

Nonninger, stellvertretende Abteilungsleiterin im Landesjugendamt a. D., und den Ersten Beigeordneten des Landkreises Mayen-Koblenz, Burkhard Nauroth, im Interview generierte fachliche Thesen aufgeworfen, zu denen Stellung bezogen wird (1. Kapitel).

Im 2. Kapitel erfolgen Beiträge der beteiligten Professoren aus deren Wissenschaftsdisziplinen.

Projektziele, -darstellungen, -erfahrungen und -empfehlungen strukturieren die Beiträge der teilnehmenden Kommunen (3. Kapitel).

Im Anhang finden sich u. a. Schaubilder zum Projektverlauf und Landkarten zu den beteiligten Kommunen.

Ein besonderer Dank gilt allen Akteuren, die engagiert ihren Beitrag geleistet haben, sich in Sachen Jugendpolitik auf den Weg zu machen, um Jugend(en) vor Ort Möglichkeiten zu geben, sich nachhaltig einzubringen. Danke an die beteiligten Jugendlichen, die Fachkräfte der Jugendarbeit, die Politik und Verwaltung, die Professoren und das Jugendministerium. Ganz besonderen Dank gebührt dem Landesjugendpfleger Rudi Neu aus der Verwaltung des Landesjugendamtes für die inhaltliche, konzeptionelle Begleitung und Ermöglichung der nun anstehenden dritten Qualifizierungsrunde sowie der hier vorliegenden Dokumentation. Damit geht es in Trägerschaft des Landesjugendhilfeausschusses und vieler bisheriger Partner mit „PEP vor Ort“ und dem Anliegen weiter, Jugend eine Stimme zu geben, das von Fachkräften der Jugendarbeit, Politik und Verwaltung aufgegriffen und in ggfs. zu schaffenden Beteiligungsstrukturen umgesetzt und damit ernst genommen wird.

Für den Landesjugendhilfeausschuss
Albrecht Bähr
Vorsitzender

Für die Verwaltung
Birgit Zeller
Leiterin der Abteilung Landesjugendamt



1. DER PROJEKTBEIRAT

Sybille Nonninger

Jugendpolitik vor Ort braucht das Engagement von Politik und Verwaltungsspitzen: Örtliche Entscheidungsträger als Akteure im Projekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“

Im Roman „Power“ von Verena Güntner wenden sich von den Erwachsenen enttäuschte Kinder von diesen ab und verlassen das Dorf, um in der eigenen Altersgruppe und auf sehr eigene Art das Problem anzugehen, das sie lösen wollen. Anders als die jungen Protagonisten in diesem Roman sollen sich junge Menschen in Rheinland-Pfalz in ihren Kommunen ernst genommen und zu Hause fühlen können. Das ist ein übergeordnetes Ziel des Förderprogramms „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“. Und anders als im Roman spielen dabei die Erwachsenen, und zwar insbesondere die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, eine wichtige Rolle.

Die Schlüsselrolle der örtlichen Politik für die Gestaltung einer jugendgerechten Kommune wurde im zweiten Projektdurchgang von PEP umfassend berücksichtigt

Der erste Projektdurchgang hatte sich wesentlich auf eine praxisnahe Fortbildung und Begleitung der Jugendarbeitsfachkräfte konzentriert. Die strukturellen und politischen Gegebenheiten wurden als Herausforderung für die Fachkräfte in den Blick genommen. Die virtuose „Bespielung“ dieser Bedingungen wurde zum Auftrag der Fachkräfte. Eine Erkenntnis des ersten Projektdurchgangs war, dass die Fachkräfte dadurch dazu berufen wurden, sich wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Sie sollten für die Veränderung von Bedingungen eintreten, von denen sie ihrerseits abhängig waren und durch die ihr Hand-

lungsspielraum maßgeblich bestimmt wurde. Unter dem Brennglas des ersten Projektdurchgangs wurde deutlich, dass Fachkräfte mit einer solchen Superrolle letztlich überfordert waren. Erfolge im Hinblick auf die substantielle Beteiligung junger Menschen in der Kommune konnten die Fachkräfte dann verzeichnen, wenn sie die Unterstützung der Politik fanden. Der zweite Projektdurchgang hat darauf reagiert. Der faktischen Verteilung von Entscheidungsmacht und Verantwortung in der Kommune wurde deutlicher Rechnung getragen. Das spiegelt sich in der thematischen Präzisierung des Projekts als Anregung zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik vor Ort. Und es zeigt sich darin, dass die Politikverantwortlichen im Projektdesign unmittelbar angesprochen und verankert werden. Die Beteiligung an „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ erfordert nun eine politische Auseinandersetzung mit dem Thema und eine reflektierte Haltung der Kommune zu einer kommunalen Jugendpolitik.

Im Folgenden soll dies am Beispiel und auf der Grundlage eines Gesprächs mit dem Ersten Beigeordneten des Landkreises Mayen-Koblenz, Burkhard Nauroth, der zugleich Mitglied im Beirat des Landesprojektes ist, für den Projektverlauf illustriert werden. Dazu werden Thesen formuliert, denen jeweils ausgewählte Aussagen von Burkhard Nauroth zur Seite gestellt werden.

PEP vor Ort hat durch die prägnante Einbindung der kommunalen Politik Gelegenheiten geschaffen, die Interessen der jungen Menschen vor Ort politisch zur Geltung zu bringen.

Im Rahmen der neuen PEP-Projekte war eine programmatische Klärung des Verhältnisses der Politik zur Sache der Jugend und zu einer eigenständigen Jugendpolitik erforderlich. Wobei eigenständig nicht bedeutet, dass die Jugendpolitik keinen Bezug zu anderen Gestaltungsfeldern

haben sollte. Im Gegenteil, als integraler Bestandteil der kommunalen Politik insgesamt ist für die Jugendpolitik die Chance größer, dass sie nachhaltig wirksam wird und nicht nur ein kurzlebiges Phänomen bleibt.

Burkhard Nauroth fasst den Stellenwert der Jugendpolitik im Kreis und deren Verhältnis zu anderen zielgruppenbezogenen Gestaltungsbereichen wie folgt zusammen:

„Der hohe Stellenwert der Jugendpolitik wird sowohl durch den 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes, als auch durch den 2. Kinder- und Jugendbericht des Landes RLP deutlich. Daher ist es natürlich auch für den Landkreis Mayen-Koblenz von großer Bedeutung, sich des Themas vermehrt anzunehmen. Ich sehe die Kinder-, Familien- und Seniorenpolitik nicht als konkurrierende Themen. Es lassen sich schnell gemeinsame und verbindende Aspekte finden, die zum Gemeinwohl beitragen.“

Im Rahmen des Förderprogramms „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ haben wir in der Modellregion, der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel, bei unseren Jugendforen erlebt, dass die Jugendlichen selbst keine Konkurrenz zu anderen Personengruppen empfinden, sondern sich als Teil des Gemeinwesens erleben.

Alle Gruppierungen haben berechtigte Interessen, die im Gemeinwesen gebündelt werden müssen. Es ist hilfreich und zielführend, Schnittstellen herauszuarbeiten und diesen eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken ...

Die Partizipation aller Altersgruppen ist wichtig, um lebenswerte Orte zu erhalten. Die Jugendpolitik trägt zu einer Identifikation mit der Ortsgemeinde der Jugendlichen bei und sorgt dafür, dass die Jugendlichen nach der Ausbildung oder dem Studium gerne wieder in ihren Heimatort zurückkehren. Daher müssen wir die Anliegen der Jugend ernst nehmen. Auch aus politischer Perspektive ist es wichtig, das Jugendalter in den Fokus zu rücken, nachdem sich das allgemeine Interesse so lange auf Frühe Hilfen, Kinderschutz und frühkindliche Bildung und Betreuung konzentriert hat.“

Jugendpolitik entsteht durch die aktive Befassung der Politikverantwortlichen mit den Anliegen der jungen Menschen

Jugendpolitik, so wurde in der Praxis der Projekte deutlich, entsteht nicht in einer sozialpädagogischen Kulturnische, sondern durch die aktive Befassung der Politikverantwortlichen mit den Anliegen der jungen Menschen. Die politische Entscheidungsebene wurde bei PEP vor Ort aktiv eingebunden. Deren Verantwortung für die örtliche Jugendpolitik wurde unterstrichen und öffentlich verdeutlicht. Dabei war die lokale Ebene einzubeziehen, im Landkreis also etwa auch die Verantwortungsebene der Verbands- und Ortsgemeinden.

Hierzu wiederum einige zentrale Aussagen von Burkhard Nauroth:

„Es ist zu beachten, dass alle kreis- und lokalpolitischen Ebenen einbezogen werden. Nur durch Initiativen der Fachkräfte vor Ort wird keine Jugendpolitik möglich sein. Für eine kreisweite gelingende Jugendpolitik müssen ... möglichst alle fachlichen und politischen Akteure ins Boot geholt werden und sich gemeinsam für die Jugend engagieren. Es ist sehr wichtig, die Schlüsselpersonen der jeweiligen Ebene anzusprechen und einzubeziehen, sodass sie für die Thematik sensibilisiert werden und auf ihrer jeweiligen Ebene zu einer Partizipation der Jugendlichen und zu einem Fortschreiten der Jugendpolitik beitragen können. Hier kommt erneut die besondere Struktur eines Flächenlandkreises zum Tragen. Zu beachten sind neben der Kreisebene im Besonderen die Ebene der Verbandsgemeinden und die der Ortsgemeinden.“

Nur durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist die Umsetzung einer Jugendpolitik möglich. Von der Kreisebene aus sollten Impulse mit Bezug auf die politische Ebene gesetzt und die Weichen für eine gelingende Jugendpolitik gestellt werden. ... In dem durchgeführten Projekt ... wurden der Kreisvorstand, der Jugendhilfeausschuss (JHA) und der Bürgermeister der Modellregion – Verbandsgemeinde Rhein-Mosel – informiert. Dann wurden die Ziele gemeinsam abgestimmt.“

Auf Kreisebene können wir, wie gesagt, (fachpolitische) Impulse setzen. Wir müssen aber unbedingt, wie wir es bei "JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort" auch getan haben, den Jugendhilfeausschuss einbeziehen bzw. eine fachpolitische Entscheidung und Weichenstellung des JHA einholen.

Wir haben im Rahmen der zweijährigen Projektlaufzeit regelmäßig im JHA berichtet, ebenso informierten wir die Kreisvorstandskolleginnen und -kollegen sowie die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über den Verlauf des Projektes und das Engagement der Jugendlichen. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel gab dies im Sinne der Transparenz an die Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister weiter und warb für Beteiligung und Unterstützung auf der lokalpolitischen Ebene.

Dies schaffte den Übergang zu den Jugendlichen vor Ort. Um für und mit Jugendlichen etwas bewegen zu können, müssen die lokalen Ebenen einbezogen werden. Es hat sich deutlich gezeigt, dass die Kreisebene für die Jugendlichen zu weit weg ist. Die Jungen und Mädchen identifizieren sich mit ihrer Ortsgemeinde und nicht darüber hinaus. Für sie ist die Ausgestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes interessant. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Einbeziehung und Information von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wesentlich. Akteure aus Vereinen und Verbänden wurden mit angesprochen, sodass sie unsere Initiative weitertragen konnten und Jugendliche informierten bzw. motivierten, sich an der Jugendpolitik vor Ort zu beteiligen."

Die herausgehobene Rolle der Politik in den PEP-Projekten hat die Jugendarbeit aufgewertet.

Die Strukturen und Angebote der Jugendarbeit haben durch die prononciertere Rolle der Politik in den Projekten PEP vor Ort nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Dass Jugendarbeit für eine eigenständige Jugendpolitik besonders wichtig ist, wurde im Projektverlauf an allen Standorten augenfällig. Sie hat durch PEP vor Ort zusätzliche öffentliche Anerkennung erhalten. Die Förderung

des Landes für sie wurde ausgebaut. Ihre Rolle als Mittler zwischen Jugend und Politik und als Unterstützer der Jugend in den Projekten ist von der Politik nachdrücklich unterstrichen worden.

Dazu der Erste Beigeordnete Nauroth:

„Neben der politischen Ebene sind aber auch die Akteure wichtig, die im direkten Kontakt mit Jugendlichen stehen, in erster Linie die Fachkräfte der Jugendarbeit, die die Jugendlichen motivieren, sich für ihre Interessen einzusetzen und ihnen Wege aufzeigen bzw. ihnen helfen, sich Gehör zu verschaffen.

Ohne hauptamtliche Jugendarbeit lässt sich eine eigenständige Jugendpolitik nur sehr schwer umsetzen, es braucht hauptamtliche Fachkräfte, die den Prozess im Austausch mit den Jugendlichen steuern und sie dabei unterstützen, ihre Anliegen zu formulieren und in die politische Debatte vor Ort einzubringen.

Da Jugendliche eher selten die Gelegenheit nutzen, in direkten Kontakt mit der Politik zu treten, dienen die Fachkräfte als Mittellinde zwischen Jugend und Politik. Einerseits vermitteln sie den Jugendlichen die politischen Entscheidungen sowie die nötige Einsicht in die, sich für Jugendliche langwierig darstellenden, politischen Prozesse. Andererseits können sie als Fürsprecher für die Jugend gegenüber der Politik auftreten, die Vorschläge konkretisieren und gemeinsame Lösungswege erarbeiten.

Jugendarbeit allgemein ist eine Pflichtaufgabe des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe und damit zuvorderst des Kreisjugendamtes. Bei uns im Landkreis haben wir eine Erfolgsgeschichte der Verantwortungsgemeinschaft mit den sieben Verbandsgemeinden und der Stadt Bendorf. Durch öffentlich-rechtliche Verträge zwischen dem Landkreis und den Verbandsgemeinden sowie der Stadt Bendorf wird die Jugendarbeit in Zuständigkeit der Verbands- und Ortsgemeinden umgesetzt und ist ein Baustein der Daseinsvorsorge für die Kommunen. In den Vereinbarungen sind die Handlungsfelder der Jugendarbeit und die daraus folgenden Aufgaben festgehalten. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben

erfolgt in enger Abstimmung mit dem Kreisjugendamt, sodass die fachliche Umsetzung sichergestellt ist ...

... Die Fachkräfte können die Jugendpolitik positiv beeinflussen. Dies wurde bei dem Projekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ deutlich. Es hat sich gezeigt, dass sich in der Modellregion Rhein-Mosel viele junge Menschen beteiligt haben und mit Hilfe der hauptamtlichen Fachkräfte ihre Ideen und Vorschläge vorangebracht wurden. Ziel wird es auch zukünftig sein, die bereits entstandenen und geschaffenen Strukturen weiter auszubauen und Partizipation zu etablieren.

Die Fachkräfte der Jugendarbeit, die im unmittelbaren Austausch mit den Jugendlichen stehen, müssen in den Orts- und Verbandsgemeinden die Bedarfe der Jugendlichen feststellen und aufarbeiten, in welcher Form eine gelingende Partizipation gewährleistet werden kann und in welchen Strukturen diese möglich sein könnte. Dies sollte an die Anstellungsträger kommuniziert werden, sodass gemeinsame Ziele entwickelt und umgesetzt werden können.

Im Rahmen des Projektes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ gab es beispielsweise eine strukturelle Steuerungsgruppe, in der Abstimmungsgespräche mit den Fachkräften und dem Bürgermeister stattfanden. Die Fachkräfte auf Kreisebene nehmen eine koordinierende Funktion ein. Sie kommunizieren die Bedarfe und unterstützen bei der Umsetzung.

Auf allen politischen Ebenen muss die Bereitschaft bestehen, sich der Thematik anzunehmen und die Impulse, die durch die Fachkräfte geliefert werden, weiter zu tragen und auf die Ziele hinzuwirken.“

Politikverantwortliche haben den jungen Menschen eine tragende Rolle für die kommunale Jugendpolitik eingeräumt.

Die jungen Menschen müssen bei der Ausgestaltung der örtlichen Jugendpolitik eine Schlüsselrolle einnehmen. Dieser Standard ist im Verbund von Politik und Jugendarbeit, von Entscheidungs-

verantwortlichen in Kreis, Verbands- und Ortsgemeinden sowie von Fachkräften der Jugendarbeit in den Projekten PEP vor Ort gefestigt worden. Jugendpolitik war an keinem Projektstandort geprägt durch Top-Down-Entscheidungen für die „Kleinen“. Jugendpolitik wurde überall begriffen als Politik für die Jugend und von der Jugend mitbestimmt. Partizipation der jungen Menschen war an allen Standorten Ausgangspunkt und Ziel der Projektaktivitäten. Neben der Erwartung, dass junge Menschen Verständnis für finanzielle und sachliche Grenzen bei der Umsetzung ihrer Vorstellungen in der Kommune aufbringen, wurde an allen Standorten betont, dass die Vorschläge der jungen Menschen ernst genommen und so weit als möglich auch umgesetzt werden sollten.

Dazu Burkhard Nauroth:

„Die Jugendlichen selbst sollen die Jugendpolitik bestimmen, daher müssen vor allem sie ins Boot geholt werden. Hierfür haben wir somit zunächst von fachlicher Seite Impulse zur Partizipation gesetzt. In der Modellregion wurden die Jugendlichen unmittelbar angesprochen und aufgefordert, sich an den Jugendforen zu beteiligen und einen aktiven Beitrag zu jugendpolitischen Themen und Fragestellungen zu liefern. Anschließend ist es die Aufgabe der Politik, sich mit den Themen auseinanderzusetzen und nach Möglichkeiten zu schauen, welche Maßnahmen oder Ideen umgesetzt werden können.

Die politische Ebene ist mitverantwortlich für die Umsetzung der angestrebten Vorhaben. Die Jugendlichen und ihre Ideen sollten Wertschätzung erfahren und eine tatsächliche Reaktion folgen lassen. Auf politischer Ebene muss überlegt werden, wie wir die Entwicklung der Jugendlichen fördern können und wie wir es kontinuierlich schaffen sie einzubeziehen. Dass wir beispielsweise auch in Konfliktsituationen als Ansprechpersonen gelten, kann nur gelingen, wenn Raum für Gespräche und Auseinandersetzung geschaffen wird, und die Jugend somit die Möglichkeit hat, ihre Anregungen vorzubringen und feststellt, dass ihre Anliegen ernst genommen werden.

Im Rahmen des Projektes hat es mich sehr beeindruckt zu sehen, wie engagiert sich die Jugendlichen beteiligen.

Bei einem großen Jugendforum in Waldesch präsentierten die Jugendlichen aus den verschiedenen Ortsgemeinden ihre Ideen und zeigten auf, welche Ergebnisse sie bereits erreicht haben. Es war schön zu erleben, wie begeistert die Mädchen und Jungen sich für ihre Ortschaften einsetzen und wie konsequent sie an ihren Vorschlägen gearbeitet haben. Insgesamt wurden in der Verbandsgemeinde bereits erste Ergebnisse erzielt, die die Jugendlichen auch weiterhin motivieren, sich an jugendpolitischen Fragestellungen zu beteiligen. ...

Die Jugendlichen haben für sich erkannt, dass ihre Interessen mit den Themen anderer Personengruppen übereinstimmen und sie somit gemeinsam ihrem Ziel am besten näherkommen können. Beispielsweise haben die Jugendlichen eine Initiative für den Ausbau der Mobilität entwickelt und wollten Unterschriftenlisten sammeln. Hierbei haben sie auch daran gedacht, Senioren und Alleinerziehende einzubeziehen, die ebenfalls von einer besseren Infrastruktur profitieren würden.“

Politikverantwortliche vermitteln demokratische Kultur

Politisch Verantwortliche übernehmen eine wichtige Rolle in der Vermittlung demokratischer Kultur, wenn sie, wie bei PEP vor Ort, Handlungs- und Gestaltungsräume für junge Menschen bieten und sich zudem aktiv mit diesen jungen Menschen auseinandersetzen. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung demokratischer Spielregeln. Es geht auch darum, Kritik und Widerstand zuzulassen und sogar zu befördern. Es geht darum, Kritik und Widerstand in der politischen Praxis als demokratische Tugenden anzuerkennen. Bei PEP vor Ort sprach dies aus dem Verhalten von Politikverantwortlichen und Verwaltungsspitzen vor Ort, und das ist wirksamer als jede unterrichtliche Trockenübung in Sachen Demokratie.

Burkhard Nauroth:

„Die Jugend im Kreis hat ... durch ihre Beteiligung an dem PEP-Projekt auf sich aufmerksam gemacht. Auch wenn das Projekt zunächst nur in der Modellregion Rhein-Mosel realisiert wurde, kann es doch für die Jugendlichen im gesamten Landkreis als Vorbild dienen.

Es ist den Jugendlichen gelungen auf ihre Wünsche und Ideen aufmerksam zu machen. Sie haben Unterstützung durch die Fachkräfte erhalten, haben dabei jedoch auch gezeigt, wie engagiert sie selbst sind. Bereits bei dem großen Jugendforum, bei dem viele Jugendliche aus der gesamten Verbandsgemeinde anwesend waren, habe ich sie aufgefordert, im positiven Sinne „unbequem“ zu sein. Sie müssen zeigen, dass sie für ihre Ideen brennen und immer wieder auf politischer Ebene die Umsetzung ihrer Ideen einfordern. Ebenso sollten sie aktiv zu der Verwirklichung ihrer Ideen beitragen.

Es sollte den Jugendlichen mit der Unterstützung der Fachkräfte gelingen, Vertreterinnen und Vertreter auf politischer Ebene von ihren Vorschlägen zu überzeugen. Sie sollten auch selbst dazu beitragen, dass fachliche und politische Akteure zusammenarbeiten und sich für die Ideen der Jugend stark machen. Dazu muss natürlich vorab Überzeugungsarbeit geleistet werden. Dies gelingt durch aktive Beteiligung und Durchhaltevermögen. Wenn sich im Verlauf eines Prozesses zeigt, dass die Bemühungen nicht vorankommen, müssen neue Wege eingeschlagen werden und kreative und innovative Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Dass dies möglich ist, habe ich bereits bei dem Jugendforum gehört. Die Jugendlichen haben ihre Wünsche trotz Hürden umsetzen können.

In einer Ortschaft der Verbandsgemeinde hat sich beispielsweise eine eigene Jugendvertretung gegründet. Die Jugendlichen haben sich zusammengeschlossen und ihr Vorhaben dem Ortsbürgermeister vorgetragen. Solch ein Engagement beeindruckt und trägt zu mehr Aufmerksamkeit für jugendpolitische Themen bei.

Die Jugend selbst kann viel bewirken und zu einer Veränderung beitragen.“

Landesförderung ist eine wirksame Unterstützung für kommunale Jugendpolitik

Landespolitik kann die eigenständige Jugendpolitik vor Ort wirksam unterstützen. Vom Land geförderte Fachkräfte erwiesen sich in den Projekten als Eckpfeiler einer Infrastruktur für die örtliche Jugendpolitik. Die fachlichen Anregungen und die Kooperationsstrukturen, die im Rahmen von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ vom Land gefördert wurden, haben für die jungen Menschen in den beteiligten Gemeinden reiche Früchte getragen. Die Erfahrungen legen eine Verstärkung der entsprechenden Förderung nahe.

In den Worten des Ersten Beigeordneten Nauroth:

Durch die Unterstützung des Landes in Form von Förderprogrammen besteht bereits die Möglichkeit, mehr Fachkräfte zu beschäftigen, die zur Etablierung einer örtlichen Jugendpolitik beitragen können. Auch während des PEP-Projektes hat sich gezeigt, dass die Jugendlichen zwar sehr engagiert sind, sie aber doch Begleitung und Anleitung durch ausgebildete Fachkräfte benötigen. Die Fachkräfte stehen als Ansprechpersonen und auch als Vermittelnde zwischen Politik und Jugend zur Verfügung.

Noch besser kann dies durch das Land unterstützt werden, indem Programme langfristig angelegt werden und eine Regelförderung angestrebt wird. Eine kontinuierliche Mittelbereitstellung trägt sowohl zur Sicherung von Fachkräften als auch zu einer effizienteren Projektumsetzung bei.

Dies wird ebenso durch das aktuelle PEP-Projekt bestätigt. Nachdem zunächst eine Politikfeldanalyse angefertigt und Strukturen in der Verbandsgemeinde analysiert wurden, konnte gezielter gearbeitet werden. Im Laufe der zwei Jahre wurden neue Strukturen für eine gelingende Jugendpolitik geschaffen, auf denen nun weiter aufgebaut werden

kann. Es ist sinnvoll, dass auch zukünftig die Fachkräfte vor Ort die Jugendlichen weiter begleiten und die Partizipation fördern. Durch die Fortführung des Projektes wird die Wichtigkeit auf Landesebene unterstrichen, was dazu beiträgt, dass das Thema präsent bleibt, auch bis in die Ortsebenen hinein.

Darüber hinaus ist die Kontinuität für die Jugendlichen von Bedeutung. Sie sehen, dass sie und ihre Themen ernst genommen werden. Die Fachkräfte werden dann zu kontinuierlichen Ansprechpersonen, zu denen die Jugendlichen Vertrauen aufbauen können und die sie bezüglich ihrer Anliegen direkt ansprechen können.



Frau Nonninger und Rudi Neu

2. DIE EXPERTEN



Sag es mit einem Foto – Die Experten visualisieren den Stand zu Beginn des Projektes

Prof. Dr. Werner Lindner, Projektleitung

Die Mühen der Ebene¹ – fachwissenschaftliche Reflexionen des Projekts „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“

Nachdem das Initialprojekt PEP in Jahren 2013-2015 als erstmalige und wegweisende Innovation mit Erfolg absolviert worden war, folgte dessen reflektierte Neu-Auflage unter dem Titel „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ (2017-2019). Dabei wurden die Erfahrungen aus

¹ Der Titel spielt an auf die Worte des Dichters Bertold Brecht: „Die Mühen der Gebirge liegen hinter uns, vor uns liegen die Mühen der Ebenen.“

dem ersten Projekt mit einer Vielzahl ambitionierter und verbesserter Neuerungen auf den Weg gebracht (vgl. Lindner 2018 a):

- Erfolgte im ersten PEP-Projekt noch eine weitgehend freie Ausschreibung, so richtet sich das neue Programm, eingebettet in die Landesstrategie, ausschließlich an Kommunen und Landkreise, um hierdurch die explizit kommunale Verankerung der neuen eigenständigen Jugendpolitik anzuzielen. Innerhalb der Projektlaufzeit wurde zudem ein Beschluss des Landkreistages/Stadtrates und/oder des Jugendhilfeausschusses in der betreffenden Kommune erwartet, der weiterführenden Aktivitäten zur kommunalen Jugendpolitik den Weg bahnen soll.
- Das erste PEP-Projekt gestaltete sich überwiegend experimentell, so dass hier noch eine unabhängige Zielsetzung durch die teilnehmenden Fachkräfte selbst erfolgen konnte. Im Nachfolgeprojekt wurden die Zielsetzungen enger an die konzeptionellen Vorgaben in Rheinland-Pfalz (die Leitziele der Jugendstrategie „JES!“) gekoppelt.



Prof. Linder (auf Stuhl) und Prof. Schubert (stehend) mit Teilnehmenden bei der Zielfindung

- Im dritten Leitziel wurde insbesondere die Partizipation Jugendlicher als obligatorisches Querschnittsziel eingeführt.
- Im neuen Projekt wurden den teilnehmenden Kommunen die Landesziele nicht etwa „aufoktroziert“; sondern vielmehr deren „kommunaler Eigensinn“ berücksichtigt mit der Absicht einer kooperativen Zielverständigung zwischen Land und Kommunen. Dabei waren die Kommunen gefordert, in Bezug auf die Landesziele von „JES!“, eigenständige lokale Ziele zu entwickeln und sich hierfür auch Anregungen aus der Vielfalt der vorhandenen Zielkataloge zur Eigenständigen Jugendpolitik (jugendfreundliche Kommune, Jugendbarometer, kommunaler Jugendcheck) zu holen.

Die teilnehmenden sozialpädagogischen Fachkräfte handeln im Projekt als Change Agents, Speerspitzen und Brückenköpfe für die Umsetzung kommunaler Jugendpolitik in ihren jeweiligen Heimatkommunen; daher müssen sie die Ziele aus dem Projekt dort rückkoppeln, abstimmen und absichern. Auch um anstehende Vorhaben möglichst frühzeitig in die kommunalen Entscheidungsprozeduren einzuspeisen, wurden die kommunalen Entscheidungseliten über kommunale Steuerungsgruppen in das Projekt einbezogen.

- Die Erfahrungen des Pilotprojektes hatten zu der Erkenntnis geführt, dass die mit umfangreichen Eigenarbeiten und Recherchen verbundene Teilnahme von sozialpädagogischen Praktikerinnen und Praktikern kaum durch Einzelpersonen geleistet werden konnte; infolgedessen nahmen beim zweiten Durchgang nur noch Teams teil, die sich aus kommunalen und verbandlichen sozialpädagogischen Fachkräften zusammensetzten.
- Konnte im ersten Pilotprojekt der Zeitaufwand (Workload) für Eigenarbeit, Recherche und Umsetzung der Ziele für die teilnehmenden Fachkräfte allenfalls vage eingeschätzt werden, so war es nunmehr möglich, den erforderlichen Workload auf ca. einen Tag pro Teilnahmetag

an den Arbeitstreffen zu kalkulieren, so dass über den Zeitraum von zwei Jahren und ca. 12 Seminartagen/Arbeitstreffen annähernd derselbe Zeitbedarf noch einmal für die Umsetzung vor Ort zugrunde zu legen war.

- Aufgrund der Einbindung in den normalen Arbeitsalltag erwiesen sich die realen Freiräume zur aktiven Mitwirkung am ersten Projekt für die beteiligten Fachkräfte als eher problematisch mit der Folge, dass einige Teilnehmende PEP I ohne Zielerfolg verlassen mussten. Im neuen Projekt konnten pro teilnehmender Gebietskörperschaft Fördermittel des Landes von bis zu 20.000 Euro unter anderem für Personalkosten, auch für den Einsatz von Honorarkräften und andere unterstützende Maßnahmen verwendet werden.
- Für die Umsetzung der Neuen und Eigenständigen Jugendpolitik wurde im ersten Projekt mit einer SWOT-Analyse² begonnen, die als Grundlage für die weiteren Aktivitäten diente. Im Nachfolgeprojekt wurde diese Ausgangsbasis nunmehr über eine kooperative Politikfeldanalyse vertieft, da erst hierdurch die Ausgangsbedingungen in den jeweiligen Kommunen noch präziser zu erschließen und daraufhin passgenauere Diagnosen und sodann erfolgswirksame Aktionspläne mit besserer Zielerreichung zu erwarten waren.

Festzustellen ist zum einen, dass die vorgenannten Neuerungen wiederum zu unterschiedlichen, höchst differenzierten Ergebnissen und Effekten geführt haben, von denen der nachfolgende Text lediglich einige ausgewählte Resultate thesenartig skizzieren kann. Hinzuweisen ist zum anderen aber darauf, dass auch „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ weiterhin und unumgänglich im Modus eines Experiments zu verorten war. Das handlungspraktische Wissen zur Implementation eigenständiger Jugendpolitik ist

² dt. Abk. für Analysis of strengths, weakness, opportunities and threats; die Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analyse

nach wie vor unscharf; und immer noch gibt es kaum garantiert gelingende Erfolgsrezepte dafür, wie die vorhandenen „Zutaten“ in der richtigen Kombination zu verwenden wären. Immerhin aber sind – um im Beispiel zu bleiben – einige neue Zutaten verwendet und deren Erfolgswirksamkeit bis -wahrscheinlichkeit neu ausprobiert worden. Zudem ist daran zu erinnern, dass Politikprozesse dynamische, aber auch langwierige und langfristige Prozesse sind, und daher alle Ergebnisse zwangsläufig den Charakter von Zwischenergebnissen aufweisen.

Der Experimentierstatus gilt bis auf weiteres für die gesamte Programmatik der Neuen und Eigenständigen Jugendpolitik, die auf der Bundesebene seit einigen Jahren etabliert und seit 2014 unter dem Label „JES!“ wegweisend in Rheinland-Pfalz vorangetrieben wird. Bekanntheitsgrad und Umsetzungsbereitschaft auf der entscheidenden lokalen/kommunalen Ebene sind hingegen immer noch unterschiedlich ausgeprägt und bisweilen unterentwickelt. Im Projekt hat sich erwiesen, dass die Realisierungsbereitschaft für eine neue und eigenständige Jugendpolitik „pfadabhängig“ ist, d. h. sie steht in unmittelbarer Beziehung zur bisherigen Berücksichtigung der Belange von Kindern und Jugendlichen, aber auch der Qualität der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort.

Erster Fokus: Jugendliche

Indem das Projekt obligatorisch die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen einforderte, wurde zum einen konzeptionell der Grundsatz zur Stärkung sog. „schwacher Interessen“ (Toens/Benz 2019, Wortmann 2019) berücksichtigt, demzufolge keine Lobbyarbeit, keine Interessenvertretung, kein advokatorisches Handeln ohne den Einbezug der Betroffenen erfolgen kann. Dies führte in der Projektpraxis zu der Frage: Wollen denn die Jugendliche selbst diese Neue Eigenständige Jugendpolitik (NEJ)? Oder wird diese als wiederum von Erwachsenen gesetzte Erwartung empfunden? Oder wollen Jugendliche – in all ihrer Unterschiedlichkeit – vielleicht ganz Anderes, und muss

dies dann mit den Zielen der Eigenständigen Jugendpolitik „irgendwie“ in Beziehung gesetzt werden? Gleichwohl waren keine Jugendlichen direkt in das Projekt miteinbezogen, da dessen Schwerpunkt auf dem Handeln und der Expertise sozialpädagogischer Fachkräfte aufgebaut war. Diese sozialpädagogische Kompetenz wurde im Projekt erweitert um die explizit (kommunal)politische Dimension hin zu einem reflektierten strategischen Handeln auf mehreren Ebenen: Die damit verbundenen Herausforderungen bestehen darin, das Wechselspiel auf pädagogischen und politischen Bühnen, von Konsens und Konflikt, von Tun und Lassen sowohl in formellen wie informellen Handlungsarenen zu beherrschen, um den Belangen von Kindern und Jugendlichen in Kooperation mit diesen wirksame Geltung in der (Kommunal-) Politik zu verschaffen. Die Teilnehmenden setzen damit eine „postheroische“ Haltung um, welche „die Kunst beherrscht, zwischen heroischem Handeln und postheroischem Aushandeln, Durchhalten und Durchhangeln, Selbstermächtigung und Dezentrierung (...) virtuos hin- und herzuspringen. Und das ist wahrlich eine heroische Aufgabe und allemal anstrengend genug.“ (Bröckling 2018)

Zu berücksichtigen ist dabei, dass Jugendliche keineswegs ein heterogenes Bevölkerungssegment darstellen und deren reale Beteiligung nur bedingt den Kriterien von Repräsentativität unterliegen kann. Vor diesem Hintergrund agieren die sozialpädagogischen Fachkräfte als Vermittlungsinstanz zwischen der politisch gewünschten Beteiligung als topdown-Ansatz in Form von sogenannter „invited participation“ und dem Engagement Jugendlicher „von unten“ aus der Zone „des Politischen“, dem bottom-up Ansatz in Form von „uninvited“ oder „invented participation“: also ungeladener, unkonventioneller oder kreativer Einmischungen. Damit befinden sich die sozialpädagogischen Fachkräfte mitten zwischen den Fronten im Spannungsfeld zweier Zonen: zwischen den berechtigten Interessen der Kommune und ihrer Bürger und den nicht minder berechtigten Interessen von Kindern und Jugendlichen (als spezieller Teilgruppe dieser Bürger). Hier agieren die Projektteilnehmenden – je nach Anforderung

professionsethischer, advokatorischer, demokratiekonzeptioneller, handlungspraktischer und kommunalpolitischer Aufgabenstellung – als Schleusenwärter, Durchlauferhitzer, Moderator, Lobbyist, Ausbremsler, Vermittler oder Demokratiebeschleuniger.

Über die Antworten aus den Evaluationsfragebögen wurden gerade hier deren ausgeprägte Interessen deutlich, denn auf die Frage „Wo waren Sie besonders engagiert? Warum?“ ergaben sich erkennbare Orientierungen:

Im konzeptionellen Aufbau der ersten Jugendkonferenz. Im Bereich „Catering/backstage“ der Jugendkonferenz – sozusagen für das leibliche Wohl zu sorgen, was ich gut konnte und kann ... Dies wurde – bewährt – mir auch für die 2. Konferenz übertragen ...

In der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen. Denn diese zu befähigen, sich selbst zu artikulieren und so ihre eigene Jugendpolitik zu gestalten, muss Priorität in der Gestaltung einer eigenständigen Jugendpolitik haben. Hierzu benötigt es aber auch Lobbyarbeit für Jugendliche in diversen Gremien, Verwaltungen und Vereinigungen, damit Jugendliche als mündige Bürgerinnen und Bürger angesehen werden, bei denen es sich lohnt zuzuhören und sie ernst zu nehmen.

In der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen. Es ist mir wichtig, Jugendliche zu befähigen, sich für die Belange und Angelegenheiten der Jugend einzusetzen. In den Jugendforen hat man die Möglichkeiten, sich mit den Jugendlichen auszutauschen und Beziehungen aufzubauen, die in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen von großer Bedeutung sind.

Planung und Durchführung der Jugendkonferenz. An diesem Tag sollte den Jugendlichen bewusst werden, dass sie im Mittelpunkt stehen und Partizipation Sinn macht.

Gewinnung von Jugendlichen für die Beteiligung am Wettbewerb, um diesen auf eine breite Basis zu stellen.

Öffentlichkeitsarbeit, das Projektziel (Beteiligung von Jugend) sollte wahrgenommen werden.

Jugend sollte zusehends erfahren, dass sie ihre Interessen in der Kommune einbringen kann.

Berichterstattung in Arbeitskreisen im Jugendhilfeausschuss, in Abteilungssitzungen.

Partizipation bei Jugendlichen ist halt aus Überzeugung bei mir.

Zweiter Fokus: Politikfeldanalyse

Mit einer vielschichtigen Politikfeldanalyse beinhaltet das neue Projekt eine weitere Neuerung. Was ein Politikfeld überhaupt ist und wie dieses zu analysieren wäre, ist in der Kinder- und Jugendarbeit bislang unbekannt, denn hierbei handelt es sich um eine ausgewiesene politikwissenschaftliche Kategorie, die im Projekt erstmals auf ein sozialpädagogisches Handlungsfeld adaptiert wurde. Gemeint sind damit zunächst verschiedene Datenerhebungen, darunter auch eine Netzwerk-Analyse, welche die kommunalpolitische Ausgangslage der jeweiligen Kommune strategisch aufklären soll und die zugleich im weiteren Verlauf wichtige Argumentations-, Handlungs- und Verhandlungsressourcen darstellen. Denn aus fachwissenschaftlicher Sicht ist es bedeutsam, diese Ausgangslage nicht nur normativ (also von dem, was wünschenswerterweise sein soll), sondern auch empirisch, also von dem, was hier ist, aufzuklären.

Eine Erkenntnis aus dem Projekt war, dass diese Politikfeldanalyse eigene Zeitressourcen braucht (deren Investition sich allerdings bei der späteren Umsetzung amortisiert); eine andere, dass es – idealtypisch – mit einer einzigen Analyse nicht getan ist, wenn sich etwa bestimmte Rahmenbedingungen – zum Beispiel nach einer Kommunalwahl – ändern. Die Politikfeldanalyse ist also im Idealfall eine permanent mitlaufende Beobachtung und Auswertung des kommunalen Umfeldes. Eine nächste Erkenntnis bestand darin, dass die Bemühungen, näher an die wirklich relevanten

politischen Entscheidungsfaktoren und -personen in einer Kommune zu gelangen, sich bisweilen als eher schwierig erwiesen haben. Analog zu den Jugendlichen wäre auch hier zu fragen: Will denn „die Kommunalpolitik“, wollen denn die Kommunalpolitikerinnen und -politiker diese Neue und Eigenständige Jugendpolitik? Die Antwort ist kaum zufriedenstellend, denn sie lautet: „Im Prinzip ja. Kommt drauf an.“ Die politischen und steuernden Akteurinnen und Akteure in den Kommunen haben sich als hoch-ambivalent erwiesen – insbesondere, wenn „Steuerung“ und „Lenkung“ nicht nur Unterstützung und Ermöglichung bedeutete, sondern auch Regulierung, Einschränkung, bisweilen auch Verhinderung. Die Schlussfolgerungen mit Blick auf die Ergebnisse des Projektes lauten: Die direkten oder indirekten Zugänge zu den jeweiligen Entscheidungspersonen erweisen sich bisweilen als schwierig; Dienstweg und Hierarchie sind hierbei zu berücksichtigen. Durch manche Projekterfahrungen wurde ersichtlich, dass die argumentative Legitimationskraft von Jugendpolitik noch nicht voll ausgeschöpft wurde – pointiert gefragt:

- Ist Jugendpolitik nett? Oder ist sie notwendig?
- Kann die Implementation von kommunaler Jugendpolitik mit Blick auf die drei miteinander verbundenen Ebenen von 1. Jugendlichen, 2. Jugendarbeit und 3. (kommunaler) Jugendpolitik vornehmlich als „Win-Win-Win“ Situation gelingen; d. h. als „Konsens- und Harmoniemodell“? oder
- Was geschieht in Fällen von Dissens und Konflikten? (die ja als unumgängliche Treiber von Politik und Demokratie (vgl. Mouffe 2015) gelten?)

Durch die Erfahrungen der Politikfeldanalyse und den Kontakten mit Politikerinnen, Politikern und Entscheidungsträgern wurde (leider erst gegen Ende des Projekts) ein neues und experimentelles Vorgehen initiiert im Training von Argumentations- und Verhandlungssituationen. Hierzu wurde auf bestehende Expertisen zurückgegriffen und diese anhand von Checklisten strukturiert, einge-



Prof. Lindner und Frau Kathoor von der Stadt Trier im gemeinsamen Vortrag zur Bundespolitik

übt, sodann angewandt und hernach erneut im Sinne eines iterativen Prozesses wieder reflektiert. Da diese Instrumente erstmals und versuchsweise erprobt wurden, sind deren Potenziale – in all ihren Stärken, aber auch Schwächen – erst zögerlich und spärlich ausgeschöpft worden und in der künftigen Umsetzung weiterhin entwicklungsbedürftig.

Dritter Fokus: die sozialpädagogischen Fachkräfte

Abermals bestätigt haben sich hingegen zwei Erfahrungen aus dem ersten Projekt, die immer auch den fragilen Strukturbedingungen des Handlungsfeldes Kinder- und Jugendarbeit zuzurechnen sind. Zu nennen ist zunächst und erneut der Faktor ‚Personelle Kontinuität‘: „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort!“ war in erheblichem Maße von personellen Turbulenzen durchgeschüttelt worden durch Wechsel, Ausstiege, Neu-Einstiege, Krankheit, absehbares und überraschendes Ausscheiden von Personen, was den Prozess vor gehörige Anforderungen gestellt hatte. Zum anderen wurde der Zeitfaktor für die Umsetzung der Projektaktivitäten seitens der Teilnehmenden abermals und immer wieder als Belastung empfunden. Erneut hat sich gezeigt, dass die zeitliche Beanspruchung unterschätzt und hierfür keine wirklichen Freiräume gesichert wurden; mit-

hin entpuppte sich die Mitarbeit im Projekt immer wieder als zusätzliche Belastung.

Als übergreifender Effekt nicht nur für das Projekt, sondern für das Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit allgemein hat sich gezeigt, dass explizit wie implizit administrativ-politisches Handeln sozialpädagogischer Fachkräfte – selbstverständlich innerhalb der institutionellen Rahmungen – sowohl für diese selbst wie auch für andere Beteiligte (noch) als eher ungewohnt einzuschätzen ist.

Ein solcher Rollenwechsel stellte die sozialpädagogischen Fachkräfte vor neue Anforderungen, denn zum einen bestanden kaum reflektierte Vorerfahrungen (und entsprechende Scheu) in der gezielten Kommunikation mit Akteuren der Politik; zum anderen wurden bisweilen Bedenken erhoben aufgrund der Ausdehnung der formalen Dienst-, Kommunikations- und Aufsichtswege. Zudem fehlte es bislang sowohl an sachbezogenen inhaltlichen Argumenten zum Themenbereich Jugend/Jugendpolitik/Jugendarbeit wie auch an kommunikativem Know-how im Direktkontakt mit Politikerinnen und Politikern, so dass die angebotenen Kommunikationsoptionen nicht von allen Beteiligten gewagt wurden (z. T. auch, weil diese Direktkontakte unverblümt untersagt wurden). In anderen Fällen wurden die Kommunikationsstrategien mit maßgeblichen Entscheidungsträgern eingebettet in weitere Maßnahmen der Politikberatung und über entsprechend indirekte Netzwerkstrategien angebahnt. Über diese Erweiterung der Optionen wurden zum einen neue Aufgaben- und Rollenzuweisungen bzw. -zumutungen initiiert; zum anderen aber die sozialpädagogischen Fachkräfte angeregt, die erforderlichen Schritte zur Implementation der kommunalen Jugendpolitik eigenaktiv anzugehen. Hilfreich war jedenfalls die von Beginn an absichtsvoll geplante Nähe zur Politik durch die Zusammensetzung der kommunalen Steuerungsgruppe in den Kommunen; denn letztendlich entscheidet das Placet der Politik über Erfolg oder Nichterfolg der Projektaktivitäten.

Einige Auszüge aus den Evaluationsfragebögen illustrieren diese Befunde anhand der Frage „Wo

waren Schwierigkeiten in Verständnis und Übertragung in die Praxis im Bereich der Lobbyarbeit/Politikberatung?“:

Ich wusste nicht, wie ich Zugang zu bestimmten Politikern/Entscheidungsträgern herstellen sollte, um möglichst von Beginn an „in einem guten Licht“ zu stehen.

Analyse Wahlen/Programm war ok. Schwieriger war dann die Übertragung auf die konkrete Person (Perspektivübernahme und daraus Ansprache/Einbindung entwickeln).

Kein dienstlicher Kontakt zu Lobbyisten.

Ich habe nur einen eingeschränkten persönlichen Kontakt zur Politik.

Die Bedeutung der Kontaktmöglichkeiten müsste zunächst innerhalb des Dezernates klar mit den Verantwortlichen besprochen werden und Unterstützung finden.

Der Aspekt der Lobbyarbeit ist in diesem Zusammenhang in allen Kommunen sehr wichtig. Gut wäre auch die Verknüpfung zu kommunikationswissenschaftlichen Aspekten.

Diese Antworten stehen in spannungsreicher Korrespondenz zu dem fachwissenschaftlichen Befund, dass kein sozialpädagogisches Handeln ohne parallele Berücksichtigung und aktive Ausgestaltung der politischen Dimension vorstellbar ist (Casale u. a. 2019, Lindner 2018 b) und erfordern in der Konsequenz zum einen eine hinreichende (kommunal)politische Akzeptanz sowie zum anderen ausreichende Ressourcen, damit sozialpädagogische Fachkräfte ihren neuen professionellen Aufgaben auch wirklich nachkommen können. Diese, für künftige Weiterentwicklungen erforderliche, Ausgestaltung ist aktuell auch durch die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe bekräftigt worden: „Daraus folgt der politische Auftrag an die Jugendhilfe (mithin explizit auch an die Kinder- und Jugendarbeit, WL) eine entsprechende jugendgerechte Politikgestaltung einzu-

fordern, an der Seite junger Menschen für Veränderungen einzutreten und die institutionelle Gestaltung der Lebensphase Jugend kritisch zu begleiten. (...) Die Jugendhilfe (hier wiederum explizit auch die Kinder- und Jugendarbeit, WL) ist zentrale Akteurin Eigenständiger Jugendpolitik und hat (...) durch ihre Träger und Fachkräfte einen Gestaltungsauftrag für verbesserte Lebenslagen junger Menschen.“ (AGJ 2020, S.13; Hervorhebung WL)

Vielfach noch wird Jugendpolitik mit den bisherigen Partizipationsansätzen der Jugendarbeit gleichgesetzt und dabei der explizit jugendpolitische Anspruch, der ja auch ein Gestaltungs- und Einmischungsanspruch ist, im Zweifelsfall eher hintenangestellt. Und auch im Projekt erfolgt eine starke Orientierung an traditionellen Formaten der Jugendbeteiligung, z. B. Jugendforen und Jugendparlamenten – deren letztlich jugendpolitischer Gestaltungsanspruch nicht durchweg ersichtlich war. Der spezifische Mehrwert des Projekts wurde insbesondere dort (noch) nicht offenbar, wo dieses für sog. „Free-Rider“-Effekte funktionalisiert wurde nach dem Motto: „Eigentlich tun wir im Wesentlichen das, was wir immer schon gemacht haben, nur nehmen wir hier und da ausgewählte Impulse aus dem Projektsetting auf.“

Fazit und Ausblick

Unter Berücksichtigung der o. g. Rahmenbedingungen und Projektschritte wurden bei allen teilnehmenden Kommunen erneut viele und differenzierte Erfolge und Ziele auf den drei Ziel-Ebenen 1. Jugendliche, 2. Kinder- und Jugendarbeit und 3. kommunale (Jugend)Politik erreicht, darunter z. B.

- die Neu-Installation eines kommunalen Jugendparlaments,
- Etablierung eines neuen Aufgabenschwerpunkts Jugendpolitik,
- Sensibilisierung der Kommunalpolitik (erhöhte Anträge und Anfragen der Fraktionen),
- Etablierung von „Jugend“ als positives Wahlkampfthema,
- die Etablierung einer Stelle für Jugendpolitik,
- die kontinuierliche Etablierung einer Jugendkonferenz,
- Verankerung von Jugendarbeit als kommunale Pflichtaufgabe (!),
- die Einrichtung von Beschlussvorlagen zu den Ergebnissen von Jugendkonferenzen,
- Einarbeitung jugendpolitischer Zielsetzung in den Jugendförderplan,
- Etablierung von Jugend-Fürsprecherinnen und Fürsprechern in der Ortsgemeinde,
- Etablierung dezentraler Beteiligungsmöglichkeiten,
- verbindliche Einrichtung von WLAN in allen Ortsgemeinden,
- Initiierung einer kommunalen Kinder- und Jugendstrategie,
- dauerhafte Gewährleistung der Anhörung von Kindern und Jugendlichen in allen Planungsvorhaben,
- Politisierung aller im Prozess Beteiligten.
- Die sozialpädagogischen Fachkräfte verstehen eine advokatorische Jugendpolitik als eine Aufgabe der Jugendarbeit und wurden dazu qualifiziert.

Aus den Projekterfahrungen eröffnen sich vielfältige Optionen für abermals neue und wiederum unumgänglich experimentelle Weiterentwicklungen in der Implementation kommunaler Jugendpolitik, von denen nachfolgende nur einige herausgegriffen werden.

- Im Hinblick auf die notwendigen Kommunikationen und Verhandlungen mit Politikerinnen/Politikern und Entscheiderinnen/Entscheidern sind deren Argumentationen, Motive und (formale wie informale) Handlungsstrukturen noch präziser zu erkunden, um hieraus plausible und erfolgswirksame Argumentations- und Handlungsstrategien zu entwickeln.
- Die weitere Qualifizierung der Argumentationskompetenzen ist nicht nur auf die sozialpädagogischen Fachkräfte, sondern auch auf die Jugendlichen selbst auszuweiten und mit den konzeptionellen Ansätzen einer (kommunal- und demokratie-)politischen Bildung zu verbinden.
- Im Hinblick auf die möglichst passgenaue Unterstützung der jeweils unterschiedlichen kommunalspezifischen Belange, Themen, aber auch Konflikte und Interessen ist eine intensiviertere Begleitung der Akteure vor Ort hilfreich.
- Zur weiteren Umsetzung des Querschnittsanspruchs von kommunaler Jugendpolitik sind die angestammten traditionellen Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zu erweitern, indem Zugänge in andere Ressorts bzw. Politikfelder eröffnet und dort strukturell verankert werden.

Wenn Akteure der Kinder- und Jugendarbeit die Rolle von konstruktiven Aktivposten in der Stadt- und Regionalentwicklung einnehmen, verändern sich die Funktion und der Status von Jugendlichen wie auch die Rollen der hauptamtlichen pädagogischen Fachkräfte: Sie werden als Personen wahrgenommen, die sich ernsthaft um den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität ihrer Stadt, ihrer Region, ihres Dorfes oder auch des ländlichen Raumes kümmern. Damit wird deutlich, dass ihnen die Zukunft der Stadt oder der Gemeinde nicht gleichgültig ist, sondern ein wichtiges Anliegen, für das sie sich engagieren, Zeit und Energie aufwenden. An diesen Punkten könnte weiterhin angesetzt und gearbeitet werden. Insofern zeigt die Absicht, nach all den aufgezeigten Erfahrungen eine weitere, dritte Experimental- und Qualifikationsrunde anzuvizieren, den Mut und die

Konsequenz, mit der in Rheinland-Pfalz die Eigenständige Jugendpolitik unter dem Label „JES!“ weiter vorangetrieben wird.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)(2020): „Jugend braucht mehr! – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen und weiterdenken.“ Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. 2./3. Juli 2020. Berlin

Bröckling, U. (2018): Ich, postheroisch. In: Zeitschrift. Ideengeschichte, 12. Jg., H.3, S.21-32

Casale, R. u. a. (Hrsg.)(2019): Das Pädagogische und das Politische. Zu einem Topos der Erziehungs- und Bildungsphilosophie. Paderborn

Lindner, W. (2018 a): Eigenständige Jugendpolitik: In den Ländern initiiert – in den Kommunen. In: deutsche jugend, 66. Jg., Heft 3; S. 101-102

Lindner, W. (2018 b): Das „Pädagogische“ und das „Politische“: Demokratiebildung in paradoxen Konstellationen: In: IJAB Journal: Magazin für internationale Jugendarbeit und Jugendpolitik. H. 1/2018, S. 4-5

Lindner, W/ Neu, R. (2021): Zur Implementation kommunaler Jugendpolitik. Zweiter Aufschlag. In: deutsche jugend, 69. Jg., Heft 3; S. 116-125

Mouffe, C. (2015): Agonistik: Die Welt politisch denken. Berlin

Toens, K./Benz. B. (2019)(Hrsg.): Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit. Weinheim u. Basel

Wortmann, J. (2019): Interessenvertretung junger Menschen: Potenziale der Jugendarbeit. In: Toens/ Benz: Schwache Interessen? 2019, S. 159-174

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert

Netzwerkstrategien in der Eigenständigen Jugendpolitik

1. Eigenständige Jugendpolitik als Orientierungsrahmen

Die Eigenständige Jugendpolitik geht „von einer Pluralität von Politikfeldern aus, die explizit oder implizit die Lebenslagen junger Menschen beeinflussen“ (Lindner 2017, S. 14). In den Blick zu nehmen ist dabei das vielfältige Zusammenwirken der politischen, administrativen, verbandlichen und zivilgesellschaftlichen Agenturen, die die alltäglichen Lebensbedingungen junger Menschen gestalten. So betrachtet darf Jugendpolitik nicht auf das Arbeitsfeld Jugendarbeit enggeführt werden, sondern stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die über alle Politikfelder koordiniert werden muss. Im lokalen und regionalen Kontext der Gemeinde und des Landkreises betrifft das beispielsweise die Gestaltung der Schulen und der Bildung, der Kulturförderung, des Arbeitsmarktes, der Armutsbekämpfung, der öffentlichen Ordnung und der Kriminalprävention, der Gesundheitsdienste, des öffentlichen Personennahverkehrs, der öffentlichen Räume, der ökologischen Umweltentwicklung und Infrastrukturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In diesen und weiteren Feldern werden die Ansprüche von Jugendlichen (als wichtiger Stakeholder) tangiert.

Wenn dieses Verständnis der Eigenständigkeit den Orientierungsrahmen der Jugendpolitik bildet, bedarf es einer Strategie, die einerseits die Stakeholder-Figuration der Jugendlichen bottom-up zu Fragen dieser Felder an der Gestaltung der Antworten partizipieren lässt, um ihre Interessen in den kommunalpolitischen Diskurs einzuspeisen, und die andererseits ein Kooperationsnetz über die verschiedenen Ressorts der öffentlichen Verwaltung spannt. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der Begleitung des zweiten Praxisentwicklungsprojekts „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ im Land Rheinland-Pfalz kommunale und verbandliche Akteure der Jugend-

arbeit fachlich dabei unterstützt, mit Netzwerkstrategien sowohl partizipativ in die lebensweltlichen Netzwerke der Jugendlichen hinein, als auch in den kommunalpolitischen Raum, als auch in die Zivilgesellschaft hinein Netzwerkbrücken zu bauen, damit die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen und Heranwachsen der jungen Generation verbessert sowie gute Lebensbedingungen und Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden können.

2. Überwindung der Versäulung in der öffentlichen Kommunalverwaltung

Der Eigenständigen Jugendpolitik liegt die Kritik an der institutionellen Zergliederung der Funktionssysteme zu Grunde. Mit dem kontinuierlichen Ausbau der Kommunalverwaltung im Sozialstaat wurde die Gesamtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge immer weiter in funktionale Teilsysteme mit verselbständigten Institutionen „versäult“ aufgespalten (vgl. Schubert 2018 a, S. 11 ff.). In Folge dieser Fragmentierung werden die Interessen von Jugendlichen nicht mehr ganzheitlich in allen Bereichen des Alltagslebens berücksichtigt, sondern funktions- und hierarchiebezogen auf die Zuständigkeit des Jugendamtes und der Abteilung Jugendarbeit eingeeengt. In der Folge kümmern sich die im Lebensumfeld der Jugendlichen und ihrer Familien tätigen Dienstleistungseinrichtungen nur um Fragen der Jugendarbeit im engeren Sinn. Alle anderen Ansprüche von Jugendlichen bleiben wegen der vertikalen Funktions- und horizontalen Hierarchiebarrieren außen vor. Die Barrieren des Ressortdenkens und die fehlende Transparenz der zergliederten Abläufe führen zu der operativen Insel der Jugendarbeit, auf der relativ isoliert von den operativen Inseln der verschiedenen Funktionssysteme anderer Politiken – wie der lokalen Wirtschaft, der Erziehung, des Gesundheitswesens, der sozialen Sicherung oder auch der Stadt- und Regionalentwicklung – gehandelt wird.

Damit die Eigenständige Jugendpolitik in dieser Weise wirksam werden kann, sind Beziehungen als

„Schnittstellen“ zu den anderen Ressorts sowie ihren Institutionen und zu zivilgesellschaftlichen Akteuren aufzubauen. In diesem Zusammenhang findet vermehrt die Metapher des Netzwerks Anwendung, weil Brücken zwischen den fragmentierten Strukturen geschaffen werden müssen und über eine vernetzte Vorgehensweise der professionellen Akteure die Bedürfnisse der Jugendlichen übergreifend erfüllt werden können. Im Folgenden wird skizziert, welche Strategien Akteure der Jugendarbeit im rheinland-pfälzischen Praxisentwicklungsprojekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ verfolgt haben, um solche Netzwerke interprofessionell und interdisziplinär zu organisieren.



Prof. Schubert berät das Trierer Projekt

3. Netzwerkstrategien in „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“

Die netzwerkstrategischen Schritte wurden im Projekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ darauf ausgerichtet, (1) die Schlüsselpersonen aus der Kommunalverwaltung und der Zivilgesellschaft zu identifizieren, (2) die bestehenden Vernetzungen zu erkunden und (3) den

möglichen Veränderungsbedarf bzw. den weiteren Vernetzungsbedarf zu ermitteln und exemplarisch zu veranschaulichen, um die kommunale Jugendarbeit im engeren Sinn und die Jugendpolitik im weiteren Sinn der Eigenständigkeit zu profilieren.

3.1 Identifikation der Schlüsselpersonen

Zur Ermittlung der Schlüsselpersonen, die für die Eigenständige Jugendpolitik in der Gemeinde oder im Landkreis bedeutsam sind, wurde eine Stakeholderanalyse durchgeführt (vgl. Schubert 2018, S. 82 ff.). Die Stakeholder in einer Gebietseinheit insgesamt oder in einem ausgewählten Sozialraum (wie Stadtteil, Quartier oder Verbandsgemeinde im Landkreis) lassen sich systematisch gliedern in: (I) die engagierten jungen Menschen aus der (zivil-) gesellschaftlichen Umwelt von Kirchengemeinden, Vereinen, Verbänden, freiwilliger Feuerwehr, Schulen und so weiter, (II) die zivilgesellschaftlichen Repräsentantinnen und Repräsentanten im Raum bis hin zur lokalen Ökonomie, (III) die Schlüsselpersonen aus der politischen Umwelt von Parteien und demokratisch gewählten Gremien sowie (IV) die Fach- und Leitungskräfte aus den einschlägigen Ressorts der Kommunalverwaltung, die aus der Perspektive der Eigenständigen Jugendpolitik mit einbezogen werden müssen.

Zur genauen Einordnung und Bewertung der ermittelten Schlüsselpersonen war aufzuklären und in einer Tabelle zu dokumentieren, (a) in wessen Auftrag sie handeln, welche Ziele sie dabei verfolgen und welche Interessen handlungsleitend sind; (b) wie stark ihr Einfluss auf den Erfolg oder Misserfolg einer Eigenständigen Jugendpolitik ausgeprägt ist; (c) ob sie sich bisher in Fragen der Jugendpolitik ablehnend, neutral oder unterstützend verhalten haben und schließlich (d) bei welchen Themen es Gemeinsamkeiten und somit Möglichkeiten der inhaltlichen Kopplung gibt.

In der Analyse war zu überprüfen, welche der ermittelten einflussreichen Akteure für das Feld der Eigenständigen Jugendpolitik innerhalb und außerhalb der Verwaltung zu gewinnen sind und über welche Pfade der bestehenden Beziehungen

ein Zugang zu diesen Meinungsführenden und Impulsgebenden möglich sein kann (z. B. über Führungskräfte der Organisationen von Mitgliedern der Steuerungsgruppe des PEP-Projekts). Im Austausch untereinander wurden „Spielzüge“ reflektiert, über welche Pfade (d. h. Beziehungsketten) diese Akteurinnen und Akteure mit Ideen der Eigenständigen Jugendpolitik „angesteckt“ werden können.

3.2 Erkundung der bestehenden Vernetzung

Im zweiten Schritt wurde erkundet, welche Vernetzung bereits über bestehende Gremien, Arbeitskreise, Vereine, Gruppierungen und sogenannte Netzwerke in der Kommune bestehen. Die Aufgabe bestand darin zu erkunden, welche Vorvernetzungen es bereits gibt, ob diese Strukturen für die Bearbeitung wichtiger Themen der Eigenständigen Jugendpolitik und Jugendarbeit genutzt werden können oder ob stattdessen neue Netzwerkfigurationen – als Verflechtung zwischen Kommunalverwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren – initiiert werden müssen. Als Analyseinstrument wurde die Two-Mode-Netzwerkanalyse – auch Akteur-Ereignis-Netzwerkanalyse genannt – vermittelt, mit dem die bestehenden Vernetzungen in den Modellkommunen des Projekts „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ transparent und Schlüsselakteurinnen und -akteure, die verschiedene Beziehungskreise verbinden, identifizierbar gemacht wurden.

In den PEP-Projekten wurde zuerst der Betrachtungsraum festgelegt. Beispielsweise können die relevanten Figurationen sowohl auf der Ebene der Gesamtstadt bzw. des gesamten Landkreises als auch auf der Ebene eines ausgewählten Sozialraums ansetzen (wie z. B. ein Stadtteil, eine Verbandsgemeinde oder ein Cluster von Ortsteilen). Auf dieser Grundlage wurde erkundet, welche formalen und informellen (Vor-)Vernetzungen es (in Verwaltung und Zivilgesellschaft, d. h. in Verbänden, Vereinen und lokalen Initiativen) bereits gibt und ob dort Themen behandelt werden, die für die Eigenständige Jugendpolitik von Bedeutung sind. Die Informationen wurden gewonnen, indem Protokolle, Mitgliederlisten und/oder E-Mail-Vertei-

lerlisten dieser Beziehungskreise eingesammelt und ausgewertet wurden.

Die Namen der Mitglieder jedes Beziehungskreises wurden in eine Tabelle übertragen, wobei in der Kopfzeile die Ereignisse (Gremien) und in den Spalten darunter die zugehörigen Akteurinnen und Akteure eingetragen wurden. In der anschließenden Betrachtung der nebeneinander in den Spalten aufgeführten Akteurinnen und Akteure der verschiedenen Beziehungskreise wurden die verbindenden Akteurinnen und Akteure erkannt, die mehrere Kreise oder Gremien miteinander verknüpfen. Aus der Projektsicht war dann zu entscheiden, mit welchen der verbindenden Akteurinnen und Akteure eine Interessen-Allianz für die Eigenständige Jugendpolitik geschaffen werden könnte. Wenn es keine solcher Verbindungen zwischen Gremien, Arbeitskreisen etc. gibt, also keine Personen die Beziehungskreise über Mehrfachmitgliedschaften untereinander vernetzen, liegt ein strukturelles Loch vor. In diesem Fall wurde in den Projekten reflektiert, wie und zu wem überbrückende Quervernetzungen zur Profilierung der Eigenständigen Jugendpolitik hergestellt werden können.

Akteurinnen und Akteure der Akteur-Ereignis-Matrix, die keine Verbindungsfunktionen zwischen formalen und informellen Gremien, Arbeitskreisen, Vereinen, Gruppierungen und Netzwerken (auch in der Zivilgesellschaft) herstellen oder keine Verbindungsfunktion zu Jugendlichen oder einflussreichen lokalen Schlüsselpersonen leisten können, spielen in der zu entwickelnden Netzwerkstrategie eine untergeordnete Rolle. Im Blickpunkt stehen vor allem verbindende Schlüsselpersonen aus der politischen Umwelt von Parteien sowie demokratisch gewählten Gremien, aus einschlägigen Ressorts der Kommunalverwaltung und aus Vereinen und Verbänden mit guten Verbindungen zu Jugendlichen. Sie stellen die Grundlage der Strategie für den Aufbau eines „Netzwerks Eigenständige Jugendpolitik“ dar.

Wenn kein vollständiger Zugang zu den Mitgliederlisten der verschiedenen Gruppierungen in der Gebietskörperschaft möglich ist, helfen ergän-

zende Befragungen von Personen der Verwaltung, der Verbände, Vereine sowie Initiativen und Einrichtungen vor Ort weiter, zu denen bereits ein Zugang besteht und von denen angenommen wird, dass sie einen guten Überblick über das kommunale Beziehungsgefüge haben. Sie werden gefragt, welche formalen und informellen Gremien, Arbeitskreise, Vereine, Gruppierungen und Netzwerke (auch in der Zivilgesellschaft) in der Kommune bzw. im ausgewählten Sozialraum bekannt sind, die Fragen und Themen der Eigenständigen Jugendpolitik berühren. In den Interviews kann weitergehend erkundet werden, wie viele in dem Kreis mitwirken, wer die koordinierende Ansprechperson ist, wie sich der Kreis zusammensetzt, welche Arten von Treffen wie häufig an welchen Orten stattfinden und welche beteiligten Akteurinnen und Akteure für die Zielerreichung der Eigenständigen Jugendpolitik von besonderer Bedeutung sein können. Als weitere methodische Zugänge kommt die Auswertung einschlägiger Unterlagen (z. B. Stadtteilbroschüre á la Was? Wer? Wo?) und eine Sozialraumbegehung mit Besuch von einschlägigen Einrichtungen (zur Befragung der Fachkräfte dort) in Frage. Es versteht sich von selbst, dass dabei die Regularien des Datenschutzes zu beachten sind.

Auf dieser Grundlage trafen die Steuerungsgruppen in den PEP-Modellkommunen eine Auswahl von Schlüsselpersonen, die für die weitere Zielentwicklung und die geplante Profilierung der Jugendpolitik sowie Jugendarbeit bedeutsam sind. In einer ergänzenden „Wer fehlt?“-Analyse wurde erörtert, welche Stakeholder in den bestehenden Netzwerken und Beziehungskreisen fehlen (z. B. Jugendliche selbst, bestimmte Bevölkerungskreise mit Migrationshintergrund etc.). Dieses Ergebnis wurde als „Ist-Situation“ festgehalten. Das tabellarische Ergebnis der Stakeholderanalyse und der Two-Mode-Netzwerkanalyse bildete quasi den „Pool“ ab, aus dem spezifische bzw. geeignete Akteurinnen und Akteure – wie z. B. aus dem Feld der Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung oder der Kultur in der Region oder in der Stadt – gewonnen werden, um die Eigenständige Jugendpolitik als „Ziel-Situation“ in andere Ressorts, die für die

Zielerreichung gebraucht werden, hinein verästeln zu können.

3.3 Exemplarische Netzwerkstrategien

Die zu entwickelnde Netzwerkstrategie sollte sich auf zwei Handlungsebenen beziehen:

- Auf der ersten Ebene geht es um die Jugendlichen und die Personen, über die Zugang zu den verschiedenen Altersbereichen, Milieus, Szenen etc. der Jugendlichen gefunden werden kann. Es ist wichtig, diese Personen, die als Vermittler (Gatekeeper) die Jugendlichen gut erreichen können, in die Netzwerkstrategie auf dieser Ebene einzubeziehen. Zugrunde liegt das Ziel der „maximalen Reichweite“ – kein Teil der jugendlichen Bevölkerung der Stadt bzw. der Region darf als „unerreichbar“ gelten. Es gibt immer Beziehungspfade zu ihnen, die genutzt werden können.
- Auf der zweiten Ebene geht es um lokale bzw. regionale Schlüsselpersonen mit Einflussmöglichkeiten. Da ist zuallererst an die ermittelten Schlüsselpersonen der Kommunalpolitik zu denken, es kann sich aber auch um Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der Verwaltung, öffentlicher Institutionen (wie Schulen) und Wirtschaftsunternehmen handeln.

Die Netzwerkstrategie wurde von den Teams der PEP-Modellregionen exemplarisch ausgearbeitet:

- in der Stadt Kaiserslautern am Beispiel der Netzwerk-Doppelstrategie, einerseits Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl des Jugendparlaments zu rekrutieren und andererseits das Unterstützernetzwerk für das geplante Beteiligungsformat des Jugendforums zu „knüpfen“;
- im Landkreis Mayen-Koblenz an dem Beispiel, in strategischer Allianz mit Tourismus-Akteuren des Landkreises einen Klettersteig zu realisieren, und an einem weiteren Beispiel, über die zur Mitwirkung und Unterstützung gewonnenen Ortsbürgermeister auch andere – bisher

distanzierte – Ortsbürgermeister der Verbandsgemeinde von den Ideen „anzustecken“;

- in der Stadt Trier am Beispiel einer Fortschreibung und Ausdifferenzierung der drei Netzwerkstrategien „Jugendkonferenz“, „Mobilität“ und „Jugendcafé“; und
- in der Stadt Worms am Beispiel der Doppelstrategie, einerseits die Schlüsselakteurinnen und -akteure (im Sinn von Zugänge eröffnenden Gatekeepern) in den vier Sozialräumen des Planungsraumes Eisbachtal zu ermitteln und andererseits einen besseren Zugang zu den Jugendlichen im Eisbachtal zu gewinnen, damit deren Zielvorstellungen konkretisiert und sie zur Mitwirkung im weiteren Prozess aktiviert werden können.

Für die Umsetzung wurde ein arbeitsteiliges Vorgehen beim weiteren Beziehungsaufbau empfohlen. Arbeitsteilig bedeutet in diesem Zusammenhang, dass jedes einzelne Mitglied der Steuerungsgruppe des PEP-Projektes Verantwortung für die Vernetzung und Zugänge eines spezifischen Ausschnitts des gesamten lokalen oder regionalen Netzwerks übernimmt.

Dazu ist abzustimmen, wer es aus dem Kreis übernimmt, über bestehende Beziehungspfade (man kennt jemanden, der jemanden kennt, der Zugang zu einer Zielperson hat) weitere Schlüsselakteurinnen und -akteuren anzusprechen und zu gewinnen. Außerdem wurde geraten, mikrosozialen Ereignisformaten – wie z. B. persönliche Telefonate, Vier-Augen-Gespräche, Verabredungen zu dritt oder zu viert, um Teilnehmende untereinander vorzustellen/bekannt zu machen und um sie in ein beziehungsgenerierendes und mit Ideen „ansteckendes“ Gespräch zu bringen – den Vorrang einzuräumen. Ein kleinteiliges und mikrosoziales Beziehungsgeflecht ist für den Netzwerkaufbau besser geeignet als makrosoziale Ereignisformate wie größere Versammlungen oder Konferenzen.

4. Erfahrungen und Erkenntnisse

Die Erprobung neuer methodischer Wege bewegt sich oft im bipolaren Spannungsfeld von Beratungsresistenz und engagiertem Praxistransfer. Bei der Begleitung der Modellinitiativen in Worms, Trier, Kaiserslautern und im Landkreis Mayen-Koblenz im Rahmen des rheinland-pfälzischen Praxisentwicklungsprojekts „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ überwog der innovative Transfer in die örtliche Situation. Der zusätzliche Erhebungsaufwand der Stakeholdertabelle und der Akteur-Ereignis-Matrix erzeugte bei den Projektbeteiligten anfangs Widerstände, wurde aber später als ergiebige Quelle wahrgenommen, um die Netzwerkstrategie zu entwickeln und zu realisieren. Aus diesen Erfahrungen lässt sich die Erkenntnis ableiten, dass die Akteurinnen und Akteure in der Jugendarbeit und in der Eigenständigen Jugendpolitik ein gewisses Zeitpolster brauchen, um die Netzwerkinformationen zu sammeln und anschließend weiter zu pflegen.

Literatur

Lindner, Werner (2017). (Kommunale) Jugendpolitik – ein Zwischenstopp. In Werner Lindner & Winfried Pletzer (Hrsg.), Kommunale Jugendpolitik (S. 10-28). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Schubert, Herbert (2018 a). Netzwerkorientierung in Kommune und Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Schubert, Herbert (2018 b). Netzwerkmanagement in Kommune und Sozialwirtschaft. Wiesbaden: Springer VS.

Prof. Dr. Stephan Grohs

Erfahrungen mit „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ – Die Kommunalwissenschaftliche Perspektive

1. Einleitung: Ziel der kommunalwissenschaftlichen Begleitung

Das Ziel der kommunalwissenschaftlichen Begleitung des PEP-Projekts war von Anfang an, die Beteiligten der vier Kommunen fit fürs kommunalpolitische Geschäft zu machen. Zunächst sollten wesentliche Rahmenbedingungen wie Grundsätze der Kommunalverfassung, Haushaltsfragen und eine Einführung in wesentliche Probleme der Kommunalverwaltung gelegt werden. Darauf aufbauend sollte strategische Kompetenz im Umgang mit kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteuren vermittelt werden. Ein wesentliches Instrument hierfür war der Versuch, einen Perspektivwechsel vorzunehmen: Wie „ticken“ Kommunalpolitikerinnen und -politiker und Verwaltungsführung? Das Ziel war hier typische Argumente und tatsächliche und angebliche Handlungszwänge verstehen und antizipieren zu lernen, um letztendlich jugendpolitische Belange und die Interessen der Jugendlichen besser vertreten zu können.

Zu Beginn wurde insbesondere ein Fokus auf Finanzierungsfragen gelegt. In den zwei Jahren mit PEP vor Ort wurde aber schnell klar, dass der ursprüngliche Fokus auf Kommunalfinanzen zu eng gefasst war, um den Problemstellungen gerecht zu werden, denen sich die jugendpolitischen Akteure aus Verwaltung, freien Trägern und Jugendverbandsarbeit gegenübersehen. Es wurde deutlich, dass die Problemlagen vielfältig und insbesondere von Ort zu Ort durchaus unterschiedlich waren. Es schälten sich einige Themenfelder heraus, die im Laufe der Projektlaufzeit diskutiert wurden und die im Weiteren kurz festgehalten werden sollen. Dies waren Folgende: Klar wurde, dass Jugendpolitik nicht von selbst auf die kommunalpolitische Agenda kommt. Die Vermittlung des Stellenwertes von Jugendpolitik und Jugendbeteiligung und die Entwicklung entsprechender

Argumente war daher ein wichtiges Thema (2.). Damit zusammenhängend wurde deutlich, dass auch der rechtliche Status von Jugendarbeit und -politik weder bei den kommunalen Akteurinnen und Akteuren noch bei der Kommunalaufsicht unumstritten war - letztere war für eine Reihe der Kommunen, die am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz partizipieren eine wichtige Akteurin (3.). Ein dritter Bereich war der Umgang (und das Spielen mit) Hierarchien und Fragen der eigenen Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeitenden. Ob die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter Kontakt zu Kommunalpolitikerinnen und -politikern oder anderen Fachbereichen aufnehmen „dürfen“ unterschied sich zwischen den Kommunen enorm (4.). Am Projekt nahm neben zwei kleinen Großstädten und einer Mittelstadt auch ein Landkreis mit einer Verbandsgemeinde als Pilotprojekt teil. Hier wurde deutlich, dass sich hier teilweise ganz andere Herausforderungen an eine „Jugendpolitik aus einem Guss“ stellen. Unterschiedliche Vernetzungsstrategien in Stadt und Land waren daher immer ein Thema, auch wenn hier ein wirklicher Sparringpartner für den Landkreis Mayen-Koblenz fehlte (5.). Schließlich (selbstkritisch angemerkt: vielleicht auch zu spät) wurde über Beteiligungsprobleme und -formate diskutiert. Hier zeigte sich neben der begrenzten Bereitschaft der Kommunalpolitik Beteiligungsergebnisse anzunehmen, auch die Motivationslage vieler Jugendlicher als Herausforderung. Insbesondere die Verstetigung von Jugendpolitik und die Überführung von punktueller Beteiligung zu einmischendem Engagement wurde problematisiert (6.). Zum Abschluss dieses Beitrages werden die Chancen und Herausforderungen von PEP vor Ort aus kommunalwissenschaftlicher Perspektive skizziert (7.).

2. Argumente gegen Legitimitätskrise und Sparzwang: Vermittlung des Stellenwertes von Jugendpolitik und Jugendbeteiligung

Der Stellenwert der Jugendarbeit und Jugendpolitik ist in der Kommunalpolitik und auch der kommunalen Öffentlichkeit häufig umstritten. Eigent-

lich ein Bereich „gegen den man nichts haben kann“ wird Jugendarbeit und -politik häufig einseitig als erweitertes Freizeitangebot gesehen, dessen Nutzen jedoch unklar oder gar umstritten ist. Insofern wird ihr kommunalpolitischer Stellenwert häufig eher als „nettes Beiwerk“ gesehen, das in Zeiten knapper Kassen eher zur Disposition gestellt werden kann als andere Bereiche mit stärkerer öffentlicher Aufmerksamkeit. Jugendpolitik und Jugendarbeit werden demgegenüber häufig erst dann thematisiert, wenn es Konflikte um die konkurrierende Nutzung von Raum oder konkrete Anlässe wie Lärm, Jugendkriminalität und Drogenproblematik gibt. Insofern haftet dem Feld häufig ein negatives Image an, gegen das Eigenständige Jugendpolitik sich behaupten muss. Diese verzerrte Wahrnehmung ist im Übrigen nicht nur auf Politik und Öffentlichkeit beschränkt: Auch die Jugendlichen selbst sind teils skeptisch und Umfragen unter Jugendlichen wie die Shell-Studie zeigen, dass Angebote von offener Jugendarbeit und jugendpolitische Veranstaltungen gegenüber anderen Freizeitangeboten einen nachrangigen Stellenwert haben (Albert et al. 2019, S. 214).

Die aus dieser Legitimitätskrise der Jugendpolitik resultierende Vernachlässigung der Jugendpolitik zeigt sich besonders in Rheinland-Pfalz, das im Bundesvergleich die niedrigsten Ausgaben für Jugendarbeit pro Jugendlichen aufweist (Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg 2019). Die häufig dafür herangezogenen Haushaltsprobleme der rheinland-pfälzischen Kommunen können diesen Sachverhalt nur bedingt erklären (Grohs/Reiter 2017). In der konkreten Projektarbeit stellte sich daher besonders die Frage, wie Kommunalpolitik und -verwaltung vom Stellenwert der Jugendpolitik überzeugt werden können und welche Netzwerkakteurinnen und -akteure sich für dieses Anliegen mobilisieren lassen. Wie an anderer Stelle weiter ausgeführt, machte es Sinn, einen Perspektivwechsel einzunehmen und an den Interessenlagen der kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteure anzusetzen. Diesen von einigen Teilnehmenden als zynisch erscheinenden Schritt zu gehen fiel vielen schwer, die davon ausgingen, dass die Bedeutung

von Jugendpolitik selbstevident sei oder viele von Kommunalpolitikerinnen und -politikern gern gehörte Argumente (z. B. „Prävention“ oder „Investition“) eigentlich dem professionellen Selbstverständnis (Lindner 2013) widersprächen.

Als solche Argumente, die auch Nichtfachleute überzeugen und über die Jugendarbeit hinausreichen, können folgende herausgestellt werden:

Bindung von Jugendlichen: Angesichts des demographischen Wandels müssen Jugendliche an ein Gemeinwesen gebunden werden. Beteiligung schafft Bindung. Einige Regionen von Rheinland-Pfalz schrumpfen und insbesondere der ländliche Raum hat Schwierigkeiten, junge Erwachsene zu halten. Erfolgreiche Beteiligung im Jugendalter schafft Bindungen und Sozialkapital.

Jugendpolitik als Zukunftsinvestition: Jugendpolitik fördert die Entwicklung der Verwirklichungschancen von Jugendlichen und verhindert so Folgekosten.

Jugendpolitik als Schule der Demokratie: Kommunalpolitik leidet unter einem großen Nachwuchsmangel; insofern muss Kommunalpolitikerinnen und -politikern auch vermittelt werden, dass Jugendbeteiligung und -politik auch eine wichtige Sozialisationsinstanz sein kann, um künftigen Nachwuchs für die eigenen politischen Organisationen zu gewinnen.

Die Probleme einer Verteidigung von Jugendarbeit und Jugendpolitik zeigen sich u. a. in den Schwierigkeiten, konkrete Wirkungen nachzuweisen und so Kommunalpolitikerinnen und -politikern einen konkreten Nutzen zu vermitteln (Lindner 2009). Daher sind Dokumentation und Evaluation wichtig, auch wenn sie von vielen als Ablenkung von der eigentlichen personenbezogenen Arbeit betrachtet wird.

PEP II zeigt, dass es möglich ist, die Politik von der Bedeutung der Belange Jugendlicher zu überzeugen und dafür zu sorgen, dass die Politik die Jugendlichen (wieder) ernst nimmt. Als Herausfor-

derung zeigte sich hier, die Politik zu verbindlichen Zusagen zu zwingen. Hier erwiesen sich Testimonials und Ähnliches auf Veranstaltungen als wichtiges Instrument, um die Kommunalpolitik quasi zu „verhaften“. Kommunalpolitikerinnen und -politiker schätzen Profilierungsmöglichkeiten, die sich bei solchen Gelegenheiten ergeben. Sichtbare Dokumentationen wie die Trierer Broschüre zur ersten Jugendkonferenz sind wichtige Instrumente, um solche Profilierungsmöglichkeiten zu schaffen, gleichzeitig aber auch Politikerinnen und Politiker an ihre Aussagen zu binden.



Prof. Grohs coacht die Kleingruppe aus Trier

3. Verteidigung der Rechtstellung von Jugendarbeit

Die prekäre Stellung der Jugendarbeit bzw. der Jugendsozialarbeit im Gesamtgefüge des kommunalen Haushalts und auch der Kinder- und Jugendhilfe wird verstärkt durch Missverständnisse über deren Rechtsstellung, die bis hinein in die Kommunalaufsichtsbehörden reichen. Formal fällt sie als Selbstverwaltungspflichtaufgabe in den Gestaltungsauftrag im Rahmen der Gesamtverantwortung nach § 79 Abs. 2 SGB VIII. Es besteht so eine Pflicht des öffentlichen Jugendhilfeträgers, ein ausreichendes Angebot der Kinder- und Jugendarbeit zu gewährleisten (Gewährleistungsauftrag). Sie bleibt aber ohne subjektiven Rechtsanspruch (Münder et al. 2013; Wiesner 2015). Es fehlt also eine Konkretisierung des Umfangs und der Art der Leistungen, was zu einer de-facto Behandlung der Jugendarbeit als quasi-freiwillige

Aufgabe führen kann, die in (budgetärer) Konkurrenz zu Leistungen der Jugendhilfe mit einklagbarem Rechtsanspruch steht. Dieses Problem tritt innerhalb der Kommune zwischen den mit dem Haushalt befassten Querschnittsbereichen und der Fachebene auf, in Rheinland-Pfalz aber auch häufig zwischen der Kommunalaufsicht und den Kommunen. Dabei wird der Rechtsanspruch auf Jugendarbeit nicht in Frage gestellt, wohl aber der Umfang der Leistungserbringung. Zwar sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 79 Abs. 2 SGB VIII „von den für die Jugendhilfe zur Verfügung gestellten Mitteln [...] einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit [...] verwenden“, was als „angemessen“ gilt, bleibt jedoch unbestimmt (Wiesner 2015). Konkretisiert wird dies nur in Berlin, wo ein Anteil von 10 % genannt wird (§ 45 Abs. 2 AG KJHG Berlin). Der 11. Kinder- und Jugendbericht forderte eine Quote von 15 % (Bundstags-Drucksache 14/8181, S. 203). Diese Zahlen sind weit entfernt von der Realität in Rheinland-Pfalz, wo der Anteil im Jahr 2018 durchschnittlich bei 2,7 % liegt (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2019: Tabelle T17; eigene Berechnungen).

Den Akteurinnen und Akteuren sind insbesondere die Grenzen zwischen „Pflichtleistungen“ und „freiwilligen Mehrleistungen“ unklar. Problematisch ist die Durchsetzung des Rechtsanspruchs insbesondere bei Kommunen im Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF), bei denen die Haushaltsaufsicht die Reduzierung freiwilliger Leistungen fordert und regelmäßig Jugendarbeitsausgaben moniert. Häufig fehlt in solchen Fällen eine valide Argumentationsgrundlage: Häufig fehlen Bedarfsanalysen und Wirkungsnachweise.

Eine Konkretisierung der Rechtsansprüche durch klarere Angemessenheitsmaßstäbe und formulierte Mindeststandards wäre Sache der Landes- und Bundesgesetzgeber. Auf kommunaler Ebene bleibt der Rückgriff einerseits auf rechtliche Instrumente wie Widersprüche und Normenkontrollklagen. Andererseits wären klare Bedarfsanalysen im Rahmen der Jugendhilfeplanung ein fachlicher Weg, zumindest Argumentationsgrund-

lage für die Verteidigung von Jugendarbeitsinvestitionen zu schaffen. Auch Jugendhilfeplanung ist Pflichtaufgabe, in der kommunalen Realität aber häufig schlecht ausgestattet, auf Kita-Planung fokussiert und ohne starke Stellung im kommunalen Gefüge. Die Jugendhilfeplanung sollte durch Ratsbeschluss eine höhere politische Verbindlichkeit erlangen: Ratsbeschlüsse zu evidenzbasierten Bedarfen können als Selbstbindung und Argumentationsgrundlage gegen Haushaltsaufsicht mobilisiert werden. Eine solche Repolitisierung der Jugendhilfeplanung zusammen mit fachpolitischer Vernetzung und der Aufbau von Öffentlichkeit wäre zumindest ein Weg, den rechtlichen Status von Jugendarbeit und -politik zu verteidigen (Emanuel 2011).

4. Darf man das? Vom Umgang mit Hierarchien und dem Verhältnis zur Kommunalpolitik

Die an PEP II beteiligten Verwaltungsmitarbeitenden standen vor einem besonderen Dilemma: Als Teil der Verwaltungen weisungsabhängig und zur Neutralität verpflichtet, sollten sie doch Jugendliche zur politischen Einmischung motivieren und Beteiligungssettings entwickeln, deren Ziel es ist, auch Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen. Als Anwälte der Jugendlichen sind sie daher in einer hybriden Rolle zwischen fachlicher Neutralität und advokatorischer Vertretung von (nicht neutraler) Interessen. Auch wenn es meist um Sachfragen wie die Realisierung eines konkreten Projektes geht, kann es so zu Rollenkonflikten kommen, die recht häufig Gegenstand der Diskussionen in PEP II waren. Die Kompetenz der Verwaltungsmitarbeitenden nach Außen und mit der Politik zu kommunizieren, war dabei zwischen den Kommunen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dabei hängt der Erfolg Eigenständiger Jugendpolitik auch vom Zugang zu Vorentscheidungskreisen (Verwaltungsführung, Ausschüsse, Fraktionsspitzen) und der Vermittlung zwischen Fach- und Steuerungspolitikern und -politikern ab (Grohs 2010). Ansonsten laufen Beteiligungsprozesse Gefahr, unrealistische Erwartungen und Beteiligungsfrust zu wecken, da z. B. der finan-

zielle und sächliche Rahmen nicht vorabgestimmt wurden bzw. werden konnten. Eigenständige Jugendpolitik sprengt per se Ressortgrenzen und typische aus der Jugendbeteiligung entspringende Projekte betreffen Stadtplanung genauso wie Sport, Grünflächen oder Schulverwaltung. Alle sind meist in anderen Dezernaten oder Fachbereichen angesiedelt als die Jugendarbeit, so dass ressortübergreifende Kommunikation und Abstimmung wichtig ist. Wo dies auf dem formalen Dienstweg erfolgen muss, werden Prozesse langwierig und Blockadegefahren lauern überall.

Welche Handlungsspielräume den Mitarbeitenden zur Verfügung stehen, hängt nicht allein von formalen Regelungen ab, sondern auch von örtlichen Interaktionsmustern und verschiedenen Rollenverständnissen. Informelle Interaktionsmuster und „Mikropolitik“, also Machtspiele mit (und gegen) Verwaltungsspitzen, Fachverwaltung, Kommunalpolitik und externen „Verbündeten“ sind für Neulinge schwer zu durchschauende Strukturen. Fachkräfte der Jugendarbeit sind häufig nicht in der klassischen Verwaltung sozialisiert und fachlich selten im Umgang mit Politik und Verwaltung geschult. Ein Verständnis für die unterschiedlichen Rollen und Interessenlagen war wichtiger Teil des Projektes, half aber nicht in allen Fällen, erfolgversprechende Handlungsstrategien aufzubauen, die einfache Abstimmungsprozesse erlauben würden. Daher war das „ÜberBande-Spielen“-Lernen wichtiger Teil des Projektes, wozu insbesondere die Netzwerkstrategien zentral waren, die Prof. Schubert vermittelte (siehe auch seinen Beitrag zu diesem Abschlussbericht). Wo keine eigene Handlungskompetenz vorlag, war es wichtig, Personen zu identifizieren, die Anliegen weitertragen und Informationen auf dem „kleinen Dienstweg“, also informell zu gewinnen. Wichtig war der Aufbau von Unterstützungscoalitionen, die solche Strategien ermöglichen; dies gilt für das Umspielen der formalen Entscheidungsstrukturen wie für kleine technische Probleme wie die Nutzung von Beteiligungsapps, die in der kommunalen Datenverarbeitungsinfrastruktur auf Datenschutzbedenken stoßen. Insbesondere die Stadt- oder Kreisjugendringe waren

hier wichtige Partner in PEP-Projekten, um hier pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

Die Kommunalwahlen 2019 wurden als Anlass genommen, um im Rahmen von „Hausaufgaben“ tiefer in ein Verständnis der kommunalen Entscheidungsstrukturen einzusteigen und potentielle Kooperationspartnerinnen und -partner in der nächsten Legislaturperiode zu identifizieren. Gleichzeitig wurde angeregt, bei Kandidatinnen und Kandidaten jugendpolitische Aussagen zu provozieren (etwa in Formaten, bei denen sie sich den Jugendlichen direkt stellen). Schließlich wurden Wahlprüfsteine oder ein „Jugendcheck“ kommunalpolitischer Programme angeregt. Hier zeigten sich wieder starke Bedenken bei Verwaltungsmitarbeitenden, ihre Kompetenzgrenzen zu überschreiten. Auch hier erwiesen sich die Stadt- bzw. Kreisjugendringe als wichtige Kooperationspartner.

5. Jugendpolitik aus einem Guss: Unterschiedliche Vernetzungsstrategien in Stadt und Land

Bei PEP II wurde deutlich, dass Jugendpolitik im ländlichen Raum etwas anderes bedeutet als im städtischen Raum. Es wurde auch deutlich, dass PEP II dies anfangs nicht hinreichend reflektierte und eine städtische Perspektive dominierte. Diese Besonderheiten beginnen bei den für die Jugendlichen wichtigen Themen: So wird dem ÖPNV und Raumfragen eine wesentlich wichtigere Rolle beigemessen als in der Stadt. Die im städtischen Raum vorzufindenden Probleme der Zusammenarbeit zwischen Ressorts werden im ländlichen Raum durch die unterschiedliche Kompetenzverteilung auf mindestens drei Ebenen (zwischen Orts- und Verbandsgemeinden sowie dem Landkreis) potenziert. Die Netzwerkstrategien müssen hier teilweise für jede Orts- und Verbandsgemeinde neu aufgerollt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die jugendlichen Lebenswelten im ländlichen Raum gerade bei Älteren deutlich über die Verwaltungsgrenzen hinausreichen. Im beteiligten Landkreis Mayen-Koblenz spielt hier die Stadt Koblenz mit ihren weiterführenden Schulen und Freizeitangeboten eine wichtige

Rolle. Zusammengefasst fallen hier Zuständigkeiten, Finanzierung, Planung und Beteiligungsstrukturen regelmäßig auseinander. Die wesentliche Frage ist, wie hier Jugendpolitik eine Klammer bilden kann.

6. Vom „Wünsch Dir was“ zur Einmischung: Beteiligungsformate verstetigen und Beteiligungsfrust vermeiden

Ähnlich wie Jugendpolitik gilt Beteiligung heute zunächst einmal per se als gut. Alle PEP-Projekte haben sich Beteiligung von Jugendlichen auf die Fahne geschrieben. Dabei schälten sich drei Problemlagen heraus. Wollen Jugendliche überhaupt beteiligt werden und wenn ja, wie? Wie können Beteiligungsergebnisse verwirklicht werden und damit „Beteiligungsfrust“ verhindert werden, der entsteht, wenn Jugendliche Zeit und Energie in eine Beteiligung stecken und anschließend die Ideen nicht verwirklicht werden? Und schließlich: Wie kann (positive) Beteiligungserfahrung in eine Verstetigung (kommunal)politischen Engagements gelenkt werden?

Die erste Frage setzt an den Motivationslagen Jugendlicher an: Beteiligung kann nicht erzwungen werden, sondern muss von den konkreten Beteiligungsbedürfnissen der Jugendlichen ausgehen. Die Partizipationsforschung zeigt, dass sich Jugendliche durchaus beteiligen wollen, sie aber durch traditionelle Beteiligungsformate, wie die dauerhafte Mitarbeit in Parteien und Vereinen, eher abgeschreckt werden. Außerdem steht Beteiligung stärker in Konkurrenz mit anderen Dingen (Schule, Freizeit, etc.) (Tesch-Römer et al. 2017; Albert et al. 2019: 97-101). Zeitgemäße Beteiligungsformate müssen mit dieser volatilen Engagementbereitschaft rechnen und Wege finden, die Jugendlichen zunächst einmal punktuell zu mobilisieren. Hier zeigte sich in den Projekten die Bedeutung jugendgerechter Ansprache hinsichtlich der Themen (Relevanz und Attraktivität), jugendgerechter Sprache und zielgruppenorientierter Medienwahl (Stadtanzeiger vs. TikTok). Noch zurückhaltend waren die Projekte hinsichtlich spie-

lerischer Formen der Partizipation, wie sie neuerdings als „Gamification“ bezeichnet werden. Mein persönlich größter Lerneffekt war die offensichtliche Attraktivität von Pizza als Lockmittel.

Die zweite Frage setzt eher an der Motivationslage von Kommunalpolitik und -verwaltung an. Wann wird Jugendbeteiligung ernst genommen und dadurch angestoßene Projekte umgesetzt? Wichtig ist es, so zeigten die Erfahrungen, auch die Interessen von Politik und Verwaltung zu berücksichtigen. Also wieder ein Perspektivenwechsel: Hier sind einerseits Motive der Unterstützung von Beteiligungsformaten zu nennen: Kommunalpolitik und -verwaltung profitieren vom Wissen der Jugendlichen als Experten ihrer eigenen Lebenslage und können so auch wohlmeinende Fehlinvestitionen verhindern helfen. Zudem erhöhen sie deren Bindung an das Gemeinwesen, was gerade in Regionen mit schrumpfenden Bevölkerungszahlen von Bedeutung ist. Sie erlauben aber auch ganz persönliche Interessen zu verfolgen, wie die Profilierung als „moderner“ und „bürgerlicher“ Akteur. Auf der anderen Seite sind auch die Bedenken der Politik zu respektieren: Sie sind als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaft legitimiert, die letzten Entscheidungen zu treffen (Primat repräsentativer Politik) (Bogumil/Holtkamp 2013). Sie haben die Haushaltslage im Auge zu behalten und weisen oft zu Recht auf die soziale Selektivität und den hohen Aufwand von Beteiligungsverfahren hin. Beteiligung kostet Zeit und Geld: Eine realistische Ressourcenplanung ist wichtig. Soziale Selektivitäten müssen offen ausgesprochen und angegangen werden. Was bedeutet es für die Ergebnisse, wenn sich vornehmlich Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an Veranstaltungen beteiligen? Eine frühe Kooperation mit der Politik ist daher wichtig, um diese Bedenken zu zerstreuen. Zu den damit zusammenhängenden Problemen wurde weiter oben ja schon einiges gesagt.

Die dritte Frage ist die schwierigste. Eine Verstärkung von Engagement und die Stärkung demokratischer Kompetenzen als Teilziele sind voraussetzungsreich: Es gilt Frustration zu vermeiden, aber mit Widerspruch umgehen zu lernen. Ein wichtiger

Aspekt der Begleitung von Jugendpolitik ist es zu erklären, warum Partizipation nicht (immer) zum Ziel führt. Ziel muss es sein, das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu stärken: Frühe Partizipation in Schule, Kita, Familie erhöht die Beteiligungsbereitschaft. Jugendbeteiligung muss so gestaltet werden, dass Beteiligung einen „Unterschied“ macht: Es darf keine Pro-forma-Beteiligung sein und es dürfen keine unrealistischen Erwartungen geweckt werden. Diese erhöhen nur die Frustrationsgefahr.

7. Chancen und Herausforderungen des Praxisentwicklungsprojektes PEP vor Ort

Die Erfahrungen mit PEP vor Ort zeigen, dass es sich lohnt, Strukturen für Jugendbeteiligung und Eigenständige Jugendpolitik aufzubauen. Aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war auch die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs über Kommunen hinweg eine wichtige Komponente. Der Raum für solchen Austausch war vielleicht – insbesondere in der ersten Projekthälfte – etwas knapp bemessen, sollte aber in den der nächsten Runde noch stärker ermöglicht werden. Die Teilnahme an PEP II war auch innerhalb der Kommunen ein wichtiges Zeichen der Anerkennung, um Jugendpolitik sichtbar zu machen, auch wenn die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterschiedlich ausgeprägt war.

Aus meiner Sicht war der Start des Projekts unnötig abstrakt angelegt, da zunächst Zieldiskussionen und Netzwerkanalysen dominierten, die konkreten Projektideen und Umsetzungsprobleme aber erst recht spät im Projektverlauf im Plenum diskutiert wurden. Das Coaching und die kommunalwissenschaftlichen Inputs hätten zielgerichteter sein können, wenn die konkreten Problemlagen von Anfang an klar gewesen wären. Die Diskussionen hätten auch durch mehr Präsenz vor Ort gewonnen. Dies hätte ein besseres Verständnis der Konstellationen und Möglichkeiten vor Ort erlaubt. Auch Gespräche oder Diskussionsrunden mit lokalen Akteurinnen und Akteuren hätten die spezifischen Problemlagen klarer werden lassen. Insgesamt wurde der Arbeitsaufwand unter-

schätzt. Das Programm sollte diese Restriktion auch berücksichtigen und gleichzeitig Hilfestellung geben, wie Zeit für die Projektarbeit freigeschaufelt werden und auch gegenüber den Vorgesetzten begründet und verteidigt werden kann. Dafür könnten auch Arbeitsaufträge („Hausaufgaben“) reduziert werden. Die Zusammensetzung der Projektkommunen war vielfältig, hätte aber durch eine breitere Streuung und eine stärkere Beteiligung des ländlichen (kreisangehörigen) Raums gewinnen können. Für die Zukunft wäre eine stärkere punktuelle Beteiligung der Führungsebene der Verwaltungen wünschenswert, gleichzeitig aber auch geschützte Diskussionsräume, in denen sich Verwaltungsmitarbeitende auch über interne Probleme austauschen können, ohne dass die Gefahr besteht, dass diese nach außen dringen. Diesen Spagat zu leisten ist nicht einfach, würde aber den Projekterfolg nachhaltig unterstützen.

Literatur

Albert, Mathias, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel, Ulrich Schneekloth, Ingo Leven, Hilde Utzmann und Sabine Wolfert. 2019. Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie. Weinheim, Grünwald: Beltz Verlagsgruppe; Preselect.media GmbH.

Bogumil, Jörg und Lars Holtkamp. 2013. Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Emanuel, Markus. 2011. Freiwillige Leistung oder Pflichtaufgabe? 20 Jahre Missverständnisse in der Praxis über Leistungsansprüche aus dem SGB VIII. Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe 6: 207-211.

Grohs, Stephan. 2010. Modernisierung kommunaler Sozialpolitik. Anpassungsstrategien im Wohlfahrtskorporatismus. Wiesbaden: VS.

Grohs, Stephan und Renate Reiter. 2017. Vorbeugende Leistungen für Kinder und Jugendliche in Zeiten knapper Kassen. Zeitschrift für Sozialreform 63: 98.

Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg. 2019. Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg. Stuttgart: KVJS.

Lindner, Werner. 2009. Kinder- und Jugendarbeit wirkt. Aktuelle und ausgewählte Evaluationsergebnisse der Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwiss.

Lindner, Werner. 2013. Prävention und andere „Irrwege“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Fortsetzung absehbar. In: Ulrich Deinert und Benedikt Sturzenhecker (Hrsg.), Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: Springer VS, 359-371.

Münder, Johannes (Hrsg.). 2013. Frankfurter Kommentar SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. Baden-Baden: Nomos.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz. 2019. Jugendhilfe 2018 Teil I – Erzieherische Hilfen, Teil IV – Ausgaben und Einnahmen. Mainz: Statistisches Landesamt.

Tesch-Römer, Clemens, Claudia Vogel und Julia Simonson. 2017. Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer.

Wiesner, Reinhard (Hrsg.). 2015. SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe; Kommentar. München: Beck.

Sag's mit einem Foto – die Experten visualisieren ihre Zusammenarbeit gegen Ende des Projektes



3. DIE TEILNEHMENDEN KOMMUNEN

Stadt Kaiserslautern

Jürgen Jäger
Nicole Junk
Reiner Schirra

Ausgangssituation

Unsere Ausgangsbasis vor Projektstart bildete eine im März 2017 im Jugendhilfeausschuss vorgestellte Bestandsaufnahme der Angebots- und Personalstruktur der Jugendarbeit in Kaiserslautern. Aus dieser ging hervor, dass die Jugendarbeit im Allgemeinen und damit auch die Themen der Jugendpolitik und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen keine große Bedeutung beigemesen wurde.

Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass das für Beteiligung zuständige Kinder- und Jugendbüro im April 2011 seine Eigenständigkeit aufgab und in das Jugend- und Programmzentrum integriert wurde. Die Abteilungsleitung der kommunalen Jugendarbeit blieb bis zum Januar 2016 nahezu vier Jahre unbesetzt. Die letzte kommunale Jugendbeteiligung in Form einer Jugendvertretung lag nahezu zehn Jahre zurück! Eine „Kultur“ der Jugendbeteiligung innerhalb der Kommune war mittlerweile verblasst.

Das „Projekt“ im Blick, verfolgten wir fortan das Ziel, die kommunale Jugendarbeit wieder in den Fokus der Öffentlichkeit und der Entscheidungsträger zu bringen.

Durch unsere Teilnahme an dem Landesprojekt wollten wir den Partizipationsansatz in der kommunalen Jugendpolitik beleben.

Der Jugendhilfeausschuss beschloss im Dezember 2017 einstimmig die Beteiligung an dem Landesprojekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ mit dem Ziel: „...den Partizipationsansatz bei der Ausrichtung der kommunalen Jugendpolitik wieder zu beleben und gemeinsam mit jungen Menschen Wege für eine stärkere Mitgestaltung ihrer Lebensräume zu entwickeln ...“

Aus Sicht des Jugendreferates war es sehr erfreulich, dass der Stadtjugendring Kaiserslautern e. V. das Projekt als Kooperationspartner unterstützte. Hinter dem Stadtjugendring stehen 14 Jugendorganisationen mit ca. 17.500 Mitgliedern. Wir erhofften uns durch das Engagement des Stadtjugendrings, möglichst viele junge Menschen zu erreichen.

Projektziele

In den nachfolgend aufgeführten Themenbereichen strebten wir durch die Projektteilnahme eine Entwicklung an:

- Junge Menschen (12-27 Jahre) im Rahmen von Beteiligungsprojekten aktiv in die Jugendpolitik der Stadt einbinden. „Kindern und Jugendlichen der Stadt eine Stimme geben“.
- Die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger für das Thema „Eigenständige Jugendpolitik“ sensibilisieren und einen Diskurs innerhalb der politischen Gremien anregen.
- Das Thema „Eigenständige Jugendpolitik“ zu einem der Aufgabenschwerpunkte des Referates erklären. Wir wollen unserem gesetzlichen Auftrag nach dem Sozialgesetzbuch – Aches Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) gerecht werden.

- Für das Aufgabengebiet der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit eine Jugendhilfeplanung ins Auge fassen. Die Angebote und Bedarfe sollen unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen besser aufeinander abgestimmt werden.
- Das Leitbild zur Kinder- und Jugendhilfe aus dem Jahre 2002 analysieren, an die gesellschaftliche Entwicklung anpassen und fort-schreiben.
- Zu einer effektiven Jugendstrategie soll in Zukunft eine fortlaufende Abstimmung innerhalb des Referates Jugend und Sport und vor allem zwischen den sozialen Diensten und der Ju-gendarbeit etabliert werden.
- Den Fokus durch eine gezielte Öffentlichkeits-arbeit stärker auf die Jugendpolitik in Kaisers-lautern lenken.
- Die fortlaufende Zusammenarbeit (Vernet-zung) mit freien Trägern aktiv und kooperativ gestalten und dabei gewährleisten, dass die Po-sitionen und die verschiedensten Sichtweisen berücksichtigt und wertgeschätzt werden.
- Die übergreifende Zusammenarbeit mit anderen Rechtskreisen (SGB II, SGB III) garantieren, um hierbei insbesondere im Bereich der Jugendsozi-alarbeit die bestmögliche Unterstützung für be-nachteiligte junge Menschen zu erreichen.
- Die weitere Qualifizierung unserer Fachkräfte. Die Sensibilisierung für jugendpolitische The-men soll zu unseren Qualitätsstandards erklärt werden.

Projektdarstellung

Das Projektteam bestand aus einer Mitarbeiterin und einem Mitarbeiter des Jugendreferates sowie zwei Mitarbeitenden des Stadtjugendrings.

Befristet unterstützte eine weitere Kollegin des Jugendreferates die Projektarbeit.

Alle beteiligten Fachkräfte widmeten sich dem Projekt zusätzlich zu ihren sonstigen Aufgaben.

Darüber hinaus wurde eine Steuerungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Jugendreferates und des Kooperationspartners unter dem Vorsitz unseres Jugenddezernenten einberufen.

Den Projektbeginn leiteten wir ab Januar 2018 mit einer weitreichenden Öffentlichkeitsarbeit ein. Wir wollten über möglichst viele Medien die Auf-merksamkeit auf den Projektstart und insbeson-dere auf das Thema „Jugendbeteiligung“ lenken.



Flyer
„Ideenwettbewerb“

Unser erster Projektbau-stein, der Ideenwettbewerb „Deine Idee für Lautern – die Lautrer Jugend macht mit“ wurde am 28.05.2018 in einer Auftaktveranstal-tung präsentiert, die zum Ziel hatte, zum einen Multi-plikatorinnen und Multipli-katoren zur Unterstützung des Projektes zu gewinnen, zum anderen die Bewer-bung des Ideenwettbewer-bes zu starten.

Flyer „Ideenwettbewerb“

Unser Ideenwettbewerb gestaltete sich chronolo-gisch wie folgt:

28. Mai 2018
Auftaktveranstaltung

Juni 2018:
Präsentation des Ideenwettbewerbs bei der Som-merredaktion der „Rheinpfalz“

Juni 2018
Präsentation des Projektes im Jugendhilfeaus-schuss

Juni 2018

Präsentation JES! an der Präventionsveranstaltung „easi“ (Suchtprävention)

Juli 2018:

Infoveranstaltungen zum Ideenwettbewerb in der Kaiserslauterer Innenstadt und bei der Eröffnung des Sommerferienprogramms im Rahmen der Skatesession



Werbeaktion für den Ideenwettbewerb in der Innenstadt

Juli – Oktober 2018:

- Einreichungszeitraum für die Ideen
- 19 Ideen erreichten uns:
- Die Themenbereiche waren:
 1. Ökologie
 2. Sozialraum
 3. Kultur und Freizeit

November 2018:

Online-Voting über die eingegangenen Ideen, zur Ermittlung der zehn Ideen, die bei der analogen Präsentation durch die Ideengeberinnen und -geber im Jugend- und Programmzentrum der „Lautrer Jugend“ vorgestellt wurden.

Insgesamt hatten sich 230 Jugendliche an der Abstimmung beteiligt. Mit 60% war die Altersgruppe der 15- bis 20-Jährigen am stärksten vertreten.

18. Dezember 2018:



Prämierung der Gewinnerideen im Jugendzentrum 12/2018

Abschlussveranstaltung des Ideenwettbewerbs im Jugend- und Programmzentrum

Präsentation der zehn Ideen mit den meisten Stimmen im Online-Voting durch die Ideengeberinnen, mit anschließender Abstimmung durch die anwesenden Jugendlichen über die drei Gewinnerideen und deren Prämierung.

- Prämierung der Gewinnerideen im Jugendzentrum 12/2018
- Die Abstimmung des Ideenwettbewerbs brachte folgendes Ergebnis:
 1. Platz: Jugendparlament
 2. Platz: Urban Gardening
 3. Platz: BMX- Halle
- Siehe auch Presseartikel „Die Rheinpfalz“ vom 20.12.2018
Jugendparlament gewinnt – Kaiserslautern – DIE RHEINPFALZ

Die Umsetzung der Gewinneridee

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt im März 2019 die Verwaltung zur Einrichtung eines Jugendparlamentes. Im April 2019 schließt sich der Stadtrat dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses an. Fortan bestimmte die Etablierung eines Jugendparlamentes die Kernarbeit des Projektes.

In allen weiterführenden Schulen, der Handels- und Handwerkskammer sowie beim Stadtjugendring wurde für ein Engagement der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren geworben.

Am 26.06.2019 ernannte der Oberbürgermeister 27 Mitglieder des neuen Jugendparlamentes.

Wir hoffen und arbeiten daran, dass die Themen der Jugendlichen und deren Engagement, in der Gesellschaft und Politik weiter Zuspruch finden und die Aufmerksamkeit und Wertschätzung nicht in absehbarer Zeit wieder verblasst.

Eine Mitarbeiterin der Abteilung Jugendarbeit unterstützt fortan in beratender Funktion die Arbeit des JuPa.

Erreichte Ziele

Wir sind auf Basis einer Bestandsaufnahme der Angebotsstruktur der Jugendarbeit vom März 2017 in das Projekt mit einem Ideenwettbewerb „Deine Idee für Lautern“ gestartet.

Ausgehend von unseren Zielen, die wir vor Projektstart formulierten, konnten wir nachfolgende Entwicklungen verzeichnen:

- Ziel: Politische Entscheidungsträger sensibilisieren
- Interviews mit ausgewählten Personen aus Politik und Verwaltung
- Es wurden verschiedene Anfragen von Fraktionen gestellt, die sich nicht zuletzt auf die Ideen der Jugendlichen aus dem Ideenwettbewerb bezogen
- Bündnis 90/Die Grünen: Durchführung einer Sozialraumanalyse zur Bedarfsermittlung Jugendlicher und Erstellung einer Konzeption für die Jugendarbeit
- CDU: Antrag auf Einrichtung eines Jugendparlaments
- SPD: Raum für Jugendliche in der Innenstadt schaffen
- CDU: BMX- und Skaterstrecke schaffen
- Ziel: Beteiligungsprojekte initiieren
- Der Ideenwettbewerb „Deine Idee für Lautern“ konnte durchgeführt werden
- Ein Jugendparlament wurde zum 26.06.2019 installiert. Parallel dazu gab es Eigeninitiativen von Jugendlichen:
- Ein Arbeitskreis aus Jugendlichen (JuPa) setzte sich für ein Jugendparlament bei den Fraktionen ein.
- Die UNICEF-Jugend sprach für jugendpolitische Themen beim Oberbürgermeister und im Jugendhilfeausschuss vor.
- Ziel: Diskurs innerhalb der politischen Gremien anregen
- Jugend wurde als Teil des Wahlkampfes positiv konnotiert.
- Alle Fraktionsvorsitzenden vertraten ihre Parteien im April 2019 beim Politik-Talk im Jugendzentrum. Jugendpolitik war Themenschwerpunkt.
- Ziel: Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Jugendpolitik intensivieren
- Im Zeitraum von 01/2018 bis 07/2019 sind ca. 50 Artikel in den lokalen Zeitungen zum Thema Jugend erschienen.
- Ziel: Eigenständige Jugendpolitik ist ein Aufgabenschwerpunkt im Referat
- Kontinuierliche Berichterstattung im JHA zum Thema Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
- Planungsauftrag und Bedarfserhebung für Jugendarbeit wird wahrgenommen
- Ziel: Vernetzung mit freien Trägern kooperativ gestalten
- Eine Jugendbefragung rund um das Einkaufszentrum „Mall“, durchgeführt vom Arbeits- und Sozialpädagogischen Zentrum (ASZ), wurde durch das Jugendreferat unterstützt.
- Der Stadtjugendring wurde Projektpartner bei „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“.

- Durch die Teilnahme der AWO Südwest an dem Projekt „Politisch bilden – Demokratie erfahren – Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ entwickeln sich Synergieeffekte zwischen den Förderprojekten
- Präsentation von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ während der Jobbörse der Jugendberufsagentur
- Ziel: Jugendarbeit ist im Fokus der Jugendhilfeplanung
 - Die Jugendhilfeplanung legte dem JHA einen Bericht zur „Ermittlung von Jugendbedarfen durch eine Sozialraumanalyse in Kaiserslautern und Folgerungen für die Jugendarbeit“ vor.
 - Die Beauftragung einer Jugendbedarfsanalyse wurde vom Stadtrat verabschiedet, der Auftrag wurde von der Verwaltung vergeben und der Anbieter hat mit seiner Arbeit begonnen. Mit abschließenden Ergebnissen ist spätestens im 2. Quartal 2021 zu rechnen.
 - Presseberichte zum Hintergrund der Jugendbedarfsanalyse wurden veröffentlicht.

Herausforderungen

Seitens des Fachreferates wurden vor dem Projektstart Bedenken gegenüber einer Beteiligung des Jugendreferates formuliert und es überwog die Befürchtung, dass gerade auch gegenüber Jugendlichen Erwartungen geweckt werden könnten, die dann letztlich aufgrund nicht zur Verfügung stehender Ressourcen keine Umsetzung fänden.

Insbesondere der Aspekt, dass zu Beginn der Projektteilnahme nicht deutlich dargestellt werden konnte, welche konkreten Ergebnisse am Ende des Prozesses stehen würden, führte zur Skepsis bei den Entscheidungsträgerinnen und -trägern.

Auch die Tatsache, dass die Jugendamtsleitung während des Prozesses zwei Mal wechselte, hatte jeweils Auswirkungen auf den Prozessfluss.

Der Umstand, dass für die Projektteilnahme keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung standen und somit keine Fachkraft von ihren sonstigen Aufgaben entbunden werden konnte, stellte im Laufe des Projektes eine besondere Belastung für die Fachkräfte dar. Auch aus diesen Umständen heraus wurde unsere Projektteilnahme im Kreise der Abteilung Jugendarbeit kontrovers diskutiert.

Die aus den Reihen des Jugendreferates und des Stadtjugendrings gegründete Steuerungsgruppe war im Nachgang gesehen zu einseitig besetzt. Eine Erweiterung um Mitglieder aus anderen Fachbereichen und Mitgliedern freier Träger wäre der Projektsteuerung förderlich gewesen.

Bereits vor der Abschlussveranstaltung des Ideenwettbewerbs wurden im Kreise der Steuerung mehrere Optionen diskutiert, zum einen über den Kreis der Teilnehmenden der Abschlussveranstaltung, als auch über das weitere Verfahren nach der Prämierung der eingebrachten Ideen. Diese Phase war für alle Beteiligten eine anstrengende Zeit. Letztendlich verständigten sich die Mitglieder der Steuerungsgruppe auf eine Abschlussveranstaltung im „kleineren“ Rahmen. Es zeichnete sich in dieser Projektphase bereits ab, dass die Fortführung des Projektverlaufes an einem „Wendepunkt“ stand.

Es war zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar, ob sich die Projektgruppe weiter mit den Ergebnissen des Ideenwettbewerbes beschäftigen wird oder aber zur Ausweitung der Jugendbeteiligung ein Jugendforum durchgeführt werden soll.

Im Rückblick bezeichnen wir diese Phase von Januar bis Februar 2019 als „Orientierungsphase“. Bedauerlicherweise ist in dieser Zeit der Projektfluss etwas ins Stocken geraten und der Kontakt trotz der Bemühungen unseres Kooperationspartners zu den anderen Teilnehmenden des Ideenwettbewerbs zusehends verloren gegangen. Wir

hatten den „richtigen“ Zeitpunkt zur Weiterarbeit an den eingebrachten Ideen verpasst!

Fazit

Die Projektteilnehmenden konstatieren für den Projektverlauf eine positive jugendpolitische Entwicklung innerhalb der Stadt Kaiserslautern.

Unsere Intension vor Projektstart, wieder „Bewegung“ in die jugendpolitische Arbeit zu bringen, ist uns weitestgehend gelungen.

Insbesondere der Umstand, dass es seit dem 26.06.2019 wieder ein Jugendparlament in der Stadt Kaiserslautern gibt, belegt die Bedeutsamkeit von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ für die Jugendbeteiligung vor Ort. Nach der Berufung des JuPa konnten wir ein großes öffentliches Interesse an dem Themenfeld „Jugendpolitik“ erfahren.

Wie nach dem Resümee der zu Beginn des Projektes formulierten Fernziele zweifellos zu erkennen ist, sind durch die Teilnahme an dem Landesprojekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ viele jugendpolitische Themen in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt.

Diese positive Entwicklung gilt es die nächsten Jahre gemeinsam mit unseren Netzwerkpartnerinnen und -partnern fortzuführen. Ein weiterer Meilenstein könnte die Gründung eines Bündnisses für Jugend sein.

Durch die mittlerweile in Auftrag gegebene **Jugendbedarfsanalyse** erhoffen wir uns unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung von Jugendlichen bei der Bedarfserhebung Impulse von Jugend für Jugend.

Grundsätzlich halten wir das Förderprojekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ für einen sehr guten „Starter“, um in einer Kommune das Thema Jugendbeteiligung voranzubringen. Insbesondere die professionelle Begleitung der

Fachkräfte ist nach unseren Erfahrungen außerordentlich wichtig.

Wir starteten in das Projekt „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ ohne vorgesehene Haushaltsbudget für Projektkosten, so dass wir ohne die Landesförderung diesen Prozess nicht hätten initiieren können.

Eine große Herausforderung stellte der zeitliche Aufwand für die „Hausaufgaben“ und ausgiebigen Dokumentationen dar. Diesen Anforderungen versuchten die Beteiligten im Rahmen ihrer Möglichkeiten gerecht zu werden.

Ogleich die Anforderungen an die Projektteilnehmenden anspruchsvoll waren, blicken alle Beteiligten stolz auf die angestoßenen Projekte im Bereich Politik für und mit Jugendlichen und streben eine Weiterentwicklung an.

Abschließend werben wir dafür, dass sich weitere Kommunen und Landkreise für die Eigenständige Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz engagieren und sich im Rahmen der Förderprojekte auf den Weg machen, getreu dem Motto: „Der Weg ist das Ziel“.

Landkreis Mayen-Koblenz – Modellregion Verbandsgemeinde Rhein-Mosel

Projektarbeit in der VG Rhein-Mosel

Melina Ehrentraud
Philipp Pilcher
Tobias Rutz
Nico Sossenheimer
Rebecca Stefula
Margret Sundermann

Projektziele

Ziel: Partizipation und Lobbyarbeit

Mit Antragsstellung wurde das Ziel verfolgt, die Partizipation von Jugendlichen zu fördern und eine politische Interessenvertretung der Jugendlichen zu etablieren. Durch Lobbyarbeit und Vernetzung der Akteurinnen und Akteure sollten die Anliegen der Jugendlichen stärker im Gemeinwesen wahrgenommen und bestehende Angebote besser aufeinander abgestimmt werden. Die im Projekt erzielten Erkenntnisse sollen nach Beendigung des Projekts den Akteurinnen und Akteuren in der Jugendarbeit des gesamten Landkreises zur Verfügung gestellt werden. Es zeichnete sich bei Antragsstellung schon ab, dass Themen wie Mobilität und Räume konkrete Anliegen der Jugendlichen im Projektverlauf werden könnten, die es aufzugreifen galt.

Die Ziele wurden im Projektverlauf in Ziele der Jugendlichen, Ziele der Fachkräfte der Jugendarbeit und Ziele der politischen Ebene differenziert.

Ziele der Jugendlichen

Die Ziele der Jugendlichen können in regionale Ziele auf Ebene der Ortsgemeinde und überregionale Ziele auf Ebene der Verbandsgemeinde und darüber hinaus unterschieden werden. Auf überregionaler Ebene formulierten die Jugendlichen insbesondere das Ziel einer verbesserten Mobilität, um ihre Freizeitgestaltung und Sozialkontakte eigenständig gestalten zu können. In allen Sozialräumen formulierten Jugendliche das Ziel eines Jugendraumes oder eines anderen Ortes, an dem



Projekt VG Rhein-Mosel

sich junge Menschen regional und ortsnah treffen und Zeit miteinander verbringen können. Sie wünschen zudem ein flächendeckendes und frei zugängliches W-LAN. In ihren Zielen und mit ihren Ideen möchten junge Menschen ernst genommen werden. Sie möchten als „Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe“ mehr in politische Entscheidungen eingebunden und dabei gleichwertig und wertschätzend behandelt werden. Auf regionaler Ebene haben Jugendliche das Ziel, mehr Sport- und Freizeitmöglichkeiten oder bessere Einkaufsmöglichkeiten in den Orten zu schaffen.

Ziele der Fachkräfte vor Ort

Das Ziel der Fachkräfte der Jugendarbeit war, die übergeordnete Zielformulierung einer kommunalen Jugendstrategie in dezentrale Beteiligungsformen überzuleiten und diese in der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel zu verankern. Jugendliche sollten beim Aufbau selbstorganisierter Formen



Fachkräfte aus MYK beim 2. Treffen der Landesqualifizierung

der politischen Willensbildung, Interessensvertretung und Mitbestimmung unterstützt werden.

Um Partizipationsstrukturen mit Jugendlichen zu erproben und zu entwickeln, sollten Orte und Räume eröffnet werden, in denen sie sich ausprobieren und mit ihren eigenen Ideen und Vorstellungen auseinandersetzen können, um gemeinsam daran zu wachsen. Die Koordination und Vernetzung bereits bestehender Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit war ein weiteres Ziel, um die örtliche Infrastruktur transparenter zu gestalten. Außerdem spielte ebenso die Berücksichtigung von Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen in der Kommunalpolitik eine wichtige Rolle, da nur durch die Unterstützung von politischer Seite konkrete Ziele der Jugendlichen realisiert werden können.

Ziele auf politischer Ebene

Die politische Zielsetzung steht in direktem Zusammenhang mit den gesetzten Zielen der Fachkräfte. Die Anregung von Eigeninitiative junger Menschen an der Gestaltung des Gemeinwesens ist vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Daseinsvorsorge der Gemeinden wichtig. Die Beteiligung der Jugendlichen stärkt einerseits deren Identifikation mit dem Ort und fördert andererseits das ehrenamtliche und politische Engagement und stellt somit einen Mehrwert für die Ortschaften dar.

Projektdarstellung

Wahl einer Modellregion

Der Landkreis Mayen-Koblenz ist hinsichtlich seiner Verbandsgemeinden, Städte und Orte überaus heterogen aufgestellt. Eine einheitliche Jugendpolitik, die alle regionalen Bedürfnisse berücksichtigt, ist erstrebenswert, aber nur schwer umsetzbar. Mit der im Jahr 2014 durch die Fusion der beiden ehemaligen Verbandsgemeinden Rhens und Untermosel entstandenen Verbandsgemeinde Rhein-Mosel konnte eine Modellregion gewonnen werden, in der es diverse Herausforderungen und Besonderheiten für junge Menschen gab und gibt. Darüber hinaus vereint die Verbandsgemeinde Rhein-Mosel zwei ehemalige Verwaltungsgebiete miteinander.

Organisation innerhalb des Projektes

Bereits zu Beginn war das Projekt personell gut aufgestellt. Beteiligt im Projekt waren

- Operative Steuerungsgruppe:
 - Jugendpfleger der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel
 - Kreisjugendkoordinatorinnen und -koordinatoren
 - Ev. Kinder- und Jugendbüro
 - Ortsjugendpflege
 - Kreisjugendring
 - Fachstelle für Kinder- und Jugendpastoral Koblenz
- Strukturelle Steuerungsgruppe:
 - Zusätzlich zu den Teilnehmenden der operativen Steuerungsgruppe
 - Erster Kreisbeigeordneter
 - Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel
 - Leiter des Jugendamtes
 - Referatsleiter Kinder- und Jugendförderung

Die operative Steuerungsgruppe führte das Projekt vor Ort durch, während die strukturelle Steuerungsgruppe die politische Verzahnung und die strategische Ausrichtung sicherstellte.

Analysen

Begonnen wurde das Projekt mit umfassenden Analysen der Lebenswelt der Jugendlichen in der Verbandsgemeinde, des Politikfeldes und zu vorhandenen Netzwerken in der Jugendarbeit. So wurden Schulstandorte ebenso erfasst, wie das Vorhandensein von Jugendräumen, Freizeitmöglichkeiten oder der Anteil Jugendlicher an der Einwohnerzahl der Orte.

Identifikation von Sozialräumen

Aufgrund der hohen Anzahl der Ortsgemeinden, der Fläche der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel und der personellen Ressourcen mussten Orte zusammengefasst werden, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, sich beim Projekt zu beteiligen. Hierfür wurde die Verbandsgemeinde Rhein-Mosel in Zusammenarbeit mit ihrer vorhandenen Jugendvertretung in Sozialräume unterteilt. Kriterium war, Orte zu finden, die aus Jugendsicht miteinander verbunden sind. Somit wurden die 18 Ortsgemeinden in sechs Sozialräume aufgeteilt.

Jugendforen

Ein Ziel des Projektes war, dass jugendpolitische Ziele durch die Jugendlichen selbst formuliert werden sollten. Dafür wurde innerhalb der zuvor definierten Sozialräume zu offenen Jugendforen eingeladen.

Bei Pizza, Snacks und Getränken wurden zunächst Themen einer eigenständigen Jugendpolitik erarbeitet. Als Methode wurde eine abgewandelte Form des World-Cafés eingesetzt. Diese Themen wurden bei weiteren Jugendforen eingegrenzt und spezifiziert. Die Jugendlichen bedurften hierbei lediglich einer unterstützenden Moderation. Die ausgearbeiteten Themen stellten die Jugendlichen selbstständig den örtlich zuständigen Politikerinnen und Politikern vor und übergaben sie zur weiteren politischen Bearbeitung.

Evaluation

Damit die Erkenntnisse des Projekts innerhalb der Modellregion auch dem gesamten Landkreis zur Verfügung gestellt werden können, wurden diese



Plakat zur Jugendpolitik in der VG

zusammengefasst und im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Umsetzung der Projektziele

Mit Umsetzung des Landesprojekts „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ ist es gelungen, die Partizipation von Jugendlichen zu fördern und eine politische Interessensvertretung der Jugendlichen nach vorne zu bringen, indem Beteiligungsformate für und mit Jugendlichen (weiter)entwickelt und etabliert wurden.

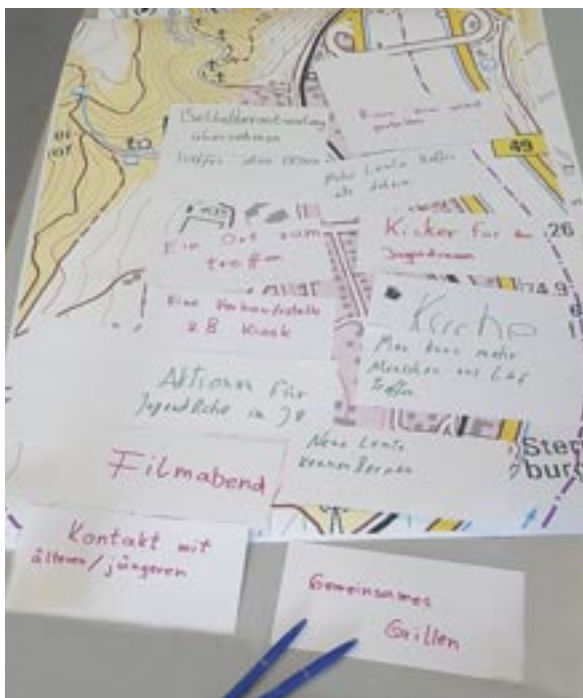
Darüber hinausgehende Ziele, wie Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der Jugendarbeit oder Abstimmung der Angebote der Jugendarbeit, konnten in der begrenzten Projektlaufzeit nicht abschließend bearbeitet werden.

Umsetzung der Projektziele der Jugendlichen:

Die vielfältigen Ziele und Anliegen der Jugendlichen wurden in den Sozialräumen unterschiedlich priorisiert, so dass die Jugendlichen an ihrem jeweils im Sozialraum favorisierten Projektziel gear-

beitet haben. Die Jugendlichen haben in vier Ortsgemeinden eigene Jugendvertretungen entwickelt und etabliert. In weiteren zwei Ortsgemeinden konnten die Jugendlichen ihr Interesse nach einem Jugendraum gegenüber den politischen Vertretern ihrer Ortsgemeinde vertreten. Sie sind mit diesen weiterhin im Gespräch und auf der Suche nach einem geeigneten Raum für die Gründung eines Jugendtreffs.

Alle weiteren Ziele der Jugendlichen werden zur weiteren Bearbeitung an die Gremien der Ortsgemeinden übergeben.



Eindrücke Jugendforum 3

Umsetzung der Projektziele der Fachkräfte der Jugendarbeit:

Durch die Jugendforen wurden Orte und Räume zur Verfügung gestellt, in denen sich Jugendliche bzgl. ihrer Interessen austauschen, erproben und organisieren konnten. Die bestehende Jugendvertretung auf Verbandsgemeindeebene wurde im Hinblick auf eine jugendgerechtere Umsetzung weiterentwickelt. Das politische Engagement der Jugendlichen konnte in einigen Ortsgemeinden gebündelt und in die Gründung einer Jugendvertretung vor Ort übergeleitet werden. Dieser Pro-

zess soll fortgeführt und auf weitere Ortsgemeinden übertragen werden.

Umsetzung der Projektziele auf politischer Ebene:

Durch die Jugendforen haben Jugendliche die Erfahrung gemacht, dass ihre Interessen im Ort gehört und wertgeschätzt werden. Die Jugendforen in den Sozialräumen und insbesondere auch das Gesamtforum auf Ebene der Verbandsgemeinde hatten eine identitätsstiftende Wirkung. Jugendliche sind mit Vertretern aus ihren Ortsgemeinden in den Austausch gekommen, sie haben sich mit ihren Interessen geschätzt und gewürdigt erlebt, was die Jugendlichen motiviert, sich weiterhin für jugendpolitische Belange und für ihren Lebensraum einzusetzen.

Erfahrungen

Lebensraum Verbandsgemeinde?

Die Lebensräume von Jugendlichen umfassen in der Regel den eigenen Wohnort. Die Verbandsgemeinde oder der Landkreis sind oft kein Teil der Lebenswelt Jugendlicher und werden als künstliche Konstrukte in ihrer Tragweite nicht wahrgenommen.

Politische Zuständigkeiten spielen für Jugendliche keine übergeordnete Rolle.

Information und Teilnehmendenwerbung

Verschiedene Formen der Ansprache, Werbung und Beteiligung wurden umgesetzt. Hierzu zählten Plakate, Flyer, E-Mails, Pressemitteilungen und das Organisieren von Multiplikatorinnen- und Multiplikatortreffen. Zusätzlich wurde in Sitzungen des Jugendhilfeausschusses oder den Bürgermeisterdienstbesprechungen regelmäßig informiert. Auch digitale Beteiligung wurde ausprobiert. Allerdings brauchten alle genannten Formen immer noch den persönlichen analogen Kontakt und vor allem eine Beziehung. Ohne diese nutzen Jugendliche zum Beispiel kein Beteiligungstool.

Aus diesem Grund ist Beteiligung kein Selbstläufer.

Veranstaltungen:

Jugendliche benötigen viel Zeit, um den Schulweg zu bewältigen und um Angebote der Freizeitgestaltung wahrnehmen zu können. Dies gilt es bei der Planung von Veranstaltungen und Aktionen zu berücksichtigen. Das heißt, dass neben der Attraktivität der Veranstaltung auch ihre Erreichbarkeit gewährleistet werden muss.

- *Zeiten der Treffen:* Im Laufe des Projektes haben wir mit den Jugendlichen gemeinsam erarbeitet, welche Uhrzeit eine Teilnahme der meisten am wahrscheinlichsten werden lässt, da aus ihrer Sicht die von uns angesetzten ersten Jugendforen mit 18.30 Uhr zu spät waren.
- *ÖPNV:* Da wir uns für zentrale Orte in den Sozialräumen entschieden haben, war es wichtig, dass Jugendliche aus den Nachbarorten zu der Veranstaltung kommen konnten. Dies ist dort schwierig gewesen, wo die Eltern ihre Kinder nicht bringen konnten UND es zusätzlich nur wenige oder keine passenden Verbindungen des ÖPNV gab und bis heute nicht gibt.
- *Unterschiedliche Erwartungen bei Multiplikatorinnen-/Multiplikatortreffen:* Wir mussten feststellen, dass die von uns als Keyholder zur Jugend identifizierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit ganz unterschiedlichen Erwartungen an das Projekt herantreten sind. Dies ging von Nachwuchsgenerierung für politische Parteien bis zu „Jugendarbeit machen doch die Vereine, wozu brauchen wir dann das hier?“. Diese Bandbreite an Erfahrungen hat im negativen Fall leider auch dazu geführt, dass z. B. Vereine unser Anliegen nicht in ihre Gruppen weitergeleitet haben und somit die Jugendlichen, die direkte Ansprechpersonen gehabt hätten, nicht den Weg zu den Jugendforen gefunden haben. In einem Ort hat der Leiter einer Jugendorganisation absichtlich eine parallele Veranstaltung seiner Ortsgruppe durchgeführt, so dass die dort beteiligten Jugendlichen davon abgehalten wurden, sich bei dem Projekt einzubringen.

Politik vor Ort:

Ortsgemeinden sind grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber Themen der Jugendlichen und Jugendliche sind interessiert, ihren Wohnort mitzugestalten. Dies geschah zum Beispiel in Form von Aktions- bzw. Arbeitsgruppen, die ihre Themen aufgreifen oder in Form einer Jugendvertretung. Dieses Interesse gilt es zu berücksichtigen und vorzubringen bei der Etablierung einer „eigenständigen Jugendpolitik“ in der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel. Hierbei ist der Dialog zwischen Jugendlichen und Politik wichtig, um die unterschiedlichen Zeitvorstellungen zusammenbringen zu können.

Lerneffekte

a) im Blick auf die Jugendlichen

- Für die Jugendlichen ist es wichtig, dass die Beteiligung vor Ort, in ihrem Stadtteil bzw. ihrer Gemeinde stattfindet. Dort kennen sie sich aus, sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Jugendliche wissen Bescheid über ihre Umgebung, sie haben Themen und Anliegen, oft auch Ideen zur Lösung. Sie wollen gefragt und beteiligt werden, dann fühlen sie sich wohl und engagieren sich.
- Es bedarf eines Anlasses (z. B. Einladung zu einem Thema), einer (erwachsenen) Person und eines Ortes, um Anliegen und Themen der Jugendlichen zu erfahren.
- Die Treffen sollten nicht länger als zwei Stunden sein und mit jugendgemäßen Methoden an einem erreichbaren und attraktiven Veranstaltungsort stattfinden. Werden mehrere Treffen benötigt, sollten diese in regelmäßigen Abständen (vierzehn Tage bis maximal vier Wochen) stattfinden, sonst geht der Bezug und der Durchhaltewille der Beteiligten verloren.
- Der Anspruch in Bezug auf Erfolg und Dauer der Umsetzung unterscheiden sich zwischen

Jugendlichen und Politikerinnen und Politikern. Dies gilt es in der Planung zu berücksichtigen. Politische Zuständigkeiten spielen keine Rolle bei den Jugendlichen.

b) im Blick auf das Team/operative Steuerungsgruppe

- Gemeinsam geht es besser als allein. Ein breit aufgestelltes Team aus freien und öffentlichen Trägern ist hilfreich und notwendig. Dies erhöht die Akzeptanz und die Wirkungsreichweite des Projektes, erweitert Chancen und Möglichkeiten aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung (Ebenen, Fähigkeiten, Kontakte, Netzwerke und Vielfalt).
- In einem Team kann das Projekt gemeinsam geplant und aufgrund der personellen und zeitlichen Ressourcen in variabler Besetzung durchgeführt werden. Die unterschiedlichen Zeitkontingente der hauptberuflichen Mitarbeitenden werden so berücksichtigt.

c) im Blick auf das Projekt

- Es bedarf eines Teams, gemeinsamer klar und konkret formulierter Ziele und eines Projektplanes.
- Eine Differenzierung und Verständigung über die einzelnen Projektschritte und Inhalte sowie die ständige Reflexion dieser Schritte ist ein Garant für die gelingende Durchführung des Projektes.
- Manchmal erweisen sich die Ungeduld der Projektbeteiligten, die zeitversetzten Abläufe und Ereignisse als Hindernisse, die es zu berücksichtigen und aus dem Weg zu räumen gilt – insbesondere bei Jugendlichen, Politikerinnen und Politikern und den Gremien, zwischen denen das Projektteam vermittelt und vernetzt.
- Beteiligung ist Methode wie Prozess als auch Ziel. Die Beteiligten haben in der Regel ein

Anliegen. Diese unterschiedlichen Aspekte erschweren oft die Planung und Umsetzung.

d) im Blick auf die Politikerinnen und Politiker

- Der Wunsch, Jugendliche zu beteiligen ist vorhanden, doch oft gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die Art der Beteiligung sowie die sich daraus ableitende Umsetzung der Anliegen. Es muss verhindert werden, dass Jugendliche den Prozess als Scheinbeteiligung erleben.
- dort, wo die Politikerinnen und Politiker sich auf den Prozesse einlassen, hat dies positive Auswirkungen auf die Motivation der Beteiligten und den Erfolg des Projektes.

Empfehlungen

Information und Teilnehmendenwerbung

In der Begleitung eines Projekts benötigen Jugendliche immer noch den persönlichen analogen Kontakt und vor allem eine Beziehung. Somit basiert eine digitale Beteiligung auf dem analogen Beziehungsaufbau. Dazu gehören auch weiterhin das Verteilen von Flyern und Plakaten, sowie die Bekanntmachungen in der Presse. Im Hinblick auf digitale Beteiligungsformen besteht in der Weiterführung des Projekts ein großes Potenzial.

Angebote und Akteurinnen/Akteure der Jugendarbeit vernetzen

Für die Gestaltung einer kommunalen Jugendstrategie wird die Einbindung von lokalen Aktionspartnerinnen und Aktionspartner benötigt. Fachkräfte wirken als Netzwerkerinnen und Netzwerker. Sie vernetzen die Akteurinnen und Akteure miteinander und stellen Kontakte zwischen jungen Menschen und Angeboten sowie zu den für sie zuständigen Stellen der Beteiligung her. Zudem wird angestrebt, Kooperationen zwischen der kommunalen Jugendpflege und den freien Trägern und Verbänden weiter zu entwickeln und auszubauen.

Beibehalten des Formats der Jugendforen

Die Umsetzung der Jugendforen hat sich in der Praxis etabliert. Zusätzlich empfehlen wir zukünftig, mindestens einmal jährlich ein Gesamtforum auf Ebene der Verbandsgemeinde durchzuführen. Hierbei sollen vor allem die Themen und Anliegen der Jugendlichen zur Sprache kommen. Die Gestaltung dieser Jugendforen soll nach Möglichkeit in Kooperation mit den Jugendvertretungen erfolgen. Hierdurch soll ein Zusammentreffen von Jugendlichen, Multiplikatorinnen/Multiplikatoren, Fachkräften und Politikerinnen/Politikern stattfinden.

Einrichtung von dauerhaften Beteiligungsformen

Dezentrale, institutionalisierte Beteiligungsformen, wie zum Beispiel Jugendvertretungen oder Beiräte, gilt es möglichst flächendeckend einzurichten. Bestehende Beteiligungsformen gilt es weiter zu entwickeln. Dieses Engagement junger Menschen muss dauerhaft von Fachkräften begleitet werden.

Zusammenarbeit und Austausch von Politik und Fachkräften

Junge Menschen und insbesondere Jugendliche brauchen starke Fürsprecherinnen und Fürsprecher sowohl in Politik, als auch in der Gesellschaft, damit ihre Interessen und Bedarfe wahrgenommen werden können und Berücksichtigung bei anstehenden Entscheidungen finden.

Projektstruktur

Aufgrund der gemachten Erfahrungen im Projekt empfehlen wir die Aufteilung in eine operative Steuerungsgruppe, die den Prozess vor Ort umsetzt, und eine strukturelle Steuerungsgruppe, die den Prozess strategisch und politisch begleitet.

Wie bereits dargestellt, ist es aufgrund des enormen personellen und zeitlichen Aufwandes wichtig, die Steuerungsgruppen so breit wie möglich unter Beteiligung von Jugendverbänden, freien Trägern und kommunalen Trägern aufzustellen. Dies gewährleistet, den fachlichen und politischen Austausch langfristig in den Strukturen der Jugendarbeit zu implementieren.



Jugendgerechtigkeit bedeutet für mich ...

Stadt Trier

Rainer Disteldorf
Graiswin Kattoor

Projektziel

Die Stadt Trier war im Zeitraum zwischen 2015 bis 2018 eine von 16 Referenzkommunen der Umsetzung der Jugendstrategie des Bundes „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Daran anknüpfend hat sich die Stadt Trier für das Förderprogramm „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ beworben und wurde als eine von vier Kommunen aus Rheinland-Pfalz ausgewählt. Das Hauptziel bestand darin, die kommunale Jugendstrategie der Stadt Trier weiterzuentwickeln und darüber hinaus jugendrelevante Themen als Querschnitt in der Kommunalpolitik zu etablieren.

Um dies zu erreichen hat sich die Stadt Trier entschlossen, jährlich eine Jugendkonferenz zu planen und durchzuführen. Zu Beginn musste entschieden werden, wie eine Vertretungsstruktur innerhalb der jungen Menschen aufzubauen ist und wie aus der Jugendkonferenz erwachsende Projekte umgesetzt werden könnten. Zielgruppe sind Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren. Als einer der wichtigsten Anlaufpunkte rückten die Schulen in den Fokus, hier sollten die Jugendlichen für die Teilnahme gewonnen werden. Als Weiterführung im Anschluss an die Jugendkonferenz erschien hier der Aufbau und die Begleitung von Projektgruppen und der Einsatz von digitalen Beteiligungstools geeignet.

Zur Erreichung dieses Ziels wurde der Fokus auf verschiedene Ebenen gerichtet: die Ebene der jungen Menschen, die Ebene der Jugendarbeit sowie die Ebene der Kommunalpolitik. Jeder Ebene wurden Ziele zugeordnet, die zur Erreichung des Projektzieles dienen sollten. Vorrangig war das Erreichen der jungen Menschen und eine positive

Grundhaltung zum Beteiligungsformat „Jugendkonferenz“ zu entwickeln. Darüber hinaus wurden autonome Gestaltungsräume für die Jugendlichen eröffnet. Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse der Jugendkonferenz und der Projektgruppen auf einer digitalen Plattform allen Interessierten sichtbar gemacht. Weiterhin sollten die Träger der Jugendarbeit miteinander verzahnt werden, Partizipation als Arbeitsschwerpunkt weiterentwickelt und im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der Jugendhilfe und der Stadt Trier weiterverfolgt werden. Durch die Teilnahme der Entscheidungsträger an den Jugendkonferenzen wird der Dialog mit den Jugendlichen ermöglicht. Des Weiteren sollen jugendrelevante Themen durch Ämter übergreifende Zusammenarbeit schneller realisiert werden.



Jugendliche im Gespräch mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern (JuKo)

Projektdarstellung

Die Stadt Trier ist seit 2015 eine der 16 Referenzkommunen in der Umsetzung der Jugendstrategie des Bundes „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“.

Hierbei haben wir bereits mit der Gründung einer Steuerungsgruppe zur Weiterentwicklung der „Eigenständigen Jugendpolitik“ begonnen und erste Ideen zur Umsetzung einer breiten Jugendbeteiligung gesammelt.

Der Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Trier setzt Schwerpunkte, die von besonderer Bedeutung für das Aufwachsen junger Menschen sind. Die Weiterentwicklung der „Eigenständigen Jugendpolitik“ wird explizit im Plan für die Jahre 2018-2020 formuliert.

Ende 2017 wurde ein Vernetzungstreffen der Fachkräfte der Jugendarbeit und Leitungskräfte der freien Träger organisiert, um wichtige Akteurinnen und Akteure für die weitere Zusammenarbeit in der Steuerungsgruppe zu gewinnen. Hierzu konnten wir eine Referentin der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ Trier für einen Input nach Trier holen.

Seit 2017 ist die Stadt Trier eine von vier Projektkommunen in der Umsetzung der Jugendstrategie des Landes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“.

Die Steuerungsgruppe trifft sich ca. sechsmal pro Jahr, darüber hinaus hat sich eine Unter-AG „Jugendkonferenz“ gebildet, die sich zusätzlich ca. viermal pro Jahr trifft.

Mitglieder der Steuerungsgruppe und Kernarbeitsgruppe sind der folgenden Abbildung zu entnehmen:



Broschüre Jugendkonferenz 2018 sowie Broschüre Jugendkonferenz 2019

Erfahrungen

Als Dokumentation und Präsentation nach außen wurde jeweils eine Broschüre zur Jugendkonferenz erstellt, die Broschüre der Jugendkonferenz 2018 ist allen Schulen, Jugendeinrichtungen, dem Stadtvorstand, dem Jugendhilfeausschuss, allen Amtsleitenden und Fraktionen zugegangen. Hierdurch hatte man ein sehr gutes Werbematerial in Vorbereitung auf die Jugendkonferenz 2019 und allen wurde die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und Unterstützung nochmals vor Augen geführt.

Grafik kommunale Strategie



Außerdem haben wir ein Logo durch eine Grafikerin entwerfen lassen – „jugend gerecht beteiligt – bewege deine Stadt“.

Darüber hinaus haben 90 % der Jugendlichen die Jugendkonferenzen positiv gewertet, was als wichtiges Indiz gesehen wird, dass Partizipation unter jungen Menschen einen sehr hohen Stellenwert hat und das Format sehr gut angenommen wird. Bei der Planung der Jugendkonferenz 2018 wurde schnell ersichtlich, dass die Kontaktaufnahme zu den Schulen ein sehr bedeutender Faktor ist, der auf bestimmte Verfahrensweisen angewiesen ist, um auch den nötigen Effekt zu haben. Dies ist mit einem hohen Aufwand an zeitlichen und personellen Ressourcen verbunden. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Begleitung der Projektgruppen, da diese gerade zu Beginn noch Lenkung und Unterstützung benötigen, um feste Strukturen aufzubauen. Der Aufbau einer digitalen Plattform, um die Ergebnisse der Jugendkonferenzen und der Projekttreffen transparent zur Verfügung zu stellen, konnte mit den bislang zur Verfügung stehenden Ressourcen nur teilweise erreicht werden. Das Hauptziel der Einbindung jugendrelevanter Themen als Querschnitt der Kommunalpolitik und im Rahmen einer integrierten Jugendhilfplanung ist ein langfristiges Ziel und muss im Rahmen einer Prozessgestaltung weiterverfolgt werden.

Lerneffekte

Als besonders wichtig hat sich eine gut funktionierende Steuerungsgruppe herausgestellt. Dies ist ein bedeutender Faktor zur Weiterentwicklung einer kommunalen Jugendstrategie. Hierbei konnten wir 2019 die Besuche an Schulen mit Videoeindrücken aus der Jugendkonferenz 2018 und den wichtigsten Infos zur Jugendkonferenz 2019 unter den Mitgliedern aufteilen. Die Koordination hat sehr gut geklappt und die Aufgabe wurde von den Mitgliedern der Steuerungsgruppe sehr verantwortungsvoll übernommen. Die Anzahl der Teilnehmenden zur Jugendkonferenz 2019 lässt darauf schließen, dass die Besuche an den Schulen erfolgreich waren.

Wir konnten die Netzwerke und Schnittstellen weiter und besser ausbauen und darüber hinaus Strukturen entwickeln, so dass eine jährliche Jugendkonferenz stattfinden kann. Der Aufbau der Steuerungsgruppe und die kontinuierlichen Treffen stellen einen großen Mehrwert für die Jugendarbeit in Trier dar. Darüber hinaus haben wir jedoch auch festgestellt, dass ein solches Projekt nicht ohne finanzielle und personelle Ressourcen auskommt. Dies war ein entscheidender Punkt, aus dem heraus sich die Stadt Trier für das Förderprogramm des Landes „Politisch bilden, Demokratie erfahren, Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ beworben und den Zuschlag erhalten hat. Dies stellt für uns gute Schnittstellen zu den bisherig aufgebauten Strukturen dar.

Gruppenbild Jugendkonferenz 2019



Empfehlungen

Zum Aufbau eines solchen Projektes muss klar sein, dass man personelle Ressourcen benötigt, die Arbeit an einem derartigen Projekt ist sehr zeitaufwendig und kann nicht „mal eben so nebenbei“ erfolgen. Darüber hinaus entstehen Bedarfe, die ohne eine langfristige Finanzierung nicht erfüllt werden können. So steht man dann oftmals nach Projektende vor der Problematik, die aufgebauten Strukturen nicht halten zu können aufgrund fehlender finanzieller Mittel. Dies sollte besonders auf der Seite der Projektausschreibenden bedacht werden.

Im Projekt selbst hat sich gezeigt, dass die Umsetzung eines Vorhabens aus der Jugendkonferenz ein enorm langes Zeitfenster in Anspruch nimmt. So ist das erfolgversprechendste Großprojekt (die Errichtung eines Jugend-Cafés in der Innenstadt) immer noch in der Umsetzung und es konnte noch keine beschlussfähige Vorlage eingebracht werden.

Durch das Projekt konnten jugendrelevante Themen allerdings mehr in den Fokus gerückt werden und auch die Entscheidungsträgerinnen und -träger wurden nochmals dafür sensibilisiert, wie wichtig den Jugendlichen Partizipation ist und dass diese auch ein gewichtiges Wort mitsprechen wollen, wenn es um die Zukunft ihrer Stadt geht.

Ein Indikator, dass Beteiligung junger Menschen und die Interessen der jungen Menschen in Trier ernst genommen werden, zeigt darüber hinaus ein kürzlich eingebrachter Antrag einer Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes zur Jugend(raum)leitplanung, um Orte im öffentlichen Raum in der Stadt zu identifizieren, die zur Nutzung durch Jugendliche vorgesehen sind – auch Bedürfnisse, die von den jungen Menschen auf den Jugendkonferenzen genannt wurden.



Abstimmung über das Online Tool VotAR

Stadt Worms

Ralf Decker
Jens Fey
Samira Osti
Vanessa Santalucia
Tobias Schasse

Projektziel

Die Teilnahme am Landesprogramm JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort war für uns – die Jugendarbeit in Worms – die Weiterentwicklung und ein Teil der Umsetzung des von 2014 bis 2016 entwickelten Rahmenkonzeptes zur Neuausrichtung der Jugendarbeit in Worms. In diesem, von den städtischen Gremien einstimmig beschlossenen Rahmenkonzept, wurden u. a. acht Leitziele entwickelt und diese mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Teilweise waren diese Maßnahmen mit neuen personellen Ressourcen unter Einbindung verschiedener Träger der Jugendhilfe verbunden.

Unter dem **Leitziel „Jugendlichen Frei- und Gestaltungsraum geben“** waren u. a. folgende Maßnahmen geplant:

- Mobile Jugendarbeit für die Wormser Vororte aufbauen
- Bedarfsprüfung eines Jugendtreffs im Eisbachtal durchführen
- Spielraumplanung (für Jugendliche) entwickeln

Die Entwicklung des Jugendarbeitskonzeptes sowie die benannten Ziele und Maßnahmen bildeten den Rahmen für die Zielentwicklung im Projekt: „Your Voice“ – Jugendinfrastruktur im Eisbachtal. Neben der Einbindung des PEP-Projektes in das Jugendarbeitskonzept wurde entschieden, das PEP-Projekt räumlich auf das Eisbachtal, ein Teilgebiet von Worms, zu fokussieren. Dabei war ein wesentlicher Ansatz, Jugendliche und aktive Akteurinnen und Akteure vor Ort in die Formulierung und Ausgestaltung einzubinden.

Zielformulierung zu Beginn des Projektes (bis 31.12.2019):

- **Jugendinfrastruktur** im Eisbachtal wird auf „Räume“, Angebote und Anbietende auf die aktuellen Bedarfe **mit Beteiligung** der Jugendlichen **geprüft**
- notwendige **Maßnahmen werden entwickelt**
- eine **Umsetzplanung wird erstellt**

Mit der Teilnahme im Programm wurden darüber hinaus folgende übergreifende Ziele verfolgt:

- Entwicklung von gemeinsamen trägerübergreifenden Arbeitsstrukturen
- Einbindung der kooperierenden freien Träger in die Umsetzung der geplanten Maßnahmen

Konkret aus der Maßnahmenplanung sollten diese Ziele erreicht werden:

- Bedarfsprüfung Jugendtreff Eisbachtal
- Spielraumplanung hinsichtlich der Bedarfe von Jugendlichen für das Eisbachtal

Die aktiven Akteurinnen und Akteure vor Ort wurden im Rahmen einer Kooperationsgruppe in das Projekt eingebunden. Die Jugendlichen hatten u. a. bei der Zukunftswerkstatt die Gelegenheit, ihre Ziele zu formulieren und zu bewerten.

Folgende Ziele sollten in der weiteren Umsetzung konkretisiert werden:

- Jugendtreff
- Zockertreff
- Freies WLAN
- Umwelt, z. B. mehr Mülleimer
- Veranstaltungen, z. B. Disco, Ausflüge, Lasertag, Minigolf, Festivals, Kochen

- Jugendplätze, Jugendspielplatz, Sportplätze mit verschiedenen Angeboten

Im weiteren Verlauf der Zukunftswerkstatt wurden diese Ziele bearbeitet und die Ergebnisse bei der Maßnahmenplanung berücksichtigt.

■ **Jugendarbeitsziele:**

- Räume, Angebote und Akteurinnen und Akteure ermitteln -> Kooperationen eingehen
- Bedarfe und Wünsche der Jugendlichen im Eisbachtal ermitteln
- Beteiligungsmöglichkeiten schaffen

■ **Jugend(kommunal)politische Ziele:**

- Auf Wahlprogramme der Ortsvorsteher eingehen -> Zusammenarbeit
- Öffnen und Ermöglichen von partizipativen Strukturen in der Kommunalpolitik

Projektdarstellung

Ausgangslage:

Das Projekt „Your Voice“ richtet sich insbesondere an Jugendliche aus dem Eisbachtal. Dieses umfasst vier Ortsteile und erstreckt sich über ca. 7 km, etwa 3 km vom Stadtzentrum entfernt. Im Eisbachtal leben ca. 1.400 Jugendliche zwischen 12 und 26 Jahren, etwa 10% der Wormser Jugendlichen. Die Ortsteile verfügen jeweils über einen Ortsbeirat sowie Ortsvorsteherinnen und -vorsteher, Grundschulen, Kirchengemeinden, Sportvereine und Pfadfindergruppen. Darüber hinaus befindet sich im Eisbachtal ein wichtiger Schulstandort, die Nelly-Sachs-IGS. Eine Bedarfsprüfung zur Etablierung eines Jugendtreffs wurde bereits im Beschluss zum Jugendarbeitskonzept festgelegt.

Projektteam und Kooperationsgruppe:

Durch zusätzliche personelle Ressourcen aus dem beschlossenen Rahmenkonzept zur Neuausrichtung der Jugendarbeit in Worms, wurde zur Entwicklung und Umsetzung ein neues Projektteam gegründet, bestehend aus der Mobilen Jugendarbeit Vororte (MoJaVo) des Diakonischen Werkes Rheinhessen, Mitarbeitenden des kommunalen Kinder- und Jugendbüros, des Stadtjugendrings (SJR) sowie der Jugendhilfeplanung. Die Stellen der neuen Fachkräfte konnten im März 2019 von den Trägern besetzt werden und damit verfügte die Jugendarbeit in Worms über die notwendigen personellen Ressourcen, um an „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ teilzunehmen. Nach einer erfolgreichen Antragstellung konnten wir in 2019 als Nachrücker in das Programm aufgenommen werden.

Nachdem das Projekt verschiedenen jugendrelevanten Akteurinnen und Akteuren vorgestellt wurde, wurde neben dem Projektteam auch eine Kooperationsgruppe „Your Voice“ gegründet: In dieser waren Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden, die Ortsvorsteherinnen und -vorsteher sowie interessierte Jugendliche eingeladen, gemeinsam mit den Mitgliedern des Projektteams die Zwischenergebnisse des Projektes zu sichten, zu reflektieren, zu ergänzen und die nächsten Schritte zu besprechen.

Vorgehensweise:

Erste Projektphase:

Einstieg ins Projekt – Grundlagen:

Aufbau des Teams sowie erste Orientierungen und Analysen im Eisbachtal: Auswertung von Einwohnerstatistiken zu Jugendlichen, Sozialraumbegehung mit und ohne Jugendliche, Ermittlung der Akteurinnen und Akteure vor Ort – Netzwerkanalyse, Entwicklung des Projektdesigns und Vorstellung bei Ortsvorsteherinnen und -vorstehern, Vereinen, Verbänden und weiteren Akteurinnen und Akteure vor Ort.

Zweite Projektphase:

Zukunftswerkstatt „Your Voice – Sag´s laut!“

Konzeptionelle Vorbereitung, Einladung und Durchführung der Zukunftswerkstatt.

„Your Voice – Sag´s laut!“ Zur Veranstaltung wurden alle Jugendlichen des Eisbachtals (ca. 1.600; 12-26 Jahre) mit persönlichen Postkarten eingeladen. Darüber hinaus wurde auf verschiedenen Veranstaltungen im Eisbachtal und durch Akteurinnen und Akteure vor Ort für die Zukunftswerkstatt geworben.



Young Voices

Zukunftswerkstatt „Your Voice“ – Sag´s laut!“:

Dreistündiger Workshop für Jugendliche zur Formulierung von Bedarfen, Wünschen und Maßnahmen für ein jugendgerechtes Eisbachtal. An vier interaktiven Stationen (Dokumentation auf Pinnwänden – Flip-Charts – Gebietsplänen) mit anschließender Party und Verlosung. Etwa 100 Jugendliche (ca. 50 % weiblich, ca. 60 % aus dem Eisbachtal, 85 % zwischen 12-15 Jahre) sind der Einladung gefolgt und haben aktiv ihre Ideen und Wünsche eingebracht. Ca. 50 % möchten sich weiter beteiligen. Die Alterskohorte 12-15 Jahre wurde mit der Veranstaltung sehr gut erreicht.

Dritte Projektphase:

Nachtreffen Zukunftswerkstatt – Auswertung – Planung

In einem Nachfolgeworkshop hatten die Jugendlichen Gelegenheit, ihre Bedarfe – insbesondere Jugend-/Zockertreff und freies WLAN weiter zu konkretisieren. Anschließend wurden die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt und des Nachtreffens ausgewertet, bei einem ersten Treffen der Kooperationsgruppe vorgestellt und das weitere Vorgehen besprochen. Als besonders relevant wurde eine schnelle Rückmeldung an die Jugendlichen angesehen. Vor diesem Hintergrund wurde eine erste Umsetzungsphase durchgeführt.

Vierte Projektphase:

Erste Umsetzung:

Ferienprogramm – U16-Party

Die MoJaVo entwickelte auf Basis der Ergebnisse der Veranstaltungen ein Ferienangebot für die Herbstferien. Zielgruppe waren Jugendliche zwischen 12-16 Jahren. Im Oktober 2019 fand die mit 65 Jugendlichen sehr gut besuchte „Your Voice“ – U16-Party statt. Auf dieser Party hatten die Jugendlichen noch-

mals die Gelegenheit, sich mit den Ergebnissen und dem aktuellen Stand des „Your Voice“-Projektes auseinanderzusetzen und weitere Vorstellungen einzubringen.

Fünfte Phase:

Konkretisierung des Jugendtreffs und Entwicklung des Maßnahmenplans

Erarbeitung einer Übersichtskarte mit den zentralen Ergebnissen von „Your Voice – Sag´s laut!“ und wesentlichen Handlungsfeldern für den Maßnahmenplan: Jugendtreff – Jugendorte – jugendgerechte Veranstaltungen.



Bericht Karte Eisbachtal

Der Handlungsschwerpunkt lag auf dem Jugendtreff, da er am häufigsten im Rahmen der Veranstaltungen benannt wurde. Es konnten sieben potentielle Standorte/Räumlichkeiten auf Basis der Ergebnisse sowie im Austausch mit der Kooperationsgruppe ermittelt werden, die gesichtet und auf Eignung und Realisierbarkeit geprüft wurden. Ende November wurden die Ergebnisse den Akteurinnen und Akteure aus dem Eisbachtal vorgestellt und eine Besichtigung eines Jugendtreffs (Angebot, personelle und räumliche Bedarfe) durchgeführt. Anschließend wurden die konzeptionellen Vorüberlegungen bzgl. der weiteren Ausgestaltung von Treffpunkten und Jugendorten im öffentlichen Raum intensiviert und mit der Kooperationsgruppe diskutiert.

Die bisherigen Ergebnisse des Projektes wurden in allen vier Ortsbeiräten vorgestellt und eine Beschlussvorlage für den Jugendhilfeausschuss erarbeitet.

Die Vorlage zur weiteren Umsetzung der Maßnahmenplanung wurde am 12.02.2020 vom Jugendhilfeausschuss einstimmig beschlossen. Der Beschluss beinhaltet die Eröffnung eines Jugendtreffs im Eisbachtal, die Fortführung eines jugendgerechten Veranstaltungsprogramms sowie die Entwicklung einer Konzeption für die weitere Umsetzung von Treffpunkten und Jugendorten im öffentlichen Raum des Eisbachtals.

Erfahrungen

Durch die Altersunterschiede in unserer Zielgruppe von 12-26 Jahren ergeben sich verschiedene Interessen an Angeboten und Projekten. Hier ist es wichtig, sich auf spezielle Altersgruppen zu fokussieren.

Dazu setzten wir die in der Zukunftswerkstatt „Your Voice – Sag's laut!“ Junge Ideen fürs Eisbachtal“ gewünschten Aktionen und Veranstaltungsangebote um. Es entstand das Ferienprogramm, welches speziell für Jugendliche ab 12 Jahre zugänglich war. Es gab verschiedene Aktionen und Ausflüge, sowohl in Worms, den dazugehörigen Stadtteilen, als auch in größeren Städten wie Mannheim oder Ludwigshafen. Hier bestand die Herausforderung, passende attraktive Angebote für die Altersgruppe 12-16 Jahre zu wählen, zum Beispiel Disco-Bowling ab 16 Jahre oder Trampolinspringen ab 12 Jahren. Außerdem veranstalteten wir eine U16-Disco, welche sich ebenfalls bei „Your Voice“ gewünscht wurde. Diese Angebote haben wir als Team gut umgesetzt.

Herausforderungen und Schwierigkeiten ergaben sich teilweise bei der Erreichung der Zielgruppe im Alter 16+, während hingegen Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren weitaus besser erreicht wurden. Eine Schwierigkeit ist dabei, die erreichten Jugendlichen nachhaltig einzubinden.

Als Nachrücker im PEP-Projekt war es eine Herausforderung, in kürzerer Zeit die Anforderungen aufzuholen oder das Zeitmanagement für Team-sitzungen zu koordinieren. Diese Herausforderung haben wir im Laufe der Zeit gemeistert, und eine Kontinuität der Team-Meetings ist entstanden.

Neben der Bedarfsprüfung eines Jugendtreffs im Eisbachtal ergab sich gleichzeitig die Prüfung spezifischer Jugendspielräume. Es wurden Begehungen durch das Projektteam im Eisbachtal durchgeführt, um potenzielle Orte zu ermitteln. Hierbei wurden geeignete Plätze entdeckt, die bauliche Änderungen und weiterer Prüfungen bedürfen.

Lerneffekte

Durch die aus dem PEP-Projekt entstandene Zukunftswerkstatt „Your Voice – Sag’s laut! – Junge Ideen fürs Eisbachtal“ hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich am gesellschaftlichen Geschehen zu beteiligen und ihre Meinung, Ideen und Wünsche zu äußern. Die Zukunftswerkstatt „Your Voice“ hat uns Mitarbeitende vor eine große Herausforderung gestellt. Das Managen und Organisieren der einzelnen Stationen und die Umsetzung der entstandenen Wünsche und Ideen haben viel Zeit in Anspruch genommen, uns aber auf kommende Projektumsetzungen vorbereitet. Auch die Unwissenheit, wie viele Teilnehmende zu dieser Veranstaltung erscheinen, lehrte uns den Umgang mit Spontanität.

Das PEP-Projekt hat die Kooperation mit anderen Akteuren im Eisbachtal vorangetrieben, das Netzwerk hat sich erweitert. Man kann sagen, dass aus dem vorangegangenen Netzwerk im Laufe der Zeit eine Kooperation entstand. Aus einer Vorstellung und dem Kennenlernen wurde durch gemeinsames Veranstalten von Aktionen und Angeboten eine Zusammenarbeit. Wir erhalten Unterstützung von beispielsweise den Schulen oder Sportvereinen durch die Bereitstellung von Hallen für Veranstaltungen, wie den oben genannten Ferienprogrammen oder Discoververanstaltungen. Auch das Jugendhilfenetzwerk mit Mitarbeitenden des

Bereichs „Streetwork“, dem Jugendschutz, der Mobilen Jugendarbeit Innenstadt, u. v. m. verfestigt sich.

Durch das PEP-Projekt, welches als Pilotprojekt im Wormser Eisbachtal umgesetzt wurde, ergab sich zum ersten Mal die Auseinandersetzung mit dem Thema „Jugend“. Vorher stattgefundene Jugendarbeit blieb meist in den Vereinen oder Verbänden intern für deren Mitglieder. Vor allem die Mitarbeitenden der Mobile Jugendarbeit in den Stadtteilen von Worms bieten nun Aktionen und Veranstaltungen an, die sich an alle Jugendliche und junge Erwachsene von 12-26 Jahren richtet. Die positive Rückmeldung von Akteurinnen und Akteure, aber vor allem von Jugendlichen vor Ort zeigt uns, wie wichtig die Partizipation von Jugendlichen ist, sie in alle sie betreffenden Entscheidungen mit einzubeziehen.

Empfehlungen

Personelle Ressourcen

Grundsätzlich ist ein solch durchgeführtes partizipatives Projekt zur Förderung von Beteiligung von Jugendlichen, in das unterschiedliche Projektpartner involviert sind, in Abhängigkeit von den gewählten Zielen, äußerst personalintensiv. Bei neu zusammengestellten Projektteams ist es notwendig, bereits zu Beginn klare Strukturen zu schaffen, Arbeitsabläufe und Verantwortlichkeiten zu strukturieren sowie diese zu dokumentieren. Gleiches gilt für notwendige, regelmäßige Treffen, die insbesondere am Anfang bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Planung sehr häufig und regelmäßig stattfinden müssen und somit viele zeitliche Ressourcen binden. Dies gilt ebenso für die Analyse der Strukturen vor Ort und bei der intensiven Einbindung von potentiellen jugendrelevanten Akteurinnen und Akteuren. Gegen Ende konnten die Treffen in Häufigkeit und Dauer reduziert werden.

Zukunftswerkstatt

Bei einer unklaren Anzahl von Teilnehmenden haben sich bei der Planung und Durchführung der Erhebungsphase Stationen bewährt, die variabel

an die Anzahl der Teilnehmer von ca. 20-200 durch Rotation und Aufteilung angepasst werden können, wobei eine Gruppengröße unter 20 Personen die Arbeit der Moderatorinnen und Moderatoren sowie die Qualität der Ergebnisse verbessern könnte.

Hinsichtlich der Ansprache der Zielgruppe zwischen 12-15 Jahren hat sich die persönliche Einladung über Postkarten, die Einbindung von jugendrelevanten Akteurinnen und Akteuren (insbesondere der Vereine oder Kirchengemeinden) sowie ein gut angenommener jugendrelevanter Ort – wie die Schule – für die Durchführung als erfolgreich erwiesen. Weiterhin ist anzunehmen, dass sich das gewählte Rahmenprogramm mit einer Verlosung, Jugenddisco und einem gemeinsamen Pizaessen sehr positiv auf die Teilnehmerzahl ausgewirkt hat. Für die Zielgruppe 16+ müssen noch attraktive und geeignete Formen der Ansprache und Partizipationsmöglichkeiten entwickelt werden. Diese Mitnahme scheint, aus den Gesprächen mit Netzwerkpartnerinnen und -partner sowie den jugendrelevanten Akteurinnen und Akteuren, ein generelles Problem bei der Zielgruppe 16+ zu sein. Hier könnte eine gezielte aufsuchende Arbeit vor Ort ansetzen, um Kleingruppen von Jugendlichen mit Partikularinteressen zu aktivieren, welche aufbauende Beziehungsarbeit leisten kann und darüber hinaus Jugendliche in dieser Altersgruppe als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen könnte.

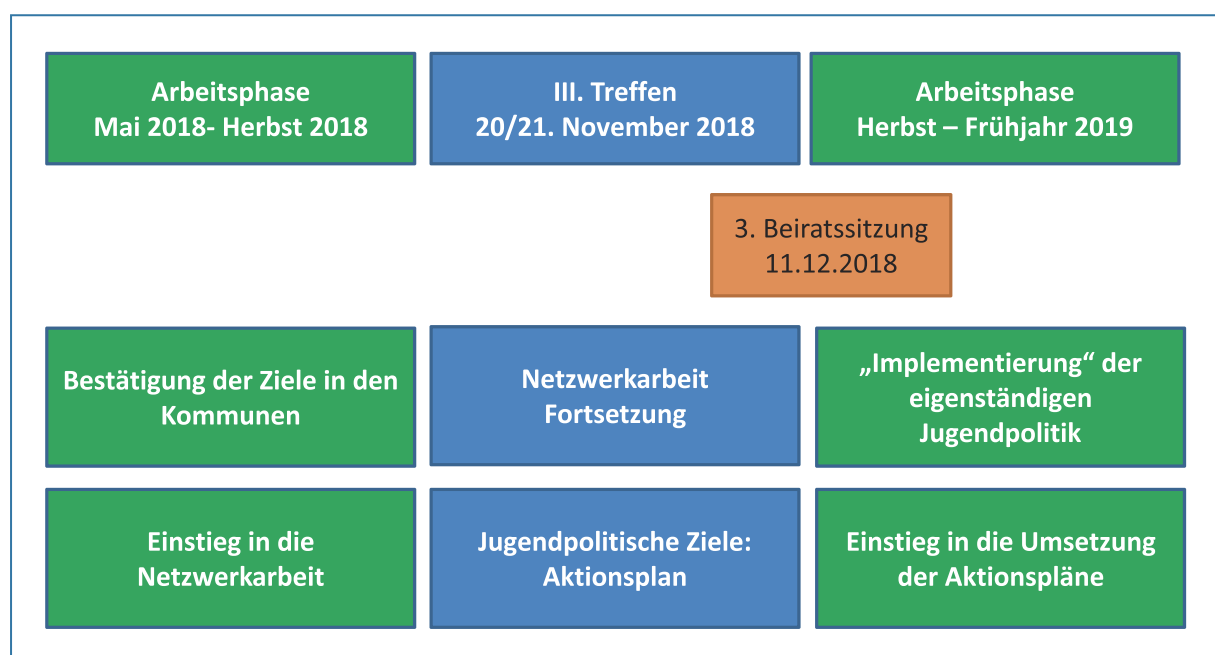
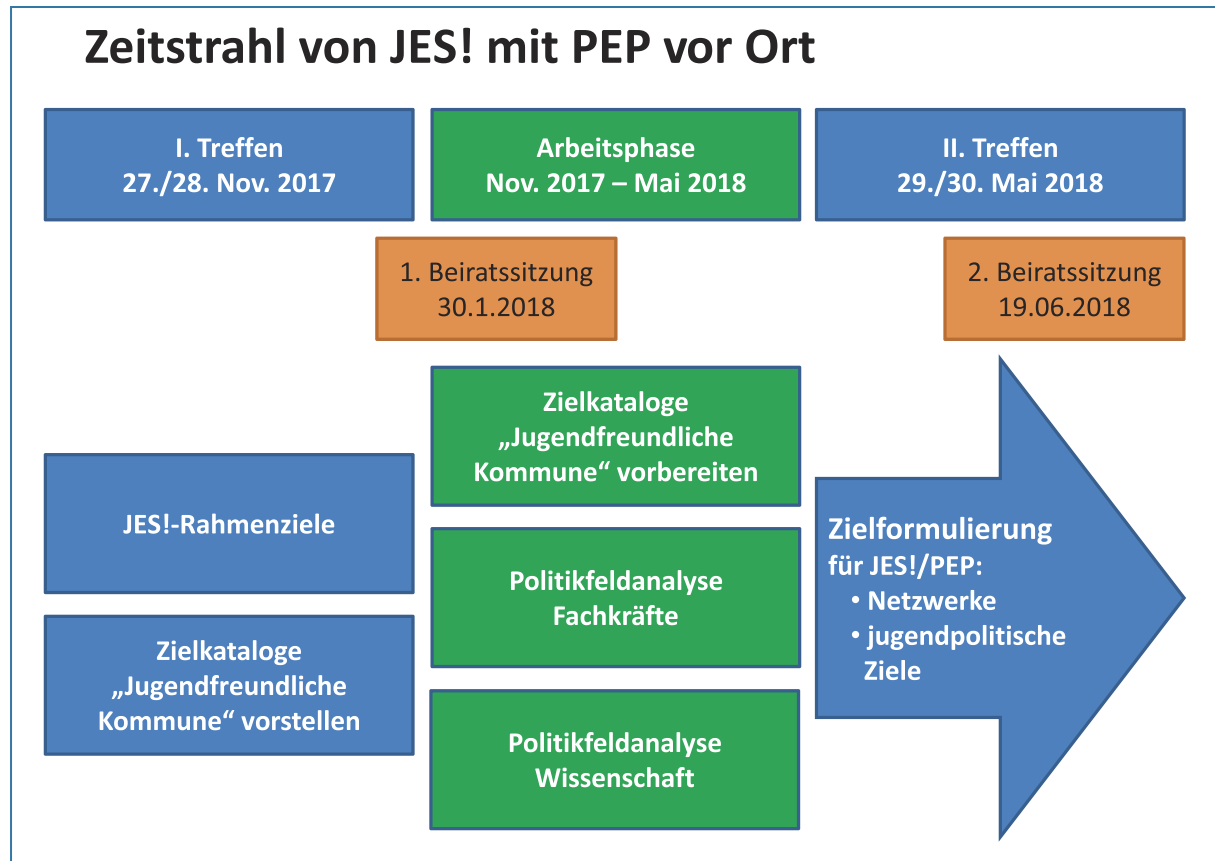
Netzwerkarbeit

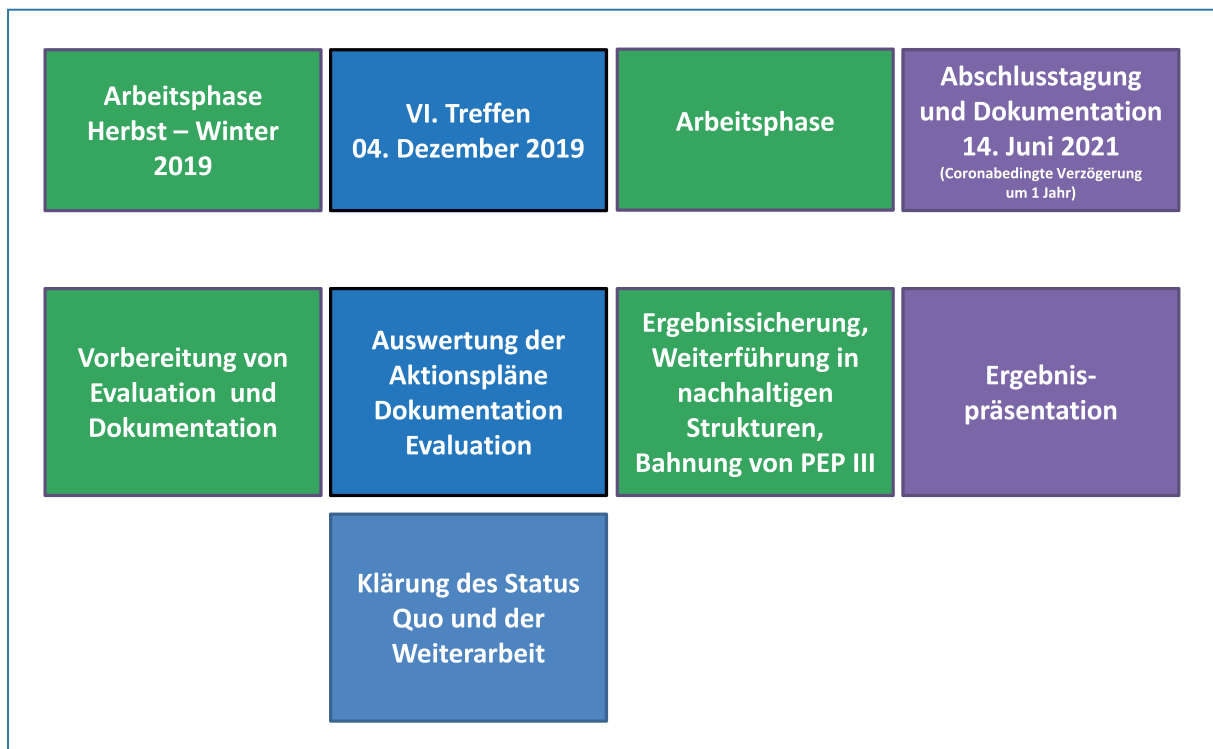
Die intensive Netzwerkarbeit mit den jugendrelevanten Akteurinnen und Akteuren im Eisbachtal war dahingehend von Bedeutung, dass diese das Projekt „Your Voice“ befürworteten und bewarben. Ein großer Anteil der Jugendlichen ist u. a. in den örtlichen Vereinen und Verbänden aktiv. Somit konnten durch Kooperation nicht nur Zugänge zu Jugendlichen geschaffen werden, sondern auch durch die Wichtigkeit der Veranstaltung, beispielsweise durch Freistellung von Trainings, bewirkt werden. Das Netzwerk unterstützte, reflektierte und entwickelte gemeinsam Ideen für das weitere Vorgehen. Auch ist eine

breite und aktive Beteiligung bis zur politischen Ebene hilfreich gewesen, um positive Unterstützung u. a. beim Antrag im Jugendhilfeausschuss zu bekommen.

ANHANG

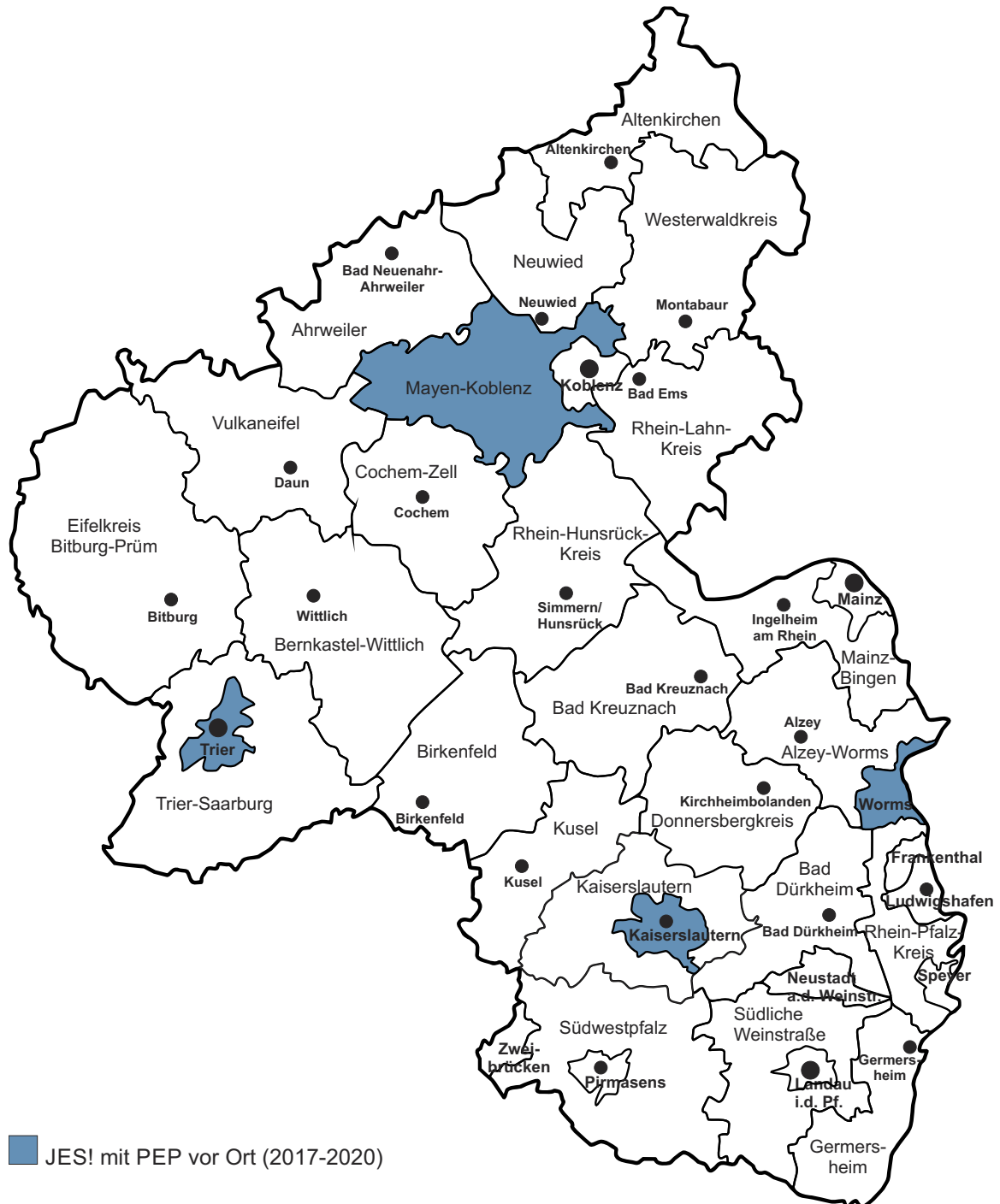
PEP – Inhalts- und Zeitachse der Teilnehmer/innentreffen im Überblick



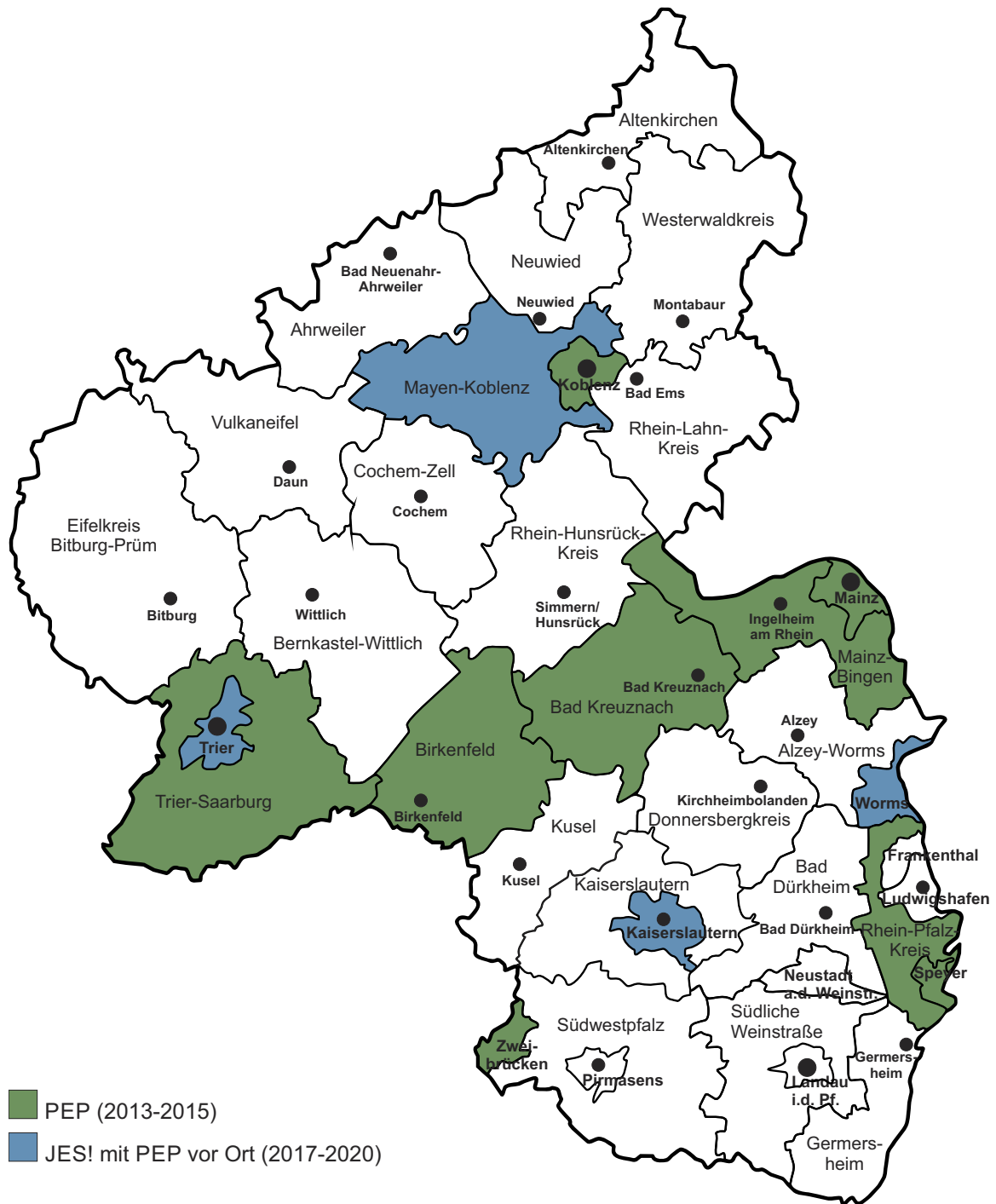


Geographische Verteilung der Projektträger zu Beginn des Projektes

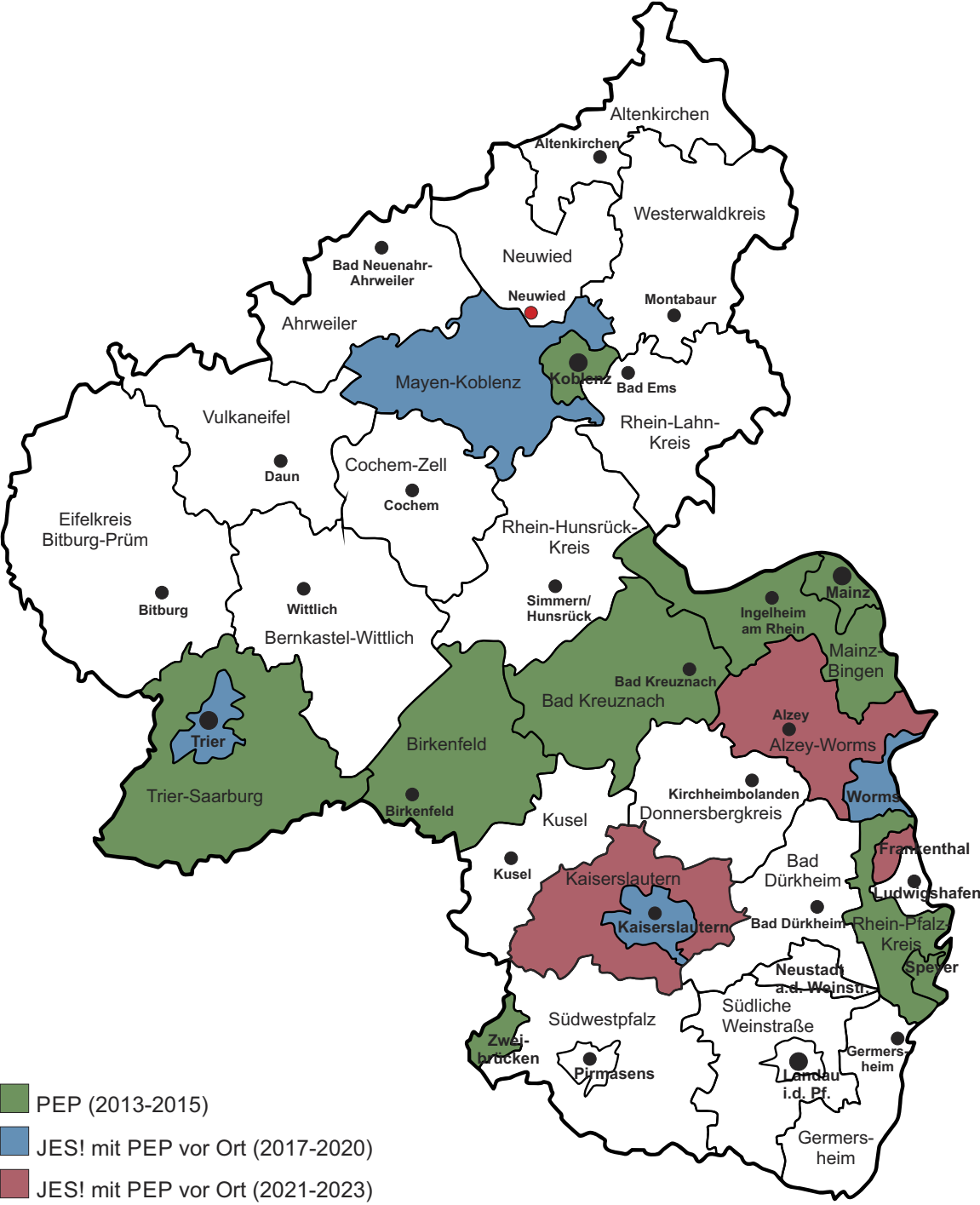
Geographische Verteilung der Projektträger 2017-2020



Geographische Verteilung der Projektträger 2017-2020 und des Vorläuferprojektes 2013-2015



Geographische Verteilung der Projektträger (2017-2020), des Vorläuferprojektes (2013-2015) und des geplanten Projektes (2021-2023)



Der Projektbeirat

Zusammensetzung

Anzahl	Mitglieder	Vorschlag
1	Vertreterin Jugendministerium	<ul style="list-style-type: none">■ Lucia Stanko Referatsleiterin für Jugendarbeit Jugendpolitik im MFFJIV
3	Vertreter aus der Wissenschaft	<ul style="list-style-type: none">■ Prof. Dr. Werner Lindner EAH Jena■ Prof. Dr. Bernhard Hauptert KH Mainz■ Prof. Dr. Stefan Bundschuh HS Koblenz
1	Vertreter von Seiten des Fachausschusses 1 des Landesjugendhilfeausschusses	<ul style="list-style-type: none">■ Volker Steinberg Vorsitzender
2	Vertretung der Projektteilnehmerinnen und Projektteilnehmer	<ul style="list-style-type: none">■ Graiswin Kattoor Jugendhilfeplanerin der Stadt Trier■ Tobias Rutz Jugendpfleger der VG Rhein-Mosel
2	Vertretung des Landesjugendringes	<ul style="list-style-type: none">■ Nadya Konrad Geschäftsführerin des Landesjugendringes■ Günter Kistner Ev. Jugend Kirchenkreis Nahe-Glan
3	Vertretung aus der Verwaltung des Landesjugendamtes	<ul style="list-style-type: none">■ Sybille Nonninger/Nils Wiechmann Referatsleiter/in Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe■ Rudi Neu Landesjugendpfleger, Fachberater für Jugendarbeit■ Julia Müller-Muth Sachbearbeiterin für Förderung der Jugendarbeit

Aufgaben des Projektbeirates

In regelmäßigen Reflexionstreffen wurden Maßnahmen der Nachsteuerung ergriffen, die die Durchführung des Projektes sicherstellten. Folgende Aufgaben gingen damit einher:

- Steuerung und Entscheidungen im Rahmen von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“
- Fachliche Unterstützung des Projektes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“
- Anregungen zur Umsetzung (im Einzelfall aktive Mitwirkung an der Abschlusstagung und Dokumentation)
- Kritik (Konflikte, blinde Flecken, Praxisverträglichkeit, etc.)
- Nachhaltigkeit in Rheinland-Pfalz nach Abschluss von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ (Verbindung zu den 1. und 2. Kinder- und Jugendberichten RLP)
- Folgerungen für Fortbildung und die zukünftige Entwicklung nach Abschluss von „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren

Ralf Decker

Diplom Sozialpädagoge (FH), Stadtverwaltung Worms, Abteilungsleiter Kinder- und Jugendbüro

Rainer Disteldorf

Diplom Pädagoge, Palais e. V. Trier, tätig im Bereich Schulsozialarbeit (Nelson Mandela Realschule plus in Trier)

Melina Ehrentraud

Diplom Pädagogin – Koordination Kinder- und Jugendförderung der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz

Jens Fey

Master of Education, Mobile Jugendarbeit, Koordinierungsstelle „Demokratie leben!“ Jugendforum der Stadt Worms

Stephan Grohs Prof. Dr.

Diplom Sozialwissenschaftler, Professur für Politikwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und Senior Fellow des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, Arbeitsschwerpunkte: Lokale Politik- und Verwaltungsforschung, insbesondere kommunale Sozial- und Planungspolitik.

Jürgen Jäger

Gemeinmediakon prot. Kirchenbezirk Kaiserslautern und Vorsitzender Stadtjugendring Kaiserslautern e. V.

Nicole Junk

Diplom Sozialpädagogin Leiterin des kommunalen „Jugend- und Programmzentrums Steinstraße 47“ in Kaiserslautern

Graiswin Kattoor

Diplom Pädagogin, Jugendhilfeplanerin der Stadt Trier, Stabstelle im Jugendamt

Werner Lindner, Prof. Dr.

Diplom Pädagoge, Diplom Sozialarbeiter, EAH Jena, Fachbereich Sozialwesen. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Arbeit, Kinder- und Jugendarbeit, sozialpädagogische Bildung, politikwissenschaftliche Aspekte der Sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendarbeit

Sybille Nonninger

Diplom Pädagogin, Referatsleiterin und stellv. Abteilungsleiterin im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (seit Ende 2018 a. D.)

Samira Osti

Sozialarbeiterin (B. A.), Diakonisches Werk Rheinhessen, Jugendtreff Worms-Herrnsheim, Mobile Jugendarbeit

Philipp Pilcher

M. A. Erziehungswissenschaft – Jugendpfleger der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel

Tobias Rutz

Bachelor of Arts Soziale Arbeit – Jugendpfleger der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel

Vanessa Santalucia

Bachelor of Arts Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Mobile Jugendarbeit in den Wormser Stadtteilen

Tobias Schasse

Diplom Soziologe, Stadtverwaltung Worms, Jugendhilfe- und Sozialplaner, Aufgabe: Begleitung/Beratung

Reiner Schirra

Diplom Sozialarbeiter (FH), Diplom-Mediator (FH), Abteilungsleiter Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit im Referat Jugend und Sport der Stadt Kaiserslautern

Herbert Schubert, Prof. Dr. Dr.

Sozial- und Raumwissenschaftler (Dr. phil. Dr. rer. hort. habil.), ehem. Professor an der TH Köln, aktuell: Sozial • Raum • Management – Büro für Forschung und Beratung, Hannover

Nico Sossenheimer

Diplom Sozialpädagoge – Ev. Kinder- und Jugendbüro Winnigen

Rebecca Stefula

Diplom Sozialpädagogin – Koordination Kinder- und Jugendförderung der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz

Margret Sundermann

Diplom Pädagogin – Kreisjugendring Mayen-Koblenz e. V. und Fachstelle Plus für Kinder- und Jugendpastoral Koblenz



Teilnehmende, Autorinnen und Autoren bei einer Auflockerung

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesamt für Soziales, Jugend
und Versorgung des Landes Rheinland-Pfalz
Abteilung Landesjugendamt
Rheinallee 97-101
55118 Mainz
www.lsjv.rlp.de



Mainz, Juli 2021

Fotos und Abbildungen

Titelbild	© michaeljung – Fotolia.com
Seite 1	© Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Seite 4	© Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche der Pfalz sowie Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Seite 33-34	© Stadt Kaiserslautern
Seite 40-44	© Kreisverwaltung Mayen Koblenz
Seite 45-48	© Stadt Trier
Seite 51-52	© Stadt Kaiserslautern
Restliche Bilder	© Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweils benannten Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung herausgegeben und mit Mitteln des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz gefördert. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder von Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION



RheinlandPfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG



Abteilung Landesjugendamt
Rheinallee 97-101
55118 Mainz

Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-365

poststelle-mz@lsjv.rlp.de
www.lsjv.rlp.de



Diese Dokumentation und das zugrundeliegende Projekt wurden gefördert durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration.